

Zeitschrift: Itinera : Beiheft zur Schweizerischen Zeitschrift für Geschichte = supplément de la Revue suisse d'histoire = supplemento della Rivista storica svizzera

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Geschichte

Band: 45 (2018)

Rubrik: Fallstudien

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein Verteidiger adliger «Interessen» gegen republikanische «Leidenschaften»

Nuntius Federico Borromeo als Akteur im Zwyerhandel (1656–1659)

Samuel Weber*

A Defender of Noble «Interests» against Republican «Passions»: On the Role of Nuncio Federico Borromeo in the *Zwyerhandel* (1656–1659)

This article uses the controversy known as *Zwyerhandel* as a lens through which to examine the perceptions of republican government by the papal nuncio to the Swiss Confederacy, Federico Borromeo. Borromeo's views on republicanism had been forged during the revolutionary upheavals which shook Spanish Italy in the 1640s. When confronted with the *Zwyerhandel* a decade later, he instinctively resorted to the tried-and-trusted tools for governing republican challenges to the rule of the nobility. Separating the few defenders of the «true interest» from the multitude with its ungovernable «passions and appetites», Borromeo sought to garner the support of the supposedly aristocratic elite of Lucerne against the «subversive» republicans of the *Landsgemeinde* cantons. Steeped in a monarchical political culture, this strategy proved more than inadequate in the Confederacy; it backfired and jeopardized the nuncio's own reputation and advancement in the court of Rome.

Im Frühjahr 1658 hatte sich Federico Borromeo (1617–1673), päpstlicher Gesandter in Luzern, so tief in eine Sackgasse hineinmanövriert, dass er offenbar keinen Ausweg mehr wusste. In einem Brief gestand der Nuntius seinem jüngeren Bruder Antonio Renato: «Wenn ich es unter Wahrung des guten Rufes tun könnte (ohne den Anschein zu erwecken, dass ich diesen Ort aus Angst vor diesen Bestien in gewissen Geschäften verlasse), würde ich alles aufgeben.»¹

* Der Autor dankt Christian Windler, Nadja Ackermann und den Herausgebern für ihre wertvollen Anregungen und Verbesserungsvorschläge zu früheren Versionen dieses Beitrags.

¹ «... se potessi farlo con reputat.e (senza parer che io lasciassi quà per paura di queste bestie in certi negotij che passano) renuntiarei tutto certamente.» Archivio Borromeo

Die «Geschäfte», in die sich Borromeo verstrickt hatte, werden in der Schweizer Geschichte unter dem Titel Zwyerhandel abgehandelt. In dessen Zentrum stand Sebastian Peregrin Zwyer von Evebach (1597–1661). Dieser war als Offizier in fremden Diensten und Gesandter europäischer Fürsten zu Ruhm gelangt und bekleidete nach seiner Rückkehr in seinen Heimatkanton Uri mehrmals das Amt des Landammanns.² Seine engen Verbindungen zu den umliegenden Höfen stellten sich auf dem eidgenössischen Parkett jedoch bald als Hypothek heraus: Seine Nähe zum Hause Habsburg war insbesondere den Parteigängern des französischen Königs ein Dorn im Auge. Die angestauten Ressentiments entluden sich gemäss den herkömmlichen Darstellungen nach dem Ersten Villmergerkrieg 1656 im sogenannten Zwyerhandel.³ Der Ablauf ist unbestritten: Der Ort Schwyz klagte Zwyer wegen strategischer Fehler bei der Verteidigung Rapperswils des Hochverrats an. Zwyers Heimatkanton wiederum wies die Vorwürfe als gegenstandslos zurück und weigerte sich, den Angeklagten an Schwyz auszuliefern. Diese Pattsituation begünstigte im Folgenden die Ausweitung des Konflikts auf weitere Orte. Zwischen 1656 und 1658 beschäftigte die Auseinandersetzung um Zwyer unzählige Konferenzen, die sich vorerst aus den Waldstätten zusammensetzten und später die gesamte katholische Eidgenossenschaft (mit der Ausnahme Solothurns) einschlossen.⁴ Solche Zusammenkünfte bewährten sich in der Regel als Schiedsgerichte. Im Zwyerhandel führte die Anhörung der beiden Seiten jedoch dazu, dass die designierten Richter bereits vor dem Urteilspruch nach und nach Partei für Schwyz ergriffen. Zusehends isoliert, drohte

dell'Isola Bella, Famiglia, Federico IV [ABIB-FF], Corrispondenza 1656–1665: Federico an Antonio Renato, Luzern 23.5.1658.

² Anselm Zurfluh, Sebastian Peregrin Zwyer von Evebach. Eine sozio-kulturelle Biographie eines innerschweizerischen Kriegers im Dienste der Habsburger während des Dreissigjährigen Krieges, Zürich 1993 ff.

³ Vgl. zuletzt die Darstellung in Hans Stadler-Planzer, Pascal Stadler, Brigitte Degler-Spengler, Geschichte des Landes Uri. Frühe Neuzeit, Schattdorf 2015, S. 234–242. Diese stützt sich im Wesentlichen immer noch auf die Ergebnisse von Sebastian Grüter, Geschichte des Kantons Luzern im 16. und 17. Jahrhundert, Luzern 1945, S. 353–367.

⁴ Diese Vorgänge sind aufgearbeitet in Lukas Manuel Gerber, Verfahren im vormodernen Konflikt. Politische Kultur in der Eidgenossenschaft während des Zwyerhandels 1656–1661, unveröffentlichte Lizentiatsarbeit, Bern 2009.

Uri im Sommer 1658, die eidgenössische Tagsatzung anzurufen. Dies verlieh dem Konflikt eine konfessionelle Dimension: War es bislang gelungen, den Konflikt auf das *Corpus Catholicum* zu beschränken, bestand nun die Gefahr, dass die reformierten Orte nicht nur genauen Einblick in eine innerkatholische Auseinandersetzung erhielten, sondern auch, dass sie über Katholiken richten würden.

Angesichts der konfessionellen Sprengkraft des Konflikts erstaunt es nicht, dass sich der Nuntius in Luzern für den Zwyerhandel interessierte.⁵ Mitte des 17. Jahrhunderts hatte das Papsttum zwar frühere Ambitionen, neugläubige Orte für Rom zurückzugewinnen, weitestgehend aufgegeben.⁶ Umso entschiedener setzten die Nuntien daher auf die aktive Wahrung des katholischen Besitzstandes an der Grenze zu Italien. Ein binnenkonfessioneller Konflikt im Kernland der katholischen Eidgenossenschaft musste vor diesem Hintergrund als akute Gefahr erscheinen. Solche sicherheitspolitischen Motive waren bei Nuntius Borromeo, der einem der wichtigsten Adelshäuser des angrenzenden Herzogtums Mailand entstammte, allerdings kaum von familienpolitischen Überlegungen zu trennen.⁷ Neben konfessionellen Bedenken dürften es gerade auch dynastische Erwägungen gewesen sein, die Borromeo dazu bewogen, sich vom aussenstehenden Beobachter in einen Akteur im Konflikt zu wandeln. Die Parteinahme für den Kaiserlichen Zwyer

⁵ Die bisherigen Untersuchungen zum Zwyerhandel haben sich nicht mit der Rolle der geistlichen Diplomatie in diesem Konflikt befasst. Die einzige Studie zu Borromeos Wirken im Zwyerhandel schildert dieses ohne Kenntnisse der Schweizer Historiografie unhinterfragt aus der Perspektive des Nuntius, der seinerseits als mustergültiger, fast schon Weber'scher Beamter gezeichnet wird. Weil offensichtlich nicht sein kann, was nicht sein darf, übergeht die Autorin diskret die zur Konfliktlösung zur Anwendung gekommenen klientelären Mechanismen: Myriam Giovannini, Federico Borromeo. Nunzio apostolico, Como 1945, S. 155–186.

⁶ Zu den Zielen der päpstlichen Diplomatie in der Eidgenossenschaft im Umfeld des Ersten Villmergerkrieges vgl. Urban Fink, Die Luzerner Nuntiatur 1586–1873. Zur Behördengeschichte und Quellenkunde der päpstlichen Diplomatie in der Schweiz, Luzern/Stuttgart 1997, S. 58.

⁷ Zur Vermengung politischer und dynastischer Interessen im 17. Jahrhundert vgl. Toby Osborne, *Dynasty and Diplomacy in the Court of Savoy. Political Culture and the Thirty Years' War*, Cambridge 2002, und Guy Rowlands, *The Dynastic State and the Army under Louis XIV. Royal Service and Private Interest, 1661–1701*, Cambridge 2002.

drängte sich geradezu auf bei einem Nuntius, der zumindest in den ersten Jahren seines Aufenthaltes in Luzern nicht zu Unrecht in der Kritik stand, unter dem Deckmantel der geistlichen Diplomatie habsburgische Interessen in der Eidgenossenschaft zu befördern.⁸

Allerdings hatte der Umstand, dass Nuntius Borromeo offensichtlich bereit war, für Zwyer seinen Ruf aufs Spiel zu setzen, noch tiefergehende Gründe. Wie in diesem Aufsatz gezeigt werden soll, sind die Gründe für sein Handeln in den frühen Prägungen des Nuntius zu suchen. Federico Borromeo war in den 1640er Jahren Zeuge mehrerer Volksaufstände geworden und hatte insbesondere im Nachgang der Revolution von Neapel 1647–48 eine tiefe Abneigung gegen republikanische Gemeinwesen entwickelt, die er als Bedrohung für den herrschenden Adel auffasste.⁹ Als er sich in der Eidgenossenschaft der 1650er Jahre mit scheinbar ähnlich gelagerten Unruhen konfrontiert sah, war für ihn die vorbehaltlose Verteidigung Zwyers angesichts seiner Erfahrungen in Italien schlicht ein Gebot der Standessolidarität. Allerdings erwiesen sich seine mitgebrachten Vorstellungen zum Umgang mit republikanischen Umtrieben als für die Schweizer Verhältnisse völlig untauglich, verwandelten sich gar zum Bumerang: Durch den Versuch, den Ruf eines Standesgenossen zu retten, geriet der Nuntius letztlich selbst ins Visier der Schweizer «Bestien».

⁸ Zu diesen Vorwürfen vgl. vorerst die ältere Einzelstudie zu Borromeos Rolle bei der Wahl des Churer Bischofs 1661: Felix Maissen, Die Bischofswahl Ulrichs VI. de Mont (1661), in: Bündner Monatsblatt. Zeitschrift für Bündner Geschichte, Landeskunde und Baukultur 6–7 (1967), S. 208–222.

⁹ Die Aufstände waren Teil einer gesamteuropäischen oder, wie die jüngste Forschung meint, gar globalen Krise, die an mehreren Orten zur Ausrufung republikanischer Gemeinwesen führte. Der letzte Versuch, den bisherigen Wissensstand zu systematisieren, ist: Geoffrey Parker, Lesley M. Smith (Hg.), *The General Crisis of the Seventeenth Century*, 2. Aufl., London 1997.

Die Protagonisten: Nuntius Borromeo und Oberst Zwyer

Der Nuntius, der 1655 aus Rom in Luzern eintraf, knüpfte an seinen Aufenthalt in der Eidgenossenschaft hohe persönliche Erwartungen. Der Zuschlag der Nuntiatur bedeutete für Federico Borromeo einen wichtigen Meilenstein in einer Kurienlaufbahn, die ihrerseits das Rückgrat einer komplexen Strategie des Obenbleibens seiner Herkunftsfamilie darstellte. Borromeo, der seit den 1630er Jahren sein Glück am römischen Hof versuchte, verschrieb sein Wirken ganz der Tradierung des Erbes seines Vorfahren Carlo Borromeo (1538–1584), der für seinen gegenreformatorischen Eifer als Erzbischof von Mailand 1610 heiliggesprochen worden war.¹⁰ Die Luzerner Nuntiatur, deren Gründung der Familienheilige höchstpersönlich angeregt hatte,¹¹ bot sich für ein solches Programm besonders an: Die Verteidigung des Katholizismus an der Grenze zu Italien war nicht nur Selbstzweck, sondern erhöhte die Chancen auf einen Kardinalshut deutlich. Gemäss einem *cursus honorum*, der sich im Laufe des 17. Jahrhunderts zusehends standardisierte, führte der Weg ins Kardinalskollegium nämlich nach dem Innendienst im Kirchenstaat auf eine zweitrangige Nuntiatur wie Luzern und danach zur finalen Bewährungsprobe als diplomatischer Vertreter des Papstes an die wichtigen Fürstenhöfe Madrid, Paris oder Wien.¹²

Die Beförderungsmechanismen, die sich an der römischen Kurie herausgebildet hatten, ähnelten demnach jenen an anderen Fürstenhöfen der Zeit. Die Nuntiatoren fügten sich analog zu weltlichen Gesandtschaften in eine höfische Status-Ökonomie ein.¹³ Ihre Ausübung war aus Sicht des

¹⁰ Zum Projekt der Familie Borromeo, Religion als Mittel der sozialen Kontrolle einzusetzen, siehe zuletzt Wietse de Boer, *The Conquest of the Soul. Confession, Discipline, and Public Order in Counter-Reformation Milan*, Leiden 2001.

¹¹ Urban Fink, *Der Griff über den Gotthard. Carlo Borromeo als «Bischof der Schweiz» und Gründer der Luzerner Nuntiatur*, in: Mariano Delgado, Markus Ries (Hg.), *Karl Borromäus und die katholische Reform*, Fribourg/Stuttgart 2010, S. 108–144.

¹² Maria Antonietta Visceglia, *Roma papale e Spagna. Diplomatici, nobili e religiosi tra due corti*, Rom 2010, S. 54f.

¹³ Die diesbezügliche Debatte in der Forschungsliteratur kann hier aufgrund der gebotenen Kürze nicht erneut aufgerollt werden. Es genüge deshalb ein Verweis auf Andreas Pečar, *Status-Ökonomie. Notwendige Investitionen und erhoffte Renditen im höfischen*



Abb. 1: Federico Borromeo nach der langersehten Ernennung zum Kardinal (1670). Albert Clevet, Kupferstich nach einem Porträt von Ferdinand Voet, Rom ca. 1670.

Maggazzeno Storico Verbanese.

Amtsinhabers eine Investition von materiellen wie immateriellen Ressourcen, dank der er einerseits sein soziales Ansehen zur Schau stellen konnte, andererseits durch entsprechende Bewährung die aufgewendeten Mittel in symbolisches Kapital für sich und seine Familie ummünzen konnte.¹⁴ Für einen Nuntius wie Borromeo war das vorrangige Ziel bei der Ausübung einer

Adel der Barockzeit, in: Gabriele Jancke, Daniel Schläppi (Hg.), *Die Ökonomie sozialer Beziehungen*, Stuttgart 2015, S. 91–107.

¹⁴ Pierre Bourdieu versteht unter «symbolischem Kapital» soziales Ansehen und Prestige, das durch die geschickte Investition von ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital erworben werden könne. Eine Studie, die diesen Ansatz für den frühneuzeitlichen Kaiserhof fruchtbar gemacht hat, ist Karin J. MacHardy, *War, Religion and Court Patronage in Habsburg Austria. The Social and Cultural Dimensions of Political Interaction, 1521–1622*, Basingstoke 2003.

zweitrangigen Nuntiatur somit, sich mit «Klugheit» (*prudenza*) bei der «Wahrung der öffentlichen Ruhe» (*conservazione della quiete publica*)¹⁵ verdient zu machen und durch das dadurch gewonnene Ansehen die Chancen auf einen raschen Aufstieg auf der römischen Karriereleiter zu verbessern.

Die erste Möglichkeit, in Rom aufzufallen, bot sich Borromeo kurz nach seiner Ankunft in Luzern. Im Winter 1655/1656 mündete der Streit um die Nikodemitenfrage zwischen Schwyz und Zürich in eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen den katholischen und protestantischen Kantonen der Eidgenossenschaft, den Ersten Villmergerkrieg.¹⁶ Als sich binnen weniger Wochen ein Sieg des *Corpus Catholicum* abzeichnete, glaubte Borromeo, eine Steilvorlage zu erkennen: Sollte es ihm gelingen, sich gegenüber der römischen Zentrale als Friedensstifter zu inszenieren, konnte er mit einer raschen Beförderung auf eine andere Nuntiatur rechnen.¹⁷

Bei der Umsetzung dieses kühnen Karriereplans verliess sich Borromeo auf Sebastian Zwyer, der bereits seinen Vorgängern als Geschäftsträger an den eidgenössischen Tagsatzungen gedient hatte.¹⁸ Seinen Äusserungen gegenüber seinen Vorgesetzten in Rom nach zu urteilen, ging Borromeo davon aus, dass «gute Korrespondenz» mit Zwyer für die Durchsetzung der römischen Politik in der Eidgenossenschaft unverzichtbar war. Staatssekretär Giulio Rospigliosi erklärte er, dass Zwyer «bei allen Fürsten des Reiches und den Bischöfen dieses Landes sowie bei der Gesamtheit der Kantone so angesehen» sei, dass er für jeden Nuntius ein «nahezu unverzichtbares Instru-

¹⁵ Archivio Segreto Vaticano, Segreteria di Stato, Svizzera [ASV-SSS], 51, 285r: Borromeo an Rospigliosi, Luzern 17. 5. 1657.

¹⁶ Ein Überblick findet sich in Thomas Lau, «Stiefbrüder». Nation und Konfession in der Schweiz und in Europa (1656–1712), Köln/Weimar/Wien 2008, S. 80–121. Wie weit Federico Borromeo selbst mit der von ihm forcierten Erneuerung des Goldenen Bundes zur Eskalation des konfessionellen Konflikts beitrug, ist noch nicht restlos geklärt. Vgl. vorerst ebd., S. 137 f.

¹⁷ ABIB-FF, Corrispondenza 1656–1664: Federico an Antonio Renato, Luzern 21. 12. 1656.

¹⁸ Dadurch liess sich die direkte Interaktion des päpstlichen Gesandten mit Vertretern reformierter Orte vermeiden. Vgl. Fink, Nuntiatur, S. 58–59.

ment» darstelle.¹⁹ Um den Oberst für sich zu gewinnen, hatte sich Borromeo deshalb noch vor seiner Ankunft in Luzern mit einem Gunsterweis erkenntlich gezeigt. Mit Hilfe seines jüngeren Bruders, der als Theatinermönch in Rom weilte und auch in anderen Patronage-Angelegenheiten als Broker des Nuntius auftrat, wurde dem Papst nahegelegt, Zwyers Sohn bei der Vergabe von Pfründen angemessen zu berücksichtigen.²⁰

Dieser Gunsterweis hatte offensichtlich gefruchtet: Anlässlich der Friedensverhandlungen nach dem Villmergerkrieg im Frühjahr 1656 hielt sich der Nuntius diskret im Hintergrund und setzte auf das diplomatische Geschick Zwyers. Die Verhandlungen liefen vorerst so gut, dass Borromeo noch im Frühsommer davon ausging, dass der sich abzeichnende Erfolg eine rasche Beförderung nach sich ziehen würde. Verheissungsvoll schrieb der Nuntius seiner Mutter und Vertrauten: «Was meine Geschäfte betrifft, hat mir Gott die Gnade erwiesen, dass alles, was ich mir angemasst habe, gut kommt.»²¹

Nur wenig später wurde Borromeo jedoch klar, dass er bei der Umsetzung seiner ambitiösen Ziele auf das falsche Pferd gesetzt hatte. In diesen Wochen gewann nämlich im Ort Schwyz eine Kampagne gegen Borromeos Vertrauensmann an Fahrt. Welt- und Ordensgeistliche, insbesondere die Kapuziner, aber auch der Abt von Einsiedeln warfen dem Oberst vor, sein zögerliches Handeln bei der Verteidigung Rapperswils während des Krieges sei vorsätzlich und mit dem Ziel erfolgt, die Reformierten zu stärken.²² Damit war eine Auseinandersetzung mit Zwyers Heimatkanton Uri vorpro-

19 «... è uno de più zelanti Catholici, de più discreti Soggetti, e de più intendenti in materia de negotij, che sia in tutte queste parti, et è in stima tale presso tutti li Principi della Germania, e Vescovi di questi Paesi, e nell'universale de Cantoni, che si rende quasi necessario instromento alli Nuntij, come l'haverà più volte attestato Mons.e Carrafa [Borromeos Vorgänger in Luzern], che se n'è valso utilm.e in molte occ.oni.» ASV-SSS, 48, 176r: Borromeo an Rospigliosi, Luzern 29.7.1655.

20 ABIB-FF, Corrispondenza 1645–1655: Federico V an Federico IV, Rom 15.5.1655.

21 «Quanto alli miei affari quà Dio mi hà fatto gra che tutto ciò che ero andato per bravare riuscisse bene.» ABIB-FF, Famiglia, Federico IV, Corrispondenza 1656–1664: Federico an Giovanna, Luzern 6.6.1656. Bei nüchterner Betrachtung wird klar, dass der Friedensschluss bloss den Status quo ante herstellte. Vgl. Lau, Stiefbrüder, S. 117.

22 ASV-SSS, 49, 529r: Borromeo an Rospigliosi, Luzern 29.6.1656.

grammiert. Für Borromeo, der sich im Nachgang des Villmergerkrieges gegenüber seinen römischen Dienstherren als Förderer der katholischen Einheit inszenieren wollte, kam dieser binnenkonfessionelle Konflikt denkbar ungelegen. Wie der Nuntius seinem Bruder erklärte, riskierte er, durch diese neue Auseinandersetzung den in den Friedensverhandlungen akkumulierten Kredit wieder zu verspielen.²³ Wollte er das erworbene symbolische Kapital nicht gleich wieder verlieren, musste Borromeo den neuen Konflikt zumindest einzudämmen versuchen.

Der feine Unterschied zwischen «Leidenschaften» und «Interessen»

Bei der Eindämmung des Konflikts war Nuntius Borromeo von Anfang an bemüht, die Kontrolle über das Narrativ zu wahren. Von Zwyers Unschuld überzeugt, zielte seine Strategie im Wesentlichen darauf ab, dessen Ankläger und Gegner zu diskreditieren. Endlos sollten sich in seinen Briefen an die Prinzipale in Rom und an Familienmitglieder in den kommenden Jahren die immer gleichen Topoi wiederholen: Die Widersacher Zwyers neigten zu instinktgeleitetem Handeln, dessen Folgen sie nicht richtig abschätzen könnten. Anstatt sich der äusseren Verteidigung gegen die Protestanten zuzuwenden, würden sie den «Häretikern» mit ihrer «Unbeständigkeit und Trübung der Geister, der Vehemenz der privaten Leidenschaften und des unüberlegten Vorgehens» eine Steilvorlage liefern.²⁴

Dabei fällt auf: Die fahrlässige Gefährdung der hergebrachten Ordnung verstand der Nuntius nicht als Fehlleistung Einzelner; er brachte sie mit der politischen Verfasstheit der beteiligten Kantone Schwyz und Uri in Verbindung. Die beiden Länderorte, erklärte Nuntius Borromeo Staatssekretär

²³ «... dalla lunga dimora non posso che perder dell'acquistato.» ABIB-FF, Cariche: Federico an Giovanni, Luzern 6.7.1656.

²⁴ «Da tutto questo sarà facile alla singolar Prudenza di V.S. Ill.ma il riconoscere l'instabilità, e la torbidezza de genij, la vehemenza delle private passioni, e l'inconsiderati procedimenti, con i quali in vece d'attendere alla difesa dell'esterne molestie movono intrinsechi pregiuditij in vantaggio solo della parte contraria.» ASV-SSS, 50, 12r: Borromeo an Rospigliosi, Luzern 13.7.1656.

Rospigliosi, würden unter Einschluss des Volkes (*con sensi popolari*) regiert.²⁵ Borromeo setzte damit auf das in römischen Diplomatenkreisen vorhandene und zuletzt von Ranuccio Scotti festgehaltene Wissen, wonach in den Länderorten «keine wichtige öffentliche Angelegenheit von den Mitgliedern des [Kleinen] Rats beschlossen werden kann [...], ohne dass die Mehrheit des Volkes ihre Stimme abgegeben hat».²⁶ Während Scotti diesen Umstand sachlich festhielt, löste der Einfluss der Landsgemeinde auf politische Geschäfte bei Borromeo blankes Entsetzen aus. Die Regierungspraxis in den Länderorten erschien ihm dermassen stümperhaft, dass er sich gar zu einer Wortneuschöpfung hinreissen liess: Gegenüber seinem Dienstherrn bezeichnete er die Schwyzer in einem Zusammenzug von *repubblicani* und *dilettanti* auch schon mal herablassend als «republicanti».²⁷ In den Briefen an seine Mutter verlor er gar jegliche Zurückhaltung, kanzelte das politische System der Länderorte mit folgenden Worten ab: «Diese Leute, von denen nicht alle ihr eigenes Wohl kennen, möchten manchmal unbegründet Krach machen.»²⁸

Solche Einlassungen sind mit Blick auf die Forschungsliteratur scheinbar leicht erklärbar. Wie mehrere Studien zum deutschsprachigen Raum gezeigt haben, reagierten die römischen Nuntien durchweg ablehnend auf die (politischen) Kulturen nördlich der Alpen. Auf besonderes Unverständnis stiessen dabei die republikanisch verfassten Gemeinwesen der Eidgenossenschaft. Dort behandelten die adligen Nuntien selbst die Führungsschichten der Innerschweizer Kantone oft nicht anders als das einfache Volk in Italien «mit seinen unerklärlichen, unheimlichen und teilweise unlenkbaren

25 Ebd., 49, 476r–v: Borromeo an Rospigliosi, Luzern 8.6.1656.

26 «... niuna cosa importante, e publica si può determinare da' Consiglieri, dov'è'l dominio de' popolari, se la maggior parte del popolo non dà voti ...» Ranuccio Scotti, *Helvetia profana e sacra. Relatione del dominio temporale de' potentissimi XIII Cantoni svizzeri detti della Gran Lega [...]*. Macerata 1642, S. 46f. Scotti hatte sich zwischen 1630 und 1639 als Nuntius in der Eidgenossenschaft aufgehalten.

27 ASV-SSS, 51, 91v: Borromeo an Rospigliosi, Luzern 1.3.1657.

28 «... queste genti che non tutte conoscono il suo bene vorriano alle volte far romore senza causa ...» ABIB-FF, *Corrispondenza 1656–1664: Federico an Giovanna*, Luzern 6.6.1656.

Antrieben und Beweggründen».²⁹ Erklärt wurde diese Haltung bisher mit der humanistischen Vorbildung der Nuntien, die diese von der Überlegenheit der italienischen Kultur überzeugt und ihren Blick auf andere Kulturen verengt habe. Vor diesem Hintergrund habe sich über die Jahrhunderte ein Scheinwissen über den deutschsprachigen Raum herausgebildet, das sich im Laufe der Zeit verfestigt habe und kaum noch revidiert worden sei.³⁰

Im vorliegenden Fall ergibt sich jedoch ein anderes Bild. Die Zusammenschau von Familien- und Amtskorrespondenz verdeutlicht, dass die verwendeten Fremdbilder zeitgebundener waren, als dies der Blick auf die *longue durée* suggeriert, der den meisten bisherigen Studien eigen ist.³¹ Bei der Untersuchung einzelner ideologischer Versatzstücke im konkreten Zusammenhang einer einzelnen Episode, wie sie hier unternommen wird, zeigt sich: Borromeos ausgeprägte Abneigung gegenüber republikanisch verfassten Gemeinwesen kann nicht ausschliesslich einem diffusen kulturellen Hintergrund zugeschrieben werden; biografische Erfahrungen und die Auseinandersetzung mit den politischen Ereignissen der Zeit waren dafür mindestens genauso ausschlaggebend.

Wenige Jahre vor dem Zwyerhandel hatte Federico Borromeo 1647 nämlich eines der wichtigsten republikanischen Experimente seiner Zeit miterlebt. Der junge Kardinalsanwärter war damals im päpstlichen Innendienst beschäftigt und waltete als Gouverneur in Benevent. Von dieser Exklave des Kirchenstaats im Königreich Neapel aus verfolgte er aus erster Reihe, wie im Sommer in der Stadt Neapel eine Revolte ausbrach und wenig später die

²⁹ Volker Reinhardt, Nuntien und Nationalcharakter. Prolegomena zu einer Geschichte nationaler Wahrnehmungstereotype am Beispiel der Schweiz, in: Alexander Koller (Hg.), Kurie und Politik. Stand und Perspektiven der Nuntiaturberichtsforschung, Tübingen 1998, S. 285–300, hier S. 292.

³⁰ Diese These findet sich zuletzt besonders explizit in Guido Braun, *Imagines imperii*. Die Wahrnehmung des Reiches und der Deutschen durch die römische Kurie im Reformationsjahrhundert (1523–1585), Münster 2014, S. 766, der auch einen ausgiebigen Überblick über den aktuellen Forschungsstand bietet.

³¹ Eine Ausnahme bildet Bruno Boute, *The Multiplicity of Catholicism and Roman Attitudes in the Correspondence of the Nunciature of Flanders under Paul V (1598–1621)*, in: Alexander Koller (Hg.), *Die Aussenbeziehungen der römischen Kurie unter Paul V. Borghese (1605–1621)*, Tübingen 2008, S. 457–492.

Republik ausgerufen wurde.³² Als die Revolution auf das Königreich ausgriff, wurden die Folgen der neuen politischen Ordnung für die Standesgenossen Borromeos offensichtlich: Viele Mitglieder des Adels sahen sich zur Flucht in den benachbarten Kirchenstaat gezwungen. Einer von ihnen, Giuseppe Carafa, dessen Bruder einer republikanischen Strafexpedition zum Opfer gefallen war, strandete in Benevent. Aus einem Schreiben an seinen älteren Bruder geht hervor, wie stark diese Erfahrung Borromeo aufwühlte: «Es war mitleid-erregend, einen Herrn mit Einkünften in der Höhe von 60.000 *scudi* auf diese Weise erniedrigt zu sehen.»³³ Obwohl die Republik in Neapel binnen weniger Monate zusammenbrach, blieb dieser Frontalangriff auf die Vorherrschaft des Adels für Borromeo ein Lehrstück dafür, was das «verrückte Wüten des Volkes» (*pazza furia di popolo*) anrichten konnte.³⁴ Sein ganzes politisches Handeln war fortan vom Bemühen geprägt, der kleinsten Regung von unten Einhalt zu gebieten, bevor das gesamte soziale Gefüge ins Wanken geriet. Das sollte er auch im Zwyerhandel unter Beweis stellen.

Angesichts seiner Erfahrungen mit republikanisch verfassten Gemeinwesen in Italien hegte Borromeo keinen Zweifel daran, dass die Anklage gegen Zwyer ein (wenn auch mit juristischen Mitteln verbrämter) Angriff auf einen adligen Standesgenossen und damit auf die gute Ordnung war. Zwar bescheinigte er Zwyer die typische «Einfältigkeit der Einheimischen» (*nativa semplicità*),³⁵ zugleich aber hielt er fest, dass der Oberst an den umliegenden Fürstenhöfen breit «abgestützt» (*appoggiato*) und deshalb als Mitglied einer gesamteuropäisch vernetzten Adelsgesellschaft zu behandeln sei.³⁶

32 Vgl. die Überblicksdarstellung: Rosario Villari, *Un sogno di libertà. Napoli nel declino di un impero (1585–1648)*, Mailand 2012.

33 «... era compass.e a vedere un Sig.re di sessanta mila scudi d'entrata ridotto in quella forma.» ABIB-FF, Corrispondenza 1645–1655: Federico an Giovanni, Benevent 13.7.1647.

34 Ebd.

35 ASV-SSS, 49, 4r: Borromeo an Rospigliosi, Luzern 7.1.1656.

36 Ebd., 51, 559r: Borromeo an Rospigliosi, Luzern 20.9.1657. Tatsächlich beweist die edierte Korrespondenz Zwyers, dass er während der Krise versuchte, sowohl bei den protestantischen Orten als auch bei den ausländischen Höfen Unterstützung für seine Position zu finden. Vgl. Anselm Zurfluh (Hg.), *Oberst Sebastian Peregrin Zwyer von Evebach (1597–1661). Innenpolitische Korrespondenz*, Bd. IV–C4, Zürich 2000, passim.

Entsprechend der anlässlich der neapolitanischen Revolution eingeübten Deutungsmuster las Borromeo das Verfahren, das in Schwyz gegen Zwyer eröffnet wurde, als einen Versuch wildgewordener Republikaner, die «fama, e riputatione» eines Edelmannes zu vernichten.³⁷ Für Borromeo war klar, dass Zwyer für die Wahrung jener guten Ordnung stand, die seine Gegner mit ihrem unüberlegten Handeln zu unterminieren drohten.³⁸

Borromeos Erzählung fusste auf einer simplen Gegenüberstellung von Zwyer und seinen Verbündeten einerseits, seinen Gegnern andererseits. Die Gegner Zwyers waren durchweg «verrückte Leute», welche «mehr aus privaten Leidenschaften heraus als aus einem Gefühl für das öffentliche Wohl und mit viel Unbeständigkeit in ihren Entschlüssen» voranpreschten.³⁹ Von «Partikularinteressen» (*particolari interessi*)⁴⁰ und «Leidenschaften» (*passioni*)⁴¹ getrieben, setzten sie fahrlässig die Einheit des *Corpus Catholicum* aufs Spiel.⁴² Zwyer und seine Verbündeten hingegen zeichneten sich dadurch aus, dass sie die Folgen ihres Handelns abzuschätzen wussten, dabei das Gemeinwohl erkannten und in den Mittelpunkt ihrer Anstrengungen stellten. Zwyers Fürsprecher hoben sich von ihren Kontrahenten dadurch ab, dass sie über das entscheidende kulturelle Kapital verfügten, das sie zur Führung und Lenkung der breiten Massen auserkor.⁴³ Aus Sicht des Nuntius war es daher

³⁷ ASV-SSS, 50, 147v: Borromeo an Rospigliosi, Muri 14.9.1656.

³⁸ Besonders lobend hob Borromeo hervor, dass sich Zwyer trotz des gegen ihn laufenden Verfahrens weiterhin für die Erneuerung des Bündnisses zwischen den katholischen Orten und den Wallisern betätigte, welche in den Augen des Nuntius zur Stärkung des *Corpus Catholicum* beitrug: Ebd., 51, 77r: Borromeo an Rospigliosi, Luzern 15.2.1657.

³⁹ «Stò faticando con questa pazza gente essendo qui tutti li Deputati de Luoghi Cathol.i, e con più private passioni che con sentimenti di publico bene, e con tanta volubilità nelle loro resolutioni che vi perderebbe la pazienza S. Francesco.» Ebd., 51, 147r: Borromeo an Rospigliosi, Luzern 22.3.1657.

⁴⁰ Ebd., 49, 256r: Borromeo an Rospigliosi, Luzern 18.3.1656.

⁴¹ Ebd., 50, 176r: Borromeo an Rospigliosi, Chur 4.10.1656.

⁴² Ebd., 49, 451r: Borromeo an Rospigliosi, Wettingen 25.5.1656.

⁴³ Bourdieu argumentiert, dass Führungseliten zur Legitimierung ihres Herrschaftsanspruchs auf einen einer Minderheit vorbehaltenen Bestand an Wissen und Kompetenzen verweisen, den Bourdieu dem kulturellen Kapital der Betroffenen zuordnet. Pierre Bourdieu, *The State Nobility. Elite Schools in the Field of Power*, Stanford 1996.

dringend angezeigt, dass diejenigen, die das allgemeine «Interesse» erkannten, dieses gegen die republikanischen «Leidenschaften» verteidigten.

Mit der Unterscheidung zwischen «Leidenschaften» und «Interessen» hob Borromeo auf zentrale Versatzstücke der zeitgenössischen politischen Theorie ab. Der Begriff des «Interesses» hatte bereits 1639 im Traktat *De l'interest des princes et estats de la chrestienté* seine theoretische Unterfütterung erhalten. Der Autor, der Duc de Rohan, sah darin bekanntlich eine alles beherrschende objektive Kraft in der Politik, der sich selbst Fürsten beugen mussten, wenn sie sie auch mit rationalem Kalkül zu bändigen versuchen konnten.⁴⁴ Nichts spricht dafür, dass Borromeo die Schrift des Protestanten Rohan rezipiert hatte. Vielmehr scheint er die Theorie, wie viele andere römische Gesandte auch, aus zweiter oder dritter Hand übernommen zu haben.⁴⁵ Entsprechend unorthodox fiel seine Lesart aus. Zwar griff Borromeo von Rohan die Unterscheidung in scheinbar objektive «Interessen» einerseits, «aufrührerische Gelüste» und «gewaltsame Leidenschaften» andererseits auf.⁴⁶ Seine Verwendung der beiden Begriffe zeigt aber, dass er diese zu einer eigensinnigen Theorie weiterentwickelt und sie für seine Umstände aufbereitet hatte. In seiner Deutung stand dem kleinen Kreis seiner Standesgenossen, denen es allein vorbehalten war, die vorgeblich allgemeine Interessenlage einzuschätzen, die grosse Masse der von «Leidenschaften» Getriebenen gegenüber, gegen die sich der Adel notfalls durchsetzen musste. Aus Rohans Analyse hatte Borromeo, wenn auch nur halbbewusst, eine Form des kulturellen Kapitals abgeleitet, das ihm und seinen Standesgenossen die Vorherrschaft über das politische Tagesgeschäft sicherte.

⁴⁴ Vgl. dazu Jonathan Dewald, *Status, Power, and Identity in Early Modern France. The Rohan Family, 1550–1715*, University Park 2015, S. 54, 73, sowie J. H. M. Salmon, *Rohan and Interest of State*, in: ders., *Renaissance and Revolt: Essays in the Intellectual and Social History of Early Modern France*, Cambridge 1987, S. 98–116.

⁴⁵ Zur durchweg oberflächlichen Auseinandersetzung römischer Amtsträger mit politischen Theorien im späten 17. Jahrhundert vgl. Renata Ago, *Carriere e clientele nella Roma barocca*, Rom 1990, S. 140. Für eine – nicht minder unorthodoxe – Deutung von «Interessen» und «Leidenschaften» eines Nuntius im späten 17. Jahrhundert: ebd., S. 155.

⁴⁶ Zit. n. Albert O. Hirschman, *The Passions and the Interests. Political Arguments for Capitalism before its Triumph*, Princeton 1977, S. 34.

Vor dem Hintergrund seines ausgeprägten Distinktionsbedürfnisses und seiner frühen Prägungen erstaunt es nicht, dass Borromeo aus seiner bruchstückhaften Rezeption von Rohans Traktat eine neue Herrschaftsideologie ableitete. Die Unterscheidung zwischen «Leidenschaften» und dem wahren «Interesse», das nur ausreichend kompetente Eliten erkennen und vertreten konnten, erlaubte es ihm nicht nur, den politischen Verhältnissen in der Schweiz Sinn zu verleihen. Sie gab seinem Handeln auch die nötige Legitimation in den Augen seiner Dienstherrn. Die Ereignisse von Neapel bis London hatten Borromeo und anderen Prälaten im vergangenen Jahrzehnt vor Augen geführt, was geschah, wenn das Feld der Politik dem von Leidenschaften getriebenen Volk überlassen wurde: Schlimmstenfalls musste der König den Kopf lassen.⁴⁷ Die Verteidigung der hergebrachten Ordnung, vor allem aber des rechten Glaubens, forderte von den wenigen richtigen Interessenswahrern bereits bei der kleinsten Regung von unten ein beherztes Eingreifen. Aus diesen Gewissheiten drängten sich für Borromeo zwei Handlungsschritte auf: Er musste erstens Zwyer gegen die «Unwahrheiten» (*falsità*) der Schwyzer verteidigen, wie er in einem Brief an den Betroffenen beteuerte.⁴⁸ Zweitens galt es, nach allen Regeln der politischen Kunst auf das Verfahren gegen den Oberst Einfluss zu nehmen.

Als Zwischenfazit kann demnach festgehalten werden: Die Untersuchung eines Einzelfalls macht zumindest im vorliegenden Fall deutlich, dass die durch die Nuntien gezeichneten Fremdbilder nicht allein deren «Borniertheit» (Wolfgang Reinhard) zuzuschreiben waren.⁴⁹ Die scheinbar zeitlosen Fremdsterotype knüpften an aktuelle polittheoretische Debatten in der europäischen Adelsgesellschaft an. Dies entsprach zwar einem genuinen Bedürfnis nach Deutung, wie die Forschung zu Recht betont hat. Allerdings kann zugleich der instrumentelle Charakter der Gegenüberstellung von «In-

⁴⁷ Der Bezug zu England wurde im vorliegenden Fall erstaunlicherweise nicht hergestellt. Cromwell geistert aber in vielen anderen Zusammenhängen als Schreckgespenst durch die Korrespondenz Borromeos und seiner adligen Amtskollegen.

⁴⁸ Anselm Zurfluh (Hg.), Oberst Sebastian Peregrin Zwyer von Evebach (1597–1661). Innenpolitische Korrespondenz, Bd. IV–C4, Zürich 2000, S. 4338 f.: Borromeo an Zwyer, Luzern 5.2.1658.

⁴⁹ Reinhardts Urteil wurde jüngst von Braun, *Imagines*, S. 770, in weiten Teilen bestätigt.

teressen» und «Leidenschaften» nicht von der Hand gewiesen werden: Die Dichotomie spurte nicht nur das weitere Vorgehen des Nuntius vor, sondern legitimierte es zugleich, wie gleich zu zeigen sein wird.⁵⁰

Die Luzerner Ratsherren: Adlige oder «Bestien»?

Dass die von Nuntius Borromeo skizzierte Ausgangslage nicht allein sein subjektives Empfinden widerspiegelte, sondern darüber hinaus instrumentellen Charakter aufwies, zeigte der weitere Verlauf des Zwyerhandels. Das geschickte Framing des Konflikts als Auseinandersetzung zwischen «Leidenschaften» und «Interessen» legitimierte nämlich nicht nur das Eingreifen des Nuntius in eine scheinbar innere Angelegenheit. Durch die Verwandlung des Konflikts in einen «Klassifikationskampf» (Pierre Bourdieu)⁵¹ zwischen politischen Laien und Eingeweihten hoffte Borromeo zudem, den Vorort Luzern als Schlichter zwischen Schwyz und Uri zu gewinnen. Auf diese Strategie legte er sich früh fest. Bereits im Juli 1656 schrieb er dem Staatssekretär in Rom, Zwyer sei «am meisten gedient», wenn sich der Nuntius darauf beschränke, «unter der Hand» (*sottomano*) in Luzern für ihn zu lobbyieren.⁵² Die Betonung der feinen Unterschiede zwischen subversiven Republikanern und bewahrenden Adligen spielte dabei eine zentrale Rolle: Damit sollte dem Ehrgefühl der Luzerner Ratsherren geschmeichelt werden, um sie zur Intervention an der Seite des adligen Borromeo zu überzeugen.

Borromeos Hoffnungen auf Luzern als Wahrer adliger Interessen, der die zankenden Republikaner besänftigen könnte, nährten sich wohl auch aus

⁵⁰ Auf den instrumentellen Charakter von Fremdbildern hat die Diplomatiegeschichte im Unterschied zur Nuntiaturforschung in letzter Zeit vermehrt hingewiesen. Vgl. die Beiträge in Michael Rohrschneider, Arno Strohmeyer (Hg.), *Wahrnehmungen des Fremden. Differenzenerfahrungen von Diplomaten im 16. und 17. Jahrhundert*, Münster 2007.

⁵¹ Bei Klassifikationskämpfen geht es laut Bourdieu um die Frage, welchen Wissensbeständen eine herrschaftslegitimierende Funktion zugeschrieben wird. Vgl. David L. Swartz, *Symbolic Power, Politics, and Intellectuals. The Political Sociology of Pierre Bourdieu*, Chicago/London 2013, S. 28, 35–42, sowie Lisa McKenzie, *Getting By. Estates, Class and Culture in Austerity Britain*, Bristol 2015, S. 7.

⁵² ASV-SSS, 50, 12r: Borromeo an Rospigliosi, Luzern 13.7.1656.

dem in römischen Gesandtenkreisen tradierten Wissen über die Eidgenossenschaft. Eine zentrale Überzeugung war dabei, dass sich das politische System des Vororts Luzern wesentlich von dem der Länderorte unterscheide. Italienische Schweiz-Experten wie der erwähnte Ranuccio Scotti skizzierten die Landsgemeindekantone als anarchische Gegenwelt zu den aristokratisch verfassten Städteorten, deren politisches System sie wiederum in die Nähe der norditalienischen Stadtrepubliken rückten.⁵³ Die beruhigende Wirkung einer solcher Einschätzung liegt auf der Hand, denn die städtischen Oligarchien in Genua oder Venedig waren genauso wie der Dienstadel in monarchisch verfassten Gebilden spätestens im 16. Jahrhundert zur Überzeugung gelangt, dass die Stabilität des Gemeinwesens nur gewahrt werden könne, wenn es gelang, das wankelmütige Volk im Zaum zu halten.⁵⁴ Angesichts dieser Tatsache erwartete Borromeo offenbar, dass die Luzerner Ratsherren die Notwendigkeit der Ehrenrettung Zwyers einsehen und bei der Unterbindung der republikanischen Machenschaften der Schwyzer mit dem Nuntius kooperieren würden.⁵⁵

Die Ereignisse, die sich 1658 zuspitzten, entlarvten das in Rom abgelegte Wissen über Luzern aus der Sicht Borromeos jedoch als unzulänglich. Wie Borromeo nun herausfand, stand im Luzerner Regierungssystem dem Kleinen Rat, der laut Borromeo während des Konflikts mit «Umsichtigkeit» (*circonspezione*) gehandelt hatte, der Grosse Rat gegenüber, der zum Verdruss des Nuntius fest in der Hand der «Plebs» (*plebe*) war.⁵⁶ 1658 warben die Mitglieder des Grossen Rats aktiv dafür, dass Luzern an der Seite der Schwyzer Position gegen Zwyer bezog. Diese Agitation mündete im Mai 1658 schliesslich in Tumulte, zu deren Anführer gemäss Borromeo «einige der aufrüh-

⁵³ Christian Windler, Diplomatie als Erfahrung fremder politischer Kulturen. Gesandte von Monarchen in den eidgenössischen Orten (16. und 17. Jahrhundert), in: Geschichte und Gesellschaft 32/1 (2006), S. 5–44, hier S. 26.

⁵⁴ Vgl. zuletzt Filippo De Vivo, Patrizi, informatori, barbieri. Politica e comunicazione a Venezia nella prima età moderna, Mailand 2012, insb. S. 53–60, der allerdings zugleich betont, dass die Bemühungen, die politische Betätigung einer kleinen Minderheit vorzubehalten, in der Praxis scheiterten.

⁵⁵ ASV-SSS, 50, 176r: Borromeo an Rospigliosi, Chur 4. 10. 1656.

⁵⁶ Ebd., 51, 366v: Borromeo an Rospigliosi, Luzern 21. 6. 1657.

rerischsten Flegel dieser Herrschaft (von deren Wüten während der vergangenen Rebellion immer noch Narben vorhanden sind)» zählten.⁵⁷

Der Verweis auf den Bauernkrieg von 1653 ist kein Zufall, musste das Ereignis bei Borromeo doch Erinnerungen an den Aufstand «aufrührerischer Flegel» wecken, bei dem er beinahe selbst auf der anderen Seite der Barrikaden gestanden hätte. 1648, als Borromeo als päpstlicher Gouverneur in Montalto in den Marken Dienst leistete, brach in der benachbarten Stadt Fermo eine Revolte gegen seinen Amtskollegen und Landsmann Uberto Maria Visconti aus. Dieser hatte trotz der herrschenden Hungersnot eine Schiffsladung Weizen ins benachbarte Königreich Neapel verkauft.⁵⁸ Entsetzt berichtete Borromeo seinem Bruder, wie ein aufgebrachter Mob den Gouverneur und sein Gesinde daraufhin «mit Axtschlägen auf grausamste Weise» hinrichtete, bevor sein Palast angezündet und geplündert wurde.⁵⁹ Als nächster Vertreter des Papstes wurde Borromeo entsandt, um Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Diesem Auftrag konnte er sich zu seiner spürbaren Erleichterung entziehen, weil ihm Kardinal Francesco Peretti, der in der Gegend ausgedehnte Ländereien besass, zuvorkam. Mehr noch als durch die Revolution in Neapel im Jahr zuvor dürfte Borromeo durch den Aufstand in Fermo klar geworden sein, wie schnell die Vorherrschaft seines Standes zusammenbrach, wenn das «Wüten des Volkes» nicht rechtzeitig unterbunden wurde.

Schlimmer noch als die unkontrollierten Regungen der «unersättlichen Meute» (*turba inesplebile*)⁶⁰ in Luzern war für Borromeo aber die Reaktion der Mitglieder des Kleinen Rats auf die offene Agitation.⁶¹ Anstatt hart gegen die Ruhestörer vorzugehen, ging der Kleine Rat auf Druck der zahlreich vertretenen Parteigänger des französischen Königs auf die Hauptforderung der Plebs ein. Auf Druck der «Strasse» (*piazza*), welche die Ratsherren offen mit dem Tod bedrohte, entschieden selbst die «klügsten» (*i più prudenti*) Mit-

57 «...alcuni de più tumultuosi villani di questo Dominio (della furia de quali restano dalla passata ribellione le cicatrici) ...» ASV-SSS, 52, 196r: Borromeo an Chigi, Luzern 2.5.1658.

58 Yves-Marie Bercé, *La sommossa di Fermo del 1648*, Fermo 2007.

59 ABIB-FF, *Corrispondenza 1645–1655*: Federico an Giovanni, Montalto 8.7.1648.

60 ASV-SSS, 50, 21r, Borromeo an Rospigliosi, Luzern 20.7.1656.

61 Ebd., 52, 158r–v, Borromeo an Chigi, Luzern 4.4.1658.

glieder des Kleinen Rates, die Neutralität des Vororts aufzugeben und sich auf der Seite Schwyz' gegen Zwyer zu stellen.⁶² Konsterniert musste Borromeo feststellen, dass die Luzerner Ratsherren nicht in der Lage waren, die «Gefahr» zu erkennen, die dadurch dem Gemeinwesen drohte, «dessen hergebrachte [aristokratische] Regierungsformen auf diese Weise unterminiert werden».⁶³

Mit dieser Einsicht starb im Sommer 1658 Borromeos Hoffnung, dass die Luzerner Ratsherren die feinen Unterschiede zwischen Leidenschaften und Interessen erkennen und auf der richtigen Seite in den Zwyerhandel eingreifen würden. Anstatt mit der geforderten *prudenza* vorzugehen, wie es sich für Adlige gehörte, liessen sich die Luzerner Magistraten von «Aufrührern» (*tumultuanti*) aus den «Wirtshäusern» am Gängelband herumführen.⁶⁴ Gingen zeitgenössische Adelstraktate in Italien davon aus, dass die Führungsschichten der Städte des Reiches und der Eidgenossenschaft zum Adel gehörten,⁶⁵ hatten zumindest die Luzerner Ratsherren diesen Anspruch in den Augen Borromeos verwirkt. Mit ihrer «unklugen» Entscheidung hatten sie bewiesen, dass sie sich wie die Führungsschichten in den Landorten allzu leicht von «Leidenschaften» hinreissen liessen und dabei übergeordnete «Interessen» aus den Augen verloren. Gerade in Briefen an Familienmitglieder liess Borromeo keinen Zweifel mehr offen bezüglich des Ausschlusses der Luzerner Ratsherren aus der europäischen Gesellschaft der Edelmänner: Wie eingangs gesehen bezeichnete er die «Herren von Luzern» ab 1658 unumwunden als «Bestien». Die Vehemenz, die er gegenüber den Landkantonen in dieser Schärfe nie an den Tag legte, gibt unfreiwillig Auskunft darüber, wie tief die Verzweiflung ob seiner Fehleinschätzung der Luzerner sass.⁶⁶

⁶² Ebd., 52, 233r–v: Borromeo an Chigi, Luzern 30.5.1658.

⁶³ «... senza altra consideratione del pericolo, che sovrasta alla Republica, le cui antiche forme di governo si sconvolghino.» Ebd., 52, 393v: Borromeo an Chigi, Luzern 12.9.1658.

⁶⁴ Ebd., 52, 393r–v: Borromeo an Chigi, Luzern 12.9.1658.

⁶⁵ Claudio Donati, *L'idea di nobiltà in Italia. Secoli XIV–XVIII*, Bari/Rom 1988, S. 293.

⁶⁶ Die soziologische Forschung in der Tradition Pierre Bourdieus hat aufgezeigt, dass die Abgrenzung gegenüber sozial Niedriggestellten gerade dort besonders heftig ausfällt, wo der Verlauf der Grenzlinien unklar ist, und dass dabei häufig mit elementaren Emotio-

Römische Seilschaften

Die Parteinahme Luzerns stellte die Ambitionen des Nuntius auf das Kardinalat weit mehr in Frage als alles zuvor Geschehene. Ab Sommer 1658 blieb Borromeo nämlich als in seiner Wahrnehmung einziger Verteidiger der wahren Interessen gegen die frivolen Leidenschaften der Eidgenossen zurück. Hatte er bisher dezent im Hintergrund die Fäden zu spinnen versucht, um nach aussen hin als neutraler Vertreter des Oberhaupts aller Katholiken aufzutreten, musste er sich nun wohl oder übel als Parteigänger Zwyers zu erkennen geben. Diese herausragende Stellung aber machte den Nuntius selbst zur Zielscheibe der Kritik. Bereits Anfang des Jahres, als er nach aussen noch den Schein der Neutralität wahrte, hatte Borromeo in einem angeblich vertraulichen Brief an seinen Agenten in Rom zu berichten gewusst, dass etliche Geistliche im Volk gegen ihn agitierten: «Aus Rache für meine mehr als triftigen Argumente sorgen die Schwyzer zusammen mit einigen Pfarrern und Mönchen in ihrer Gefolgschaft dafür, dass ich aufs Übelste diskreditiert und als Parteigänger Uris dargestellt werde, um mich unglaublich zu machen.»⁶⁷ Diese Entwicklungen spitzten sich nach dem Rückzug der Luzerner über den Sommer zu. Im September intensivierten einige Exponenten des Kapuzinerordens eine Diffamierungskampagne gegen den Nuntius.⁶⁸ Dabei nutzten sie auch ihre ausgezeichneten Kontakte zum Hauptmann der Schweizergarde in Rom, Ludwig Pfyffer, der Borromeo ebenfalls feindlich gesinnt war. Damit verfügten sie über einen direkten Kanal zum Papst, über den sie das Ansehen Borromeos bei seinem Dienstherrn nachhaltig schädi-

nen wie Ekel operiert wird. Siehe Stephanie Lawler, *Disgusted Subjects. The Making of Middle-Class Identities*, in: *The Sociological Review* 53/3 (2005), S. 429–446.

⁶⁷ «In vendetta di queste mie troppo valide et efficaci ragioni procurano quelli di Svitz discreditarmi in ogni peggior modo et uniti con alcuni preti e frati di loro seguito vorriano farmi veder parziale d'Altorfo acciò non fussi creduto.» Der Brief landete wohl nicht zufällig in den Unterlagen des Kardinalnepoten. ASV-SSS, 52, 97v: Borromeo an Giannuzzi, Luzern 14.2.1658.

⁶⁸ Dafür war nicht der Zwyerhandel allein verantwortlich, sondern auch Jurisdiktionskonflikte, die Borromeo während der Nuntiatur weiter verfolgen sollten. Vgl. vorerst die allerdings konfessionell befangenen Einschätzungen in Giovannini, Federico, S. 173–178.

gen konnten.⁶⁹ Den dadurch drohenden Ehrverlust in Rom konnte Borromeo aus seiner Sicht nunmehr nur noch mit beherztem Durchgreifen gegen die aufwieglerischen Eidgenossen abwenden.

Vor dem Hintergrund der zugespitzten Lage im Herbst 1658 ist denn auch der Brief zu verstehen, den Borromeo im Oktober 1658 dem Kardinalnepoten Flavio Chigi zukommen liess. Darin informierte Borromeo Chigi, dass Zwyer derzeit auf dem Weg nach Wien sei, und bat den Kardinalnepoten, dem umstrittenen Oberst über die Netzwerke der päpstlichen Diplomatie eine Charge am Hof zu verschaffen, die ihn von der Eidgenossenschaft fernhalte.⁷⁰ «Vorausgesetzt, dass Eure Exzellenz dies für nicht unangebracht halten, könnten Sie, ohne Seine Heiligkeit miteinzubeziehen, mit einem blossen Wink (*insinuatione*)» an den Nuntius am Wiener Hof «viel zur Beruhigung dieser Katholiken beitragen».⁷¹

Tatsächlich setzte sich danach die diplomatische Maschinerie Roms in Bewegung. Im November 1658 erging ein Brief des Kardinalnepoten an den Nuntius am Kaiserhof, Carlo Carafa della Spina, welcher als Borromeos Vorgänger auf der Luzerner Nuntiatur mit Zwyer bestens vertraut war: Der Heilige Vater, hiess es im Schreiben, würde es begrüssen, wenn der Nuntius entsprechende Schritte veranlassen könnte, um Zwyer mit einer «angemessenen Beschäftigung» (*proportionato impegno*) von der Schweiz fernzuhalten.⁷² Carafa gelang es allerdings trotz intensiver Bemühungen nicht, den gewünschten Beitrag zur «öffentlichen Ruhe» in der Eidgenossenschaft zu leisten. Mangels geeigneter Vakanzen konnte Zwyer nicht mit einem Hofamt versorgt werden, das seinen Qualifikationen und seinem sozialen Status

⁶⁹ Zum Hauptmann der Schweizer Garde als informeller Kanal der Schweizer Orte nach Rom vgl. die Hinweise in Pierre-Louis Surchat, Der Kanton Luzern und die Schweizergarde, in: Urban Fink, Hervé de Weck, Christian Schweizer (Hg.), Hirtenstab und Hellesbarde. Die Päpstliche Schweizergarde in Rom 1506–2006, Zürich 2006, S. 199–206, hier S. 204–206. Zum schwierigen Verhältnis zwischen Borromeo und Gardehauptmann Pfyffer: Urban Fink, Roger Ligginstorfer, Die Schweizergarde und die Luzerner Nuntien, in: ebd., S. 247–275, hier S. 259 f.

⁷⁰ ASV-SSS, 52, 518r, Borromeo an Chigi, Luzern 31. 10. 1658.

⁷¹ Ebd., 52, 518v–519r: Borromeo an Chigi, Luzern 31. 10. 1658.

⁷² ASV, Segreteria di Stato, Germania, 32, 199r: Chigi an Carafa, Rom 30. 11. 1658.

angemessen gewesen wäre.⁷³ Am 15. März 1659 musste Carafa dem Kardinalnepoten berichten, dass es ihm zwar gelungen sei, Zwyer vier Monate in Wien zurückzuhalten, dieser jetzt aber über Mailand nach Altdorf abgereist sei und dort wohl im April eintreffen werde.⁷⁴

Dadurch entflammte der Konflikt jedoch wider Erwarten nicht aufs Neue. Der Oberst erlitt kurz nach seiner Rückkehr aus Wien einen Schlaganfall, der ihn ans Bett fesselte, was bei seinen Gegnern wohl das Interesse an einer Fortsetzung des Konflikts abflauen liess. Der von Borromeo angeregte und mit Hilfe der päpstlichen Diplomatie hinausgezögerte Wien-Aufenthalt hatte zu jener Beruhigung der Situation beigetragen, welche die etablierten Schlichtungsverfahren der Eidgenossenschaft zuvor nicht hatten herbeiführen können.

Schluss

Es ist kein Zufall, dass sich die Ereignisse im Zwyerhandel überstürzten, als der Ruf des Nuntius selbst in höchster Gefahr schwebte. Hatte Federico Borromeo nach dem Ersten Villmergerkrieg geglaubt, vom vermeintlichen Verhandlungserfolg der katholischen Orte getragen rasch auf eine erstrangige Nuntiatur befördert zu werden, musste er diese Träume mit dem Ausbruch der Zwyerkrise vorerst begraben. Die Beförderung war nunmehr davon abhängig, ob es dem Nuntius gelang, den Streit im *Corpus Catholicum* zu schlichten. Das Framing der Auseinandersetzung als Widerstreit zwischen «Leidenschaften» und «Interessen» entsprang den persönlichen Erfahrungen des Nuntius mit republikanischen Gemeinwesen im Italien der 1640er Jahre, aus denen er in der Eidgenossenschaft eine Strategie für die Lösung des Zwyerhandels abzuleiten versuchte. Die Dichotomie von «Interessen» und «Leidenschaften» bot dabei einerseits eine Absicherung: Durch die Schilderung der radikalen Andersheit seiner Gegner würde es dem Nuntius im Falle eines Scheiterns leichter fallen, sein Versagen gegenüber seinen Prinzipalen zu rechtfertigen.⁷⁵ Andererseits verschaffte das Framing dem Nuntius takti-

⁷³ Ebd., 165, 81r: Carafa an Chigi, Wien 1.2.1659.

⁷⁴ Ebd., 165, 103r: Carafa an Chigi, Wien 15.3.1659.

⁷⁵ Zu dieser Absicherungsstrategie vgl. bereits Windler, *Diplomatie*, S. 42 f.

sche Vorteile vor Ort: Durch die Gegenüberstellung glaubte er, dem Luzerner Patriziat zu schmeicheln und so dessen Mitglieder zu überzeugen, in der Angelegenheit als Schlichter aufzutreten. Als sich dieser Schachzug als Ergebnis einer Fehleinschätzung der Luzerner Ratsherren entpuppte, liess sich mit der gleichen Dichotomie wiederum die direkte Intervention des Nuntius in innere Angelegenheiten rechtfertigen. Nachdem sich auch die Luzerner wie zuvor bereits die Landsgemeindekantone der Innerschweiz ausserhalb des Kreises derer verortet hatten, die Interessen von Leidenschaften zu unterscheiden wussten, blieb dem Nuntius aus seiner Sicht nichts anderes übrig, als sich über die angebahnten Verfahren hinwegzusetzen. Auf dem Spiel stand nunmehr nicht mehr allein der Ruf seines Standesgenossen Zwyer, sondern auch seine eigene Reputation, die das entscheidende Kapital für sein Vorankommen in Rom darstellte. Der Rückgriff auf die Seilschaften der europäischen Gesellschaft der Edelmänner schien im Herbst 1658 unausweichlich. Den dadurch vom politischen Prozess ausgeschlossenen Schweizer «Bestien» blieb indes nur die Genugtuung, dass sich Borromeos gewagtes Manöver karrieretechnisch nicht wie gehofft bezahlt machte, der Nuntius vielmehr noch weitere sechs Jahre «den Praktiken der Edelmänner entrisen» in Luzern ausharren musste.⁷⁶

Samuel Weber, M.A., Universität Bern, Historisches Institut, Länggassstrasse 49, CH-3012 Bern, samuel.weber@hist.unibe.ch

⁷⁶ «... sequestrato dalla pratica de galanthomini mi trovo tra questi monti a riflettere sin'a che segno possa l'ambitione veder infelice un matto par mio.» ABIB-FF, Correspondenza 1656–1664: Federico an Antonio Renato, Luzern 21.12.1656.

Mit Gottes Segen und obrigkeitlichem Auftrag

Die Zürcher Gesandtschaftsreise von Johann Heinrich Hottinger zu protestantischen Reichsfürsten und in die Niederlande 1664

Sarah Rindlisbacher

With God's Blessing and the Accreditation of his Authorities. The Mission of Johann Heinrich Hottinger from Zurich to Protestant Imperial Princes and to the Netherlands 1664

As a local conflict in Thurgau threatened to break out into open war between Zurich and several of the catholic Swiss cantons in 1664, the council of Zurich turned to Protestant territories in Europe for military and financial aid. The subsequent diplomatic mission was assigned to Johann Heinrich Hottinger, a distinguished theologian of Zurich, who then traveled to Württemberg, the Electoral Palatinate, Brandenburg, Hesse-Kassel and the Netherlands. During his mission, Hottinger relied heavily on his broad confessional as well as academic network, and appealed to the solidarity of a Protestant community across borders. Even though the mission eventually failed and peace among the Swiss cantons was reestablished without war, Hottinger's diplomatic files allow a close look into Zurich's understanding of its political culture and the ways in which religion functioned as one of the key factors of Zurich's foreign policy in the 17th century.

Einleitung

Als Salomon Hirzel 1704 im Collegium der Wohlgesinnten in Zürich seine historische Vortragsreihe zum Wigoltinger Handel von 1664 abschloss, wies er auf die aktuellen Debatten hin, in denen die Einmischung von Geistlichen in weltliche Angelegenheiten kritisiert wurde. Dennoch wollte Hirzel «mit dem exempel Fabritii, Heideggeri und Hottingeri [zeigen], das auch geistliche personen mit großem nutzen in politischen oder stands geschäften gebraucht worden» seien.¹ Das Zitat weist auf die wenig beachtete Tatsache

¹ Zentralbibliothek Zürich (ZBZH), Ms. Z III 625, Protokoll des Collegiums der Wohlgesinnten (1.4.1704), S. 44.

hin, dass sich Zürcher Geistliche über das ganze 17. Jahrhundert hinweg in vielerlei Hinsicht an den Aussenbeziehungen ihres Standes beteiligten.² Keiner unter ihnen trat dabei so prominent mit einem weltlichen Auftrag in Erscheinung wie der Theologe Johann Heinrich Hottinger (1620–1667), der 1664 als Gesandter zu protestantischen Reichsfürsten und in die Niederlande geschickt wurde.

Die Untersuchung von Geistlichen als diplomatische Akteure kann an neuere Forschungen anschliessen, die nach der Rolle von Gelehrtennetzwerken (zu denen auch Verbindungen zwischen Theologen gerechnet werden können) in frühneuzeitlichen Aussenbeziehungen gefragt haben.³ Spezifischer wurde das Phänomen in der Forschung zudem unter dem Stichwort des *Internationalen Calvinismus* diskutiert, womit das seit Ende des 16. Jahrhunderts bestehende «politisch, akademisch und künstlerisch aktive Personen- und Institutionennetzwerk» gemeint ist, das sich auf protestantischer Seite grenzüberschreitend gebildet hatte.⁴ Zeitlich und thematisch liegt der Fokus dieser bisherigen Studien auf der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts und auf den calvinistischen Exilgemeinschaften in Frankreich und im Reich; eine Anwendung des Konzepts auf den Raum der alten Eidgenossenschaft steht noch aus.⁵ Eine vielversprechende methodische Erweiterung bietet sich

² Vgl. das Dissertationsprojekt der Verfasserin zur Rolle der Zürcher Geistlichkeit in der reformiert-eidgenössischen Aussenpolitik des 17. Jahrhunderts (betreut von Prof. Dr. André Holenstein, Universität Bern).

³ Vgl. zur Gelehrten дипломатie u. a. die Studien von Sven Externbrink, *Humanismus, Gelehrtenrepublik und Diplomatie: Überlegungen zu ihren Beziehungen in der Frühen Neuzeit*, in: Hillard von Thiessen, Christian Windler (Hg.), *Akteure der Aussenbeziehungen. Netzwerke und Interkulturalität im historischen Wandel*. Köln 2010, S. 133–149, und von Ruth Kohlndorfer-Fries, *Diplomatie und Gelehrtenrepublik. Die Kontakte des französischen Gesandten Jacques Bongars (1554–1612)*, Tübingen 2009.

⁴ Holger Th. Gräf, «International Calvinism revisited» oder europäische Transferleistungen im konfessionellen Zeitalter, in: Thomas Fuchs, Sven Trakulhun (Hg.), *Das eine Europa und die Vielfalt der Kulturen. Kulturtransfer in Europa 1500–1850*, Berlin 2003, S. 137–158, hier S. 140 f.

⁵ Grundlegend zur Forschungsdebatte: Menna Prestwich (Hg.), *International Calvinism, 1541–1715*, Oxford 1985; Robert M. Kingdon, *Der Internationale Calvinismus und der Dreissigjährige Krieg*, in: Klaus Bussmann, Heinz Schilling (Hg.), *1648: Krieg und Frieden in Europa*, Bd. 1, München 1998, S. 229–235; Heinz Schilling, *Konfessionalisie-*

zudem durch einen Einbezug von diskursgeschichtlichen Ansätzen an, da gerade in den Aussenbeziehungen Aspekte wie Solidarität, Freund- und Feindrhetorik sowie die Bekräftigung von politischer Nähe eine hervorgehobene Rolle spielten – alles Bereiche, in denen die Konfession argumentativ einen besonderen Platz einnahm.⁶

Ausgangspunkt der Fallstudie ist die Zürcher Gesandtschaftsreise von 1664, anhand derer gezeigt werden soll, welche Rolle Geistliche in den Aussenbeziehungen des eidgenössischen Vororts mitunter einnehmen konnten. Der Beitrag will den Stellenwert der Konfession bei dieser Mission beleuchten und darüber hinaus klären, weshalb der Zürcher Rat mit Hottinger einen Theologen zum Diplomaten ernannte. Bei der Analyse seiner Mission liegt ein besonderes Augenmerk auf Hottingers personalem Netzwerk und seinem Status als bekanntem Gelehrten. Anders als in den übrigen Beiträgen in diesem Themenband steht hier nicht das Agieren fremder Diplomaten in der Eidgenossenschaft, sondern das Wirken eines eidgenössischen Gesandten an auswärtigen Machtzentren im Fokus. Dennoch bleibt die politische Kultur Zürichs und der Eidgenossenschaft ein wichtiger Aspekt bei den Verhandlungen, da einerseits Hottinger selbst seine Sichtweise darauf zu vermitteln versuchte und andererseits die fremden Obrigkeiten den Zürcher Gesandten mit ihren eigenen Vorstellungen zur eidgenössischen politischen Verfasstheit konfrontierten. Gleichsam in umgekehrter Reihenfolge geht der Beitrag also den diesem Themenheft vorangestellten diplomatischen Handlungsfeldern *Verhandeln, Vernetzen, Beobachten* nach.

rung und Staatsinteressen. Internationale Beziehungen 1559–1660, Paderborn 2007 (darin insb. S. 112–119).

⁶ Siehe dazu bereits Sarah Rindlisbacher, Zur Verteidigung des «Protestant Cause». Die konfessionelle Diplomatie Englands und der eidgenössischen Orte Zürich und Bern 1655/56, in: *Zwingliana* 43 (2016), S. 193–334, hier S. 230–235.

Zürichs Konflikt mit den Inneren Orten: Der Wigoltinger Handel 1664

Der Auslöser der Gesandtschaftsreise von 1664 war eine rasch eskalierende Auseinandersetzung zwischen Zürich und den katholischen Orten der Inner-schweiz im Raum der gemeinsam verwalteten Landgrafschaft Thurgau.⁷ Seit dem zweiten Kappeler Landfrieden von 1531 wurden die Reformierten im bikonfessionellen Thurgau bei der Ausübung ihres Glaubens gegenüber den Katholiken in verschiedener Hinsicht benachteiligt, was die Zürcher dazu veranlasste, sich als Verteidiger des reformierten Glaubens in der Ostschweiz zu inszenieren. Einzelne Zwischensiege in diesem Machtkampf gegen die katholischen Orte hatte der reformierte Vorort bereits verbuchen können: Zwar galt bei Konflikten in den Gemeinen Herrschaften das Majoritätsprinzip, doch hatte Zürich im Badener Vertrag von 1632 die Klausel aushandeln können, dass bei religiösen Streitigkeiten die Parität gelten solle.⁸ Da sich Zürich innerhalb der sieben regierenden Orte einer erdrückenden katholischen Mehrheit gegenübergestellt sah, hatte es ein machtpolitisches Interesse daran, jede Auseinandersetzung als Religionskonflikt zu deuten, was die konfessionellen Spannungen zusätzlich anheizte.

In der langen Reihe wiederkehrender konfessioneller Auseinandersetzungen im Thurgau steht auch der sogenannte Wigoltinger Handel.⁹ Auslöser des Konflikts war der Durchzug von für Spanien geworbenen Truppen einer luzernischen Kompanie durch das thurgauische Lipperswil an Pfingsten 1664, bei dem es zu einem Handgemenge zwischen katholischen Söldnern und reformierten Bauern kam.¹⁰ Der Streit eskalierte und die zu Hilfe

⁷ Der Thurgau unterstand vor 1712 als Gemeine Herrschaft den Orten Zürich, Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Zug und Glarus.

⁸ Vgl. zur Wirkung des Badener Vertrags Ulrich Pfister, Konfessionskonflikte in der frühneuzeitlichen Schweiz. Eine strukturalistische Interpretation, in: Schweizerische Zeitschrift für Religions- und Kulturgeschichte 101 (2007), S. 257–312, hier S. 281 f.

⁹ Zum Zusammenhang von eidgenössischen Glaubenskonflikten mit dem Raum der Gemeinen Herrschaften und für eine Auflistung von vergleichbaren Auseinandersetzungen vgl. ebd., S. 280–284.

¹⁰ Zu den detaillierten Ereignissen in Lipperswil und Wigoltingen am ausführlichsten bei: Gottlieb Amstein, Die Geschichte von Wigoltingen, Weinfelden 1892, S. 166–231.

gerufenen Bewohner des Nachbardorfs Wigoltingen erschlugen mehrere der Söldner, wofür der aus Uri stammende Thurgauer Landvogt die Verantwortlichen hinrichten wollte. Zürich forderte hingegen Strafmilderung für die reformierten Untertanen und verteidigte deren Verhalten, das allein auf Provokationen von katholischer Seite zurückzuführen sei. Die Inneren Orte wiederum warfen den Zürchern vor, die eigenen sowie die thurgauischen Untertanen aufzustacheln, und forderten diese auf, sich der Rechtsprechung des thurgauischen Landvogts zu unterwerfen.

Der Wigoltinger Handel war zum eidgenössischen Politikum geworden. Die Gemüter waren erhitzt und erste Kriegsvorbereitungen wurden getroffen, doch stand Zürich mit seiner kriegerischen Haltung im reformierten Lager isoliert da. Im jüngst verlorenen Krieg gegen die Inneren Orte – dem Ersten Villmergerkrieg von 1656 – war die Limmatstadt von Bern, dem schlagkräftigsten evangelischen Ort, sowie teils auch von Schaffhausen unterstützt worden. Die reformierten Miteidgenossen zeigten nun aber wenig Lust, an einem neuerlichen kriegerischen Unterfangen mitzuwirken. Schaffhausen meldete auf die Zürcher Anfrage hin seine Bedenken an, da es aufgrund seines Status mediationspflichtig sei, und die Berner verhielten sich aufgrund

Insgesamt sind die wichtigsten Eckpunkte der Auseinandersetzung zwar von mehreren älteren Studien aufgearbeitet worden, doch lag dabei der Schwerpunkt auf den lokalen Auswirkungen, während die Gesandtschaft Hottingers zwar erwähnt, aber kaum je eingehender untersucht wurde. Einzige Ausnahme stellt dabei eine Quellenedition aus dem frühen 19. Jahrhundert dar, die jedoch nur wenig Syntheseleistung enthält: Joseph Anton Balthasar, *Der Wigoldinger Handel 1664*, in: ders. (Hg.), *Helvetia. Denkwürdigkeiten für die XXII Freistaaten der Schweizerischen Eidgenossenschaft*, Bd. 5, Aarau 1829, S. 365–522. Eine kurze Erwähnung von Hottingers Gesandtschaftsreise findet sich bei Christine von Hoiningen-Huene, *Beiträge zur Geschichte der Beziehungen zwischen der Schweiz und Holland im XVII. Jahrhundert*, Berlin 1899, S. 61–63. Unter einem militärgeschichtlichen Aspekt jüngst von Sarah Rindlisbacher, *Söldner für die Schweiz? Zürichs Pläne zur Anwerbung von fremden Truppen im 17. Jahrhundert*, in: Regula Schmid Keeling/Philippe Rogger (Hg.), *Miliz oder Söldner? Wehrpflicht und Solddienst in Stadt, Republik und Fürstenstaat (13.–18. Jh.)* (in Vorbereitung).

fehlender territorialer Interessen in der Ostschweiz generell sehr kühl.¹¹ Die beiden Städte deklarierten sich als neutrale Orte und versuchten den Streit zu schlichten, was Zürich ohne Rückhalt unter den reformierten Orten in der Eidgenossenschaft zurückliess. Da mittlerweile der Kriegsausbruch unausweichlich schien, musste eine Unterstützung im Ernstfall woanders gesucht werden.

Der Gesandte und sein Auftrag: Hottingers Mission bei protestantischen Fürsten und Ständen

Üblicherweise erfolgte der erste Schritt zu einem engeren diplomatischen Austausch mit den eidgenössischen Orten von Seiten der fremden Mächte, die zu diesem Zweck ihre Vertreter an die Tagsatzung schickten oder sie als ständige Gesandtschaften in der Eidgenossenschaft residieren liessen.¹² Die Orte hingegen unternahmen nur sporadisch diplomatische Gesandtschaften ins Ausland und diese dienten stets einem vorab klar definierten Ziel. Wie ungewöhnlich das Vorgehen deshalb war, im Sommer 1664 einen zürcherischen Abgeordneten an diverse protestantische Höfe gelangen zu lassen, reflektierte der Gesandte Hottinger gleich selber: Dass der Zürcher Rat fremde Mächte mit Briefen oder sogar mit Gesandtschaften behellige, komme nur selten vor, doch müsse es nun geschehen, um die «religiöse Gemeinschaft der Heiligen» zu unterhalten und die befreundeten Gemeinwesen über «seine Lage und sein Schicksal» zu informieren.¹³

¹¹ Staatsarchiv des Kantons Zürich (StAZH), A 328.2, Erklärung der Stadt Schaffhausen, Schaffhausen 17./27.8.1664, Nr. 43. – StAZH, A 328.3, «Verhandlung des Wigoltinger costen spans auf dem tag zu Baden», Baden 8./18.8.1664, Nr. 22.

¹² Vgl. zu den diversen diplomatischen Gesandtschaften von ausländischen Fürsten und Ständen in der Eidgenossenschaft den Überblick in André Holenstein, Mitten in Europa. Verflechtung und Abgrenzung in der Schweizer Geschichte, Baden 2014, S. 133–141.

¹³ Vgl. Hottinger an die Generalstaaten, Den Haag 28.9./8.10.1664, zit. nach der deutschen Übersetzung des lateinischen Originals in Balthasar, Wigoldinger Handel, S. 465 f.

Innerhalb des Ratsgremiums in Zürich wurde die Gesandtschaft sehr vertraulich behandelt, weshalb Anfang August 1664 im Ratsmanual lediglich kurz und knapp festgehalten wurde:

An Würthemberg vnd Pfaltz den Hr. Dr. Hottinger schickhen, wegen information vnßerer differenzien mit den 5 Orthen vnd anwerbung möglichste assistenz wider dieselbigen. Hesßen Casßel vnd Holland deßen auch berichten vnd vmb getrüwe vffsicht für vnß anzuhalten.¹⁴

Was verstand der Zürcher Rat jedoch unter einer «assistenz»? Ein Blick in die Gesandtschaftsinstruktion bringt Klarheit: Neben der generellen Pflege eines guten nachbarschaftlichen und «religionsgenössischen» Verhältnisses möge der Gesandte bei allen Gemeinwesen über den Konflikt informieren und darüber hinaus beim Herzog von Württemberg, beim pfälzischen Kurfürsten sowie bei der Landgräfin zu Hessen-Kassel je um ein Soldkontingent von etwa 1000 Mann Fusstruppen sowie 50 bis 100 Mann berittene Truppen ansuchen, allesamt inklusive guten Offizieren. Beim Herzog von Württemberg solle der Gesandte zusätzlich für den Fall eines Kriegsausbruchs um Proviant anhalten und bei den Generalstaaten der Niederlande um Geldmittel. Der Kurfürst zu Brandenburg solle ebenfalls über den Wigoltinger Handel informiert und der Stand Zürich ihm anempfohlen werden. Dem Schluss der Instruktion ist zu entnehmen, dass der Gesandte sich auch für zukünftige Notfälle einer fremden Hilfe zu versichern hatte, für die man wenn möglich ebenfalls Söldner anwerben wolle.¹⁵

Für die Ausführung dieses ungewöhnlichen und heiklen Auftrags griff der Zürcher Rat auf einen ebenfalls eher unkonventionellen Gesandten zurück – den bereits erwähnten Zürcher Theologen Johann Heinrich Hottinger.¹⁶ Verschiedene Faktoren waren für die Ernennung Hottingers zum

¹⁴ StAZH, B II 527, Ratsmanualeintrag vom 4./14. 8. 1664, S. 35.

¹⁵ ZBZH, Ms. G 25, Instruktion, Zürich 8./18. 8. 1664 [S. 2–4] (leider unpaginiert, weshalb die selber gesetzten Seitenzahlen in eckigen Klammern stehen).

¹⁶ Zwar sind Hottingers Verdienste als Gelehrter in gewissen Bereichen einigermaßen gut erforscht, doch bestehen weiterhin grosse Forschungslücken in Bezug auf sein Gesamtwerk und insbesondere hinsichtlich seiner politischen Betätigung, die abgesehen von seiner Zeit in pfälzischen Diensten ein blinder Fleck in seiner Biografie ist. Vgl. zur Einschätzung fehlender Studien auch Hanspeter Marti, Einleitung, in: ders., Karin Marti-

Gesandten verantwortlich: Zürich verfügte über kein Corps an adeligen Diplomaten, wie sie oftmals an europäischen Höfen zu finden waren, weshalb sich ein Rückgriff auf einen Gelehrten anbot, der über eine für den diplomatischen Dienst notwendige Weltgewandtheit verfügte.¹⁷ Darüber hinaus erforderte sein geistlicher Stand geringere Repräsentationskosten als derjenige eines weltlichen Abgeordneten, seine Mission konnte unter dem Vorwand einer Gelehrtenreise durchgeführt werden und seine Bekanntheit erleichterte sein politisches Geschäft.¹⁸

Tatsächlich gehörte Hottinger zu den angesehensten Zürcher Gelehrten und Geistlichen und verfügte über ein weitreichendes Kontaktnetz. Seine theologische Ausbildung hatte ihn an renommierte protestantische Universitäten in ganz Europa geführt, und besonders auf dem Gebiet der orientalischen Sprachen gehörte er zu den gefragtesten Spezialisten innerhalb der europäischen Gelehrtenrepublik.¹⁹ Von 1655 bis 1661 war er massgeblich am Wiederaufbau der Universität Heidelberg beteiligt gewesen und hatte als Professor sowie zeitweilig als Rektor einen grossen Einfluss auf die damals stark zunehmenden Studentenzahlen gehabt.²⁰ Nach seiner Rückkehr nach Zürich 1661 wurde er Rektor der Hohen Schule und musste fast jährlich verschiedene Rufe an ausländische Universitäten auf Geheiss seiner Obrigkeit

Weissenbach (Hg.), *Reformierte Orthodoxie und Aufklärung. Die Zürcher Hohe Schule im 17. und 18. Jahrhundert*, Wien 2012, S. 12 f. Insgesamt zu Hottinger: Jan Loop, *Johann Heinrich Hottinger. Arabic and Islamic Studies in the Seventeenth Century*, Oxford 2013; Andreas Mühling, *Wiederaufbau und Konfessionelle Union – Johann Heinrich Hottinger in Heidelberg 1655–1661*, in: *Zwingliana* 27 (2000), S. 47–62; Fritz Büsser, *Johann Heinrich Hottinger und der «Thesaurus Hottingerianus»*, in: *Zwingliana* 22 (1995), S. 85–108; Heinrich Steiner, *Der Zürcher Professor Johann Heinrich Hottinger in Heidelberg 1655–1661*, Zürich 1886; Otto Fridolin Fritzsche, *Johann Heinrich Hottinger*, in: *Zeitschrift für wissenschaftliche Theologie* 11 (1868), S. 237–272.

¹⁷ Vgl. dabei die Ausführungen über die besondere Eignung von Gelehrten als Diplomaten bei Externbrink, *Humanismus*, S. 139.

¹⁸ Dies waren die Einschätzungen des Unterschreibers Andreas Schmid, als Hottinger 1658 eine Mission übertragen werden sollte (Steiner, *Zürcher Professor*, S. 26).

¹⁹ Vgl. dazu die ausführliche Studie von Loop, *Hottinger*.

²⁰ Steiner, *Zürcher Professor*, S. 8–11.

ausschlagen.²¹ Der Zürcher Rat hatte das politische Potential, das von einem europaweit angesehenen Theologen ausging, schon früh erkannt. Bereits in seiner Zeit in Heidelberg vermittelte Hottinger diverse politische Geschäfte zwischen Zürich und der Kurpfalz und er genoss nach eigenen Aussagen ein grosses Ansehen beim Kurfürsten, das er zum Wohl seiner Heimatstadt zu nutzen wusste.²² Auch war die diplomatische Sendung von 1664 nicht sein erster Auftrag als Gesandter; bereits 1658 war er zum Gesandten nach England und Holland bestimmt worden und Anfang 1664 hatte er einen diplomatischen Auftrag zu Valentin Heider nach Lindau im Auftrag seiner Obrigkeit ausgeführt.²³ Eine erneute Ernennung zum Diplomaten im Sommer 1664 überrascht daher nicht, auch wenn die militärische Natur des Auftrags nicht unbedingt zuerst an einen Geistlichen denken lässt.

Am Montag, 8./18. August 1664, brach Hottinger in Begleitung seines Schwiegersohns Caspar Wolf zu seiner dreieinhalbmonatigen Gesandtschaftsreise auf.²⁴ Nacheinander besuchte er in Stuttgart Eberhard III., Herzog von Württemberg, danach den pfälzischen Kurfürsten Karl Ludwig in Heidelberg, den brandenburgischen Statthalter Johann Moritz von Nassau in Kleve, die niederländischen Generalstaaten in Den Haag und die hessische Landgräfin Hedwig Sophie in Kassel. Zwar war Hottinger in offiziellem Auftrag unterwegs und konnte sich sowohl auf eine obrigkeitliche Instruktion als

21 Vgl. zu Hottingers abgelehnten Rufen auch Dagmar Drüll, *Heidelberger Gelehrtenlexikon. 1652–1802*, Bd. 2, Berlin 1991, S. 72.

22 Steiner, *Zürcher Professor*, S. 24. Vgl. dazu. auch Werner Ganz, *Beziehungen der reformierten Orte, insbesondere Zürichs, zur Pfalz*, in: *Zürcher Taschenbuch* 55 (1935), S. 7–31, hier S. 13 f.

23 Steiner, *Zürcher Professor*, S. 26, und Fritzsche, *Hottinger*, S. 268 f.

24 Vgl. allgemein zu Hottingers Gesandtschaftsreise Joseph Anton Balthasars *Materialsammlung* (Balthasar, *Wigoldinger Handel*, S. 365–522); da Balthasar die Dokumente sprachlich modernisiert und gewisse Teile davon lediglich als Regesten wiedergibt, wird in diesem Beitrag eine (vermutlich aus dem 17. Jahrhundert stammende) handschriftliche Version der in mehreren Abschriften vorhandenen Gesandtschaftsakten zitiert (ZBZH, Ms. G 25, Nr. 7). Diese Quellen ermöglichen einen tiefen Einblick in die diplomatische Tätigkeit Hottingers und enthalten nicht nur die Abschriften der wichtigsten Schriftstücke (sowohl die offiziellen Missionsrapporte an den Zürcher Rat als auch die Antwortschreiben der Fürsten), sondern auch Hottingers *Diarium*, das die Verhandlungen kommentiert.

auch auf Kreditive an die jeweiligen Fürsten und Stände stützen – in denen er schlicht als «Abgesandter»²⁵ bezeichnet wird – doch hielt ihn der Zürcher Rat dennoch zur strengen Geheimhaltung seines Auftrags an. Neben eher generell gehaltenen Ansprachen bei Audienzen und in öffentlichen Kreisen vertraute Hottinger seinen vollständigen Auftrag an jedem Ort jeweils nur einigen wenigen Räten und Standespersonen an, die vom Fürsten oder, in den Niederlanden, von den Generalstaaten dazu beordert worden waren.²⁶

Ihnen legte Hottinger auf Geheiss seiner Obrigkeit die Konfliktsituation im Thurgau dar und bat um Soldtruppen sowie um Geldmittel im bevorstehenden Krieg gegen die katholischen Miteidgenossen. Als Begründung für die benötigte militärische Unterstützung nannte er die folgenden Punkte: «a. Weil die papisten auch dergleichen thun. b. Die vnßrigen von etwas zeit har umb etwas auß der gewohnheit kommen. c. Wegen vieler weib und kinderen auff den geringste verlurst ein großer jahmer folget.»²⁷ Zürich versuchte sich mit dieser Werbung aus seiner Position der Isolation in der Eidgenossenschaft, wo der Stadt eine Unterstützung durch seine reformiert-eidgenössischen Bundesgenossen verwehrt worden war, zu lösen, weshalb sich Zürich alleine einem – womöglich vom katholischen Ausland unterstützten – Angriff ausgesetzt sah. Tatsächlich riefen auch die Inneren Orte ihren Bündnisgenossen Spanien-Mailand um Truppenunterstützung an, und da die Schwäche der zürcherischen Miliz im jüngst vergangenen Krieg von 1656 offensichtlich geworden war, fühlte sich Zürich seinen katholischen Kontrahenten militärisch nicht gewachsen.²⁸

Allerdings sollte sich der Konflikt zwischen den Eidgenossen auch ohne Krieg wieder beruhigen. Während Hottinger noch in Heidelberg weilte, beschloss der Zürcher Rat Ende August 1664, seine bereits auf Grenzgebiet

²⁵ Vgl. dazu die Instruktion und die verschiedenen Kreditive in ZBZH, Ms. G 25 [S. 1–8].

²⁶ Ebd., Hottinger an Bürgermeister Waser, Zürich 7./17. 12. 1664 [S. 144f.].

²⁷ Ebd., Diarium, 31.10./9.11.1664 [S. 127].

²⁸ An der Konferenz in Luzern Anfang August 1664 war beschlossen worden, den spanisch-mailändischen Gesandten Casati um die vorgängig versprochene Bereitstellung eines Hilfskontingents von 600 Mann zu Fuss und 500 Mann zu Pferd zu ersuchen (Amstein, Wigoltingen, S. 195). – Vgl. für eine genauere Betrachtung der Hintergründe des Zürcher Werbebegehrens auch Rindlisbacher, Söldner.

stehende Miliz wieder abzuziehen und das Gerichtsurteil des Thurgauer Landvogts ohne weitere Widerstände zu akzeptieren. Im Ratsmanual war lakonisch vermerkt worden, dass es als ratsamer erachtet worden sei, «ein sollichen abhandlung anzenemmen, als sich in einen sehr gefährlichen krieg allein ynzulassen».²⁹ Diese Quellenstelle deutet den Ausgang von Hottingers Gesandtschaft bereits an: Die Antworten auf den zürcherischen Antrag blieben lange Zeit aus, waren insgesamt zurückhaltend und mehrere der Angefragten (darunter auch der Herzog von Württemberg, in den die grösste Hoffnung gesetzt worden war)³⁰ lehnten die geforderten Unterstützungsleistungen für Zürich ganz ab. Einzig die Kurpfalz sowie Hessen-Kassel wollten auf den Notfall eine Anwerbung erlauben, doch erfolgten diese Zusagen für Zürich zu spät.³¹ Der Rat hatte Hottinger trotz der Konfliktbeilegung dazu angehalten, seine Reise fortzusetzen. Begründet wurde dies einerseits mit dem Bedürfnis nach einer fremden Unterstützung in zukünftigen Notfällen, die auf diesem Weg bereits aufgegleist werden sollte, und andererseits habe der Rat nicht dadurch Misstrauen verursachen wollen, dass man die wichtigsten evangelischen Stände besuchen, einige davon jedoch übergehen würde.³² Ende November 1664 kehrte Hottinger in seine Heimatstadt zurück und obwohl seine Mission nicht als gänzlicher Misserfolg gewertet werden kann, verzichtete Zürich auch in Zukunft auf die zugesicherte fremde Hilfe.

Netzwerke des Protestantismus

Während seiner Gesandtschaft griff Hottinger auf ein breites Netzwerk zurück, das ihm bei der Durchführung seines Auftrags behilflich war. Es setzte sich vornehmlich aus drei verschiedenen Personenkreisen zusammen: Erstens gehörten dazu die protestantischen Fürsten selber und andere hohe

²⁹ StAZH, B II 526, Ratsmanualeintrag vom 27.8./6.9.1664, S. 36.

³⁰ Hottinger konzentrierte vorerst seine Anstrengungen auf den Hof in Stuttgart, unter anderem auch deshalb, da die Söldner nirgendwo näher und günstiger zu haben waren (StAZH, A 195.2, Hottinger an den Zürcher Rat, Stuttgart 17./27.8.1664, Nr. 268).

³¹ ZBZH, Ms. G 25, Heidelbergischer Abschied, Heidelberg 8./18.9.1664 [S. 64–68]. StAZH, A 191, Hedwig Sophie an Zürich, Kassel 4./14.11.1664, Nr. 74.

³² StAZH, B IV 129, Zürcher Rat an Hottinger, Zürich 17./27.9.1664, S. 267.

Standespersonen, zweitens die Hottinger kollegial verbundenen Geistlichen und Gelehrten an den Universitäten und Höfen der besuchten Mächte und drittens eine kleine Zahl an Zürcher Landsleuten in der Fremde. Der gemeinsame Nenner dieser Verbindungen war die Konfession, die in vielerlei Hinsicht als Anknüpfungspunkt diente.

Hottingers Status als europaweit anerkannter Theologe öffnete ihm den Zugang zu wichtigen Entscheidungsträgern und zu den inneren Zirkeln der Macht. Besonders nah war das Verhältnis zum Kurfürsten der Pfalz, Karl Ludwig (1617–1680). Der sechsjährige Aufenthalt in Heidelberg hatte Hottingers Beziehung zum bildungsaffinen Kurfürsten eng werden lassen und nicht selten hatte Karl Ludwig den Gelehrten in dieser Zeit persönlich im Collegium Sapientiae besucht oder diesen zum Mittagessen eingeladen.³³ Dieser guten Beziehung war sich auch der Zürcher Rat bewusst, weshalb die enge persönliche Bekanntschaft mit dem Fürsten sogar in der Instruktion vermerkt wurde.³⁴ Tatsächlich wurde Hottinger in der Pfalz mit Vorzug behandelt; so wurde er in der pfälzischen Kapitulation zuerst als Kirchenrat «von hauß auß» und dann erst als Bürger der Stadt Zürich bezeichnet.³⁵ Aufgrund dieses engen Verhältnisses hatte Hottinger über die förmliche Audienz oder die schriftliche Kommunikation hinaus weitere Möglichkeiten, mit dem Fürsten direkt zu interagieren, was er – wie die folgende Schilderung nahelegt – auch für seinen diplomatischen Auftrag zu nutzen wusste: «Dem 29. [August] vbersendte mir ihr H[ohei]t eine silberne müntz mit persischem gepräg, und begerte eine außlegung derselbigen. Ich brauchte dießen anlaaß zu recommendation meines geschäfts durch memoriale.»³⁶

Willkommen war Hottinger auch in Hessen-Kassel. Der dortige Vizekanzler liess vernehmen, dass die Fürstin dem Zürcher Theologen besonders wohlgewogen sei und ihn «schon etlich mahl zu vocieren gesinnet gewesen» sei.³⁷ Ebenso gern gesehen war Hottinger in den Niederlanden, wo er während einer Audienz bei den Generalstaaten in Den Haag mit bedecktem

33 Steiner, Zürcher Professor, S. 29 f.

34 ZBZH, Ms. G 25, Instruktion, Zürich 8./18.8.1664 [S. 2].

35 StAZH, A 328.3, Kurpfälzische Kapitulation, Heidelberg 8./18.9.1664, Nr. 23.

36 ZBZH, Ms. G 25, Diarium, 29.8./8.9.1664 [S. 111].

37 Ebd., 28.10./7.11.1664 [S. 125].

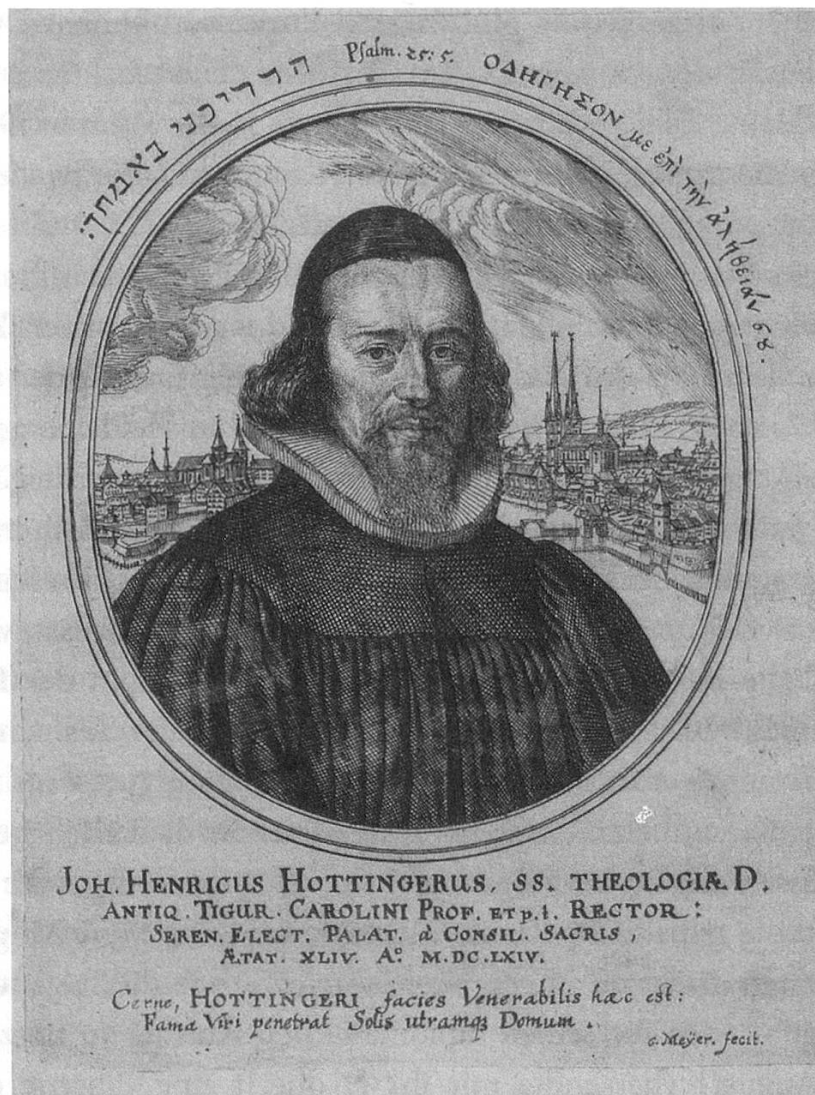


Abb. 1: Kupferstich und Radierung von Conrad Meyer (1664); Bild oval 12 x 10,4 cm, Blatt 18,4 x 13,8 cm. Das Porträt zeigt den 44-jährigen Johann Heinrich Hottinger in geistlicher Amtstracht vor einer Ansicht Zürichs. Eine hebräische und griechische Inschrift mit den Anfangsworten des Psalms 25:5 «Leite mich in deiner Wahrheit» umrahmt das ovale Bildnis. Die unterhalb des Porträts angebrachte Beschreibung verweist sowohl auf Hottingers Tätigkeit als Professor am zürcherischen Carolinum als auch auf seine beiden Ämter – Rektor und Kirchenrat – in der Kurpfalz. Eine Betonung seines Status als Gelehrter findet sich neben der Nennung seines Dokortitels auch im zuunterst angebrachten lateinischen Spruch: «Siehe, dies ist das Antlitz des ehrwürdigen Hottinger / Der Ruhm des Mannes durchdringt beide Häuser der Sonne». Die Wendung «beide Häuser der Sonne» verweist auf die Himmelsrichtungen Ost und West, womit neben Hottingers grenzüberschreitender Bekanntheit wohl auch der Kern seiner philologischen Studien – die orientalischen Sprachen – angesprochen wird.

Quelle: Zentralbibliothek Zürich, Graphische Sammlung, Hottinger, Joh. Hch. I, 6 unten, <http://dx.doi.org/10.3931/e-rara-37012> / Public Domain Mark.

Haupt sprechen durfte und als ein «mann von meriten» angesprochen wurde.³⁸ Zwar hatte es Hottinger dort schwer mit seinem Anliegen, doch wurde ihm vom ehemaligen niederländischen Gesandten in der Eidgenossenschaft, Rudolf van Ommeren, verständlich gemacht, dass dies keinesfalls mit seiner Person zusammenhänge und «daß niemand [hätte] kommen können, der dem stand so angenehm, weil ich [=Hottinger, SR] ohne daß hier wol bekannt, und angeschrieben were».³⁹

Ganz anders als das bisweilen klientelistische und von Statusgefälle geprägte Verhältnis zu protestantischen Fürsten und hohen Standespersonen gestaltete sich für Hottinger die Beziehung zu seinen pfälzischen und niederländischen Freunden und Kollegen an den besuchten Machtzentren. Mit Letzteren konnte er auf Augenhöhe verkehren und sie trugen auf unterschiedliche Weise zur Erledigung seines Auftrags bei. Die befreundeten Geistlichen und Gelehrten beherbergten Hottinger, begleiteten ihn auf seinen Reisen und halfen ihm wohl auch dabei, seine Propositionen an den richtigen Orten mit den passenden Argumenten vorzubringen.⁴⁰ In den Niederlanden beriet er sich mit einem französischen Prediger, der bei den Generalstaaten hochangesehen war, über die bevorstehende Verhandlung. Dieserklärte ihn bereits im Vorfeld über die mangelnde Bereitschaft zu einer finanziellen Unterstützung auf.⁴¹ Besonders eng war das Verhältnis zum nieder-

³⁸ Ebd., 30.9./10.10.1664 [S. 118 f.].

³⁹ Ebd. [S. 119]. Ein ähnliches Wohlwollen durchzog auch die Beantwortung des Kreditivs von niederländischer Seite, in dem Hottinger ausschliesslich mit Lob bedacht wurde (StAZH, A 217.1, Generalstaaten an Zürich, Den Haag 17.10.1664, Nr. 81a).

⁴⁰ Hottinger vermerkte in seinem Diarium, mit wem er auf Reisen war und bei wem er jeweils übernachtete; unter den Genannten finden sich so illustre Namen wie Spanheim, Fabricius, Heidanus, Essenius und viele andere (ZBZH, Ms. G 25, Diarium [S. 114–117]). – Zu den persönlichen Unterredungen berichtete Hottinger: «Was sonst in wehrender zeit zu Heidelberg zu unsers standes bestem von mir in vertraweter vnd ansehnlicher freunden besuchung vermerckt worden, kan, giebt es Gott, bey meiner zuruckkunft mit glegenheit erinneret werden.» (StAZH, A 187.3, Hottinger an den Zürcher Rat, Heidelberg 8./18.9.1664, Nr. 115).

⁴¹ Dieser Prediger namens Carraeus (Vorname unbekannt) meinte, dass die holländische Freundschaft nur so lange halte, bis es um den Geldsäckel gehe (ZBZH, Ms. G 25, Diarium, 29.9./9.10.1664 [S. 118]).

ländischen Theologen Gisbert Voetius, der sich nicht nur mit Hottinger über die allgemeine politische Lage austauschte, sondern auch als heimliche Postadresse für Briefe des Zürcher Rats während Hottingers Aufenthalt in den Niederlanden diente.⁴²

Obwohl sich die genannten Beziehungen primär auf Hottingers Stellung als Gelehrter und weniger auf die als Geistlicher bezogen, lassen sich diese beiden Funktionen in seiner Person kaum trennen. Die Gelehrtenrepublik wurde zwar in der Zeit oftmals als grenzübergreifende und tolerante Gemeinschaft von Gleichgesinnten idealisiert.⁴³ In Hottingers Fall lassen sich allerdings kaum Kontakte zu katholischen Kollegen feststellen, was nicht weiter erstaunlich ist, da sein Forschungsfeld – die reformierte Theologie – keinen Raum für überkonfessionelle Verständigungen liess. Er bewegte sich fast ausschliesslich in protestantischen Kreisen und sein Gelehrtennetzwerk, das zu einem Grossteil aus Theologen bestand, war stark durch die Glaubensgemeinschaft geprägt. Auch seine philologischen Studien betrieb Hottinger stets unter dem Aspekt der Theologie, weshalb seine Schriften bisweilen polemisch und anti-katholisch ausgerichtet waren.⁴⁴ Sowohl seine Beziehungen zu den protestantischen Fürsten und Obrigkeiten als auch zu seinen Kollegen an den dazugehörigen Universitäten und Höfen – vor allem in Heidelberg und in den Niederlanden – wurden somit grundsätzlich durch die gemeinsame Konfession strukturiert.

Noch vertrauensvoller und wichtiger war Hottingers Verhältnis zu zwei im Ausland lebenden Zürchern, die ihm als Auskunftsstelle vor Ort zur Seite standen. Vor seiner Audienz beim brandenburgischen Statthalter Johann

⁴² Zum politischen Austausch mit Voetius, vgl. ebd., 22.9./2.10.1664 [S. 116]. Zu Voetius als heimliche Postadresse: ZBZH, Ms. G 25, Hottinger an Ratssubstitut Waser, Heidelberg 24.8./3.9.1664 [S. 41].

⁴³ Vgl. dazu Füssel, der das Modell der universalistisch gedachten Gelehrtenrepublik den konfessionellen Grenzen gegenüberstellt: Marian Füssel, Einleitung, in: ders., Martin Mulsow (Hg.), *Gelehrtenrepublik*, Hamburg 2015, S. 5–16, hier S. 11.

⁴⁴ Hottinger betrieb seine orientalischen Studien einerseits mit dem Ziel, die biblischen Texte durch Schriften aus dem nahöstlichen Raum zu stabilisieren und zu rekonstruieren, und andererseits trug seine Forschung stets polemische Züge, da er den Katholizismus mit dem Islam verglich und somit zu diskreditieren versuchte (Loop, Hottinger, S. 10, 47, 94 f., 202 f.).

Moritz von Nassau in Kleve holte er sich Informationen über den Zustand des Kurfürstentums beim Zürcher Johann Jakob Zeller ein, der seit 1660 die reformierte Gemeinde in Rees als Pfarrer betreute.⁴⁵ Dieser nahm Hottinger nicht nur als Gast in sein Haus auf, sondern setzte ihn auch über die religiöse und politische Einstellung des Kurfürsten Friedrich Wilhelm sowie dessen Hof in Kenntnis.⁴⁶ Diese Orientierung war für Zürich wichtig, denn es bestanden zu dieser Zeit noch keine engeren Beziehungen zu Brandenburg. Einige Monate darauf, als Hottinger bereits wieder in Zürich war, liess Zeller in einem Brief an den Zürcher Rat verlauten, dass der Kurfürst die Gesandtschaft sehr gelobt habe und der Limmstadt auch zukünftig wohlgewogen sein wolle, womit Zeller die Funktion eines Bindeglieds zwischen den beiden Ständen einnahm.⁴⁷ Noch enger verkehrte Hottinger mit seinem ehemaligen Leidener Studienkollegen, dem Sohn einer Zürcher Emigrantenfamilie, Anton Studler.⁴⁸ An den Rat schrieb er über seine anstehende Beratung mit Studler:

Wegen Holland stehe ich in guter hoffnung, Herr Anthoni Studler (welcher disßmahl in großem ansehen, vnd wie ich zu Heidelberg von einem seiner besten bekanten vernommen, entweder würklich einen sitz vnter den Herren General Staten hat, oder denselbigen ehister tagen auszuwürcken capabel gerechnet wird) werde durch sein ansehen, vnd sonderbahre gegen dem stande tragende affection nicht verweigeren zu Ütrecht (all wo er einen bruder hat) oder an einem anderen gesunden ort mit mir vertraulich zuberathschlagen, was in meinen sachen zuthun, vnd wie etwan die proposition an die Herren Staten am füglichesten beschehen möchte.⁴⁹

Diese Beratschlagung erfolgte auf Geheiss des Rats, der den Auslandzürcher bereits im Vorfeld der Mission dazu angehalten hatte, seine Dienste für seine

⁴⁵ Zu Zeller: Erich Wenneker, Art. «Johann Jakob Zeller», in: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Bd. XIX, Nordhausen 2001, Sp. 1570–1578.

⁴⁶ ZBZH, Ms. G 25, Diarium, 17./27.9.1664 [S. 115].

⁴⁷ ZBZH, Ms. G 25, Zeller an den Zürcher Rat, Rees 13.2.1665 [S. 72–74].

⁴⁸ Zu Studler vgl. Thomas Maissen, Die Geburt der Republic. Staatsverständnis und Repräsentation in der frühneuzeitlichen Eidgenossenschaft, Göttingen ²2008, S. 336, und Loop, Hottinger, S. 148 f.

⁴⁹ StAZH, A 187.3, Hottinger an den Zürcher Rat, Heidelberg 8./18.9.1664, Nr. 115.

alte Heimat einzusetzen, was Studler eigenen Aussagen zufolge gerne tat.⁵⁰ Von ihm musste Hottinger erfahren, dass hinsichtlich des Darlehensbegehrens von den Niederlanden nicht viel zu erwarten sei, ausser man verpflichte sich auch bei umgekehrtem Notfall zu den gleichen Hilfsleistungen; ausserdem würden ihnen auch Privatpersonen kein Geld leihen, es sei denn, man hinterlege eine Kautio.⁵¹ Offenbar spielten diese beiden Zürcher Landsleute eine tragende Rolle bei der Gesandtschaft und ihre Mithilfe wurde nicht nur von Hottinger im Sinne persönlicher Kontakte, sondern direkt vom Zürcher Rat in Anspruch genommen. Wie die Ausführungen zeigen, konnten Zürcher Bürger, die sich aus unterschiedlichen Gründen im Ausland aufhielten – unter anderem als Aushilfe für unterbesetzte reformierte Gemeinden in protestantischen Gebieten oder als Lehrpersonal an Schulen und Universitäten –, aufgrund ihrer lokalen Expertise und ihres Beziehungsnetzes als (diplomatische) Broker eingesetzt werden.

Die Benutzung von konfessionellen Netzwerken erleichterte Hottingers Mission nicht nur durch die Weitergabe von Informationen, sie begünstigte auch deren Geheimhaltung vor den katholischen Miteidgenossen. Dies war mit ein Grund, weshalb ein Theologe mit der Gesandtschaft beauftragt wurde; Hottingers Aufenthalt im protestantischen Ausland liess sich stets mit seinem Gelehrtenstatus erklären, ohne Aufmerksamkeit zu erregen. So meldete er seinen Besuch in Heidelberg nicht als diplomatische Gesandtschaft an, sondern gab vor, sich dort nur zur Abnahme von Prüfungen aufzuhalten, um somit den Kreis der Eingeweihten klein zu halten.⁵² Mehrmals erwähnte er die Heimlichkeit, mit der die Geschäfte an den verschiedenen Höfen verhandelt würden, und selbst sein Abschlussbericht vor dem Zürcher Rat nach seiner Rückkehr fiel auf Geheiss von Bürgermeister Johann Heinrich Waser so oberflächlich aus, dass sich einige Ratsherren beschwerten.⁵³ Ein Bekannt-

⁵⁰ StAZH, A 217.1, Studler an den Zürcher Rat, Bergen 6. 10. 1664, Nr. 78.

⁵¹ ZBZH, Ms. G 25, Diarium, 2./12. 10. 1664 [S. 120].

⁵² ZBZH, Ms. G 25, Hottinger an Ratssubstitut Waser, Heidelberg 24.8./3.10.1664 [S. 40].

⁵³ StAZH, A 195.2, Hottinger an den Zürcher Rat, Stuttgart 17./27.8.1664, Nr. 268. Von den Beschwerden aufgrund von oberflächlichen Angaben berichtete Hottinger gegenüber dem Bürgermeister: ZBZH, Ms. G 25, Hottinger an Bürgermeister Waser, Zürich 7./17.12.1664 [S. 139 f.].

werden der Pläne bei den katholischen Miteidgenossen brachte einerseits das gesamte Unterfangen, andererseits auch Hottinger persönlich in Gefahr, wie er selber im Schlussbericht betonte:

Zugeschweigen der ungelegenheit, welche mir selbstn ohne noht erwachsen mögen, bey denjenigen, welche in andern weg ihren religions haß gegen mir nit allezeit gleich verbergen können, wann sie durch allerley einbildungen und muhtmaßungen erst ietzund vnd nach hingelegten streitigkeiten vernemmen müßten, waß hin und har zu gutem deß vatterlandts mir zu negotieren anbefohlen worden.⁵⁴

Das protestantische Netzwerk konnte somit dazu dienen, die Pläne vor dem Feind – der nicht per Zufall dem anderskonfessionellen Lager angehörte – zu verbergen.

Hottinger verliess sich während seiner Gesandtschaft auf ein ausnahmslos protestantisches Netzwerk, das nicht erst zum Zeitpunkt seiner Mission Gestalt annahm, sondern im Gegenteil als Prämisse seiner Ernennung zum Gesandten gesehen werden muss. Die reformierten Bildungsstätten waren dabei der zentrale Knotenpunkt und die Verbindungen waren eng an Hottingers Person sowie an sein Renommee als Gelehrter geknüpft: Erstens eröffnete das an den protestantischen Universitäten erworbene Prestige die Möglichkeit zum direkten Kontakt mit bildungsaffinen Fürsten und anderen Standespersonen; zweitens waren sie der Ort, an dem sich langjährige Gelehrtenfreundschaften bildeten, die unter Umständen in politisch-diplomatische Informationskanäle transformiert werden konnten; und drittens erregte der ständige Kontakt eines Theologen zu einer Vielzahl an Kollegen via gegenseitige Besuche und Korrespondenzen keinen Verdacht, wodurch eine Gesandtschaftsreise unter dem Vorwand einer Gelehrtenreise durchgeführt werden konnte. In allen Bereichen waren die Beziehungen eng mit der Glaubensgemeinschaft verbunden.

⁵⁴ ZBZH, Ms. G 25, Hottinger an Bürgermeister Waser, Zürich 7./17.12.1664 [S. 145].

Zürich und das «Gemeine evangelische Wesen»

Die gemeinsame Konfession wirkte sich nicht nur auf die Auswahl der angesprochenen Fürsten und Gemeinwesen sowie die verwendeten Netzwerke, sondern auch auf Hottingers Argumentation während der Gesandtschaft aus. Die Glaubensgemeinschaft war der verbindende Faktor, den Zürich hervorhob, um eine Ähnlichkeit unter den Gemeinwesen zu propagieren. Aus der «Gemeinschaft der Heiligen»⁵⁵ liessen sich leicht politische Forderungen ableiten, weshalb Hottinger sich massgeblich auf diesen Argumentationsstrang stützte. Zentraler Begriff war dabei das «Gemeine evangelische Wesen», wodurch vorwiegend die folgenden drei Aspekte betont wurden: ein engerer Zusammenschluss unter Glaubensgenossen, eine grenzüberschreitende Solidarität und eine anti-katholische Haltung.⁵⁶ In einem ersten Schritt bekräftigte Hottinger damit die wichtige Position, die Zürich innerhalb der Religionsgemeinschaft einnehme, und fügte gegenüber der Landgräfin von Hessen-Kassel nahtlos an die konfessionelle auch eine politische Begründung dafür an, weshalb die Limmatstadt nicht geschädigt werden dürfe:

E[ure] H[ohei]t halte ich nit auff mit grundtlicher remonstration, was gemeinem evangelischen wesen an vnßers standts conservation gelegen, was es auch ratione status auf sich habe, daß vnßers liebe vatterland alß ein schlüssel deß gantzen Teütschlands nicht geschwecht werde.

Man gehöre immerhin einer einzigen Gemeinschaft an, «dann nach der apostolischen regel, wo ein glied leidet, daß andere mitleidet, und wann ein glied geehret wird, auch geehret wird daß andere, wann wir mit den frölichen sollen frölich sein und mit den weinenden weinen».⁵⁷ In diesen Quellenausschnitten tritt der Gedanke einer grenzüberschreitenden Religionsgemein-

55 ZBZH, Ms. G 25, Proposition an die Landgräfin von Hessen-Kassel, Kassel 28.10./8.11.1664 [S. 91].

56 Vgl. zum «Gemeinen evangelischen Wesen» die Ausführungen von Thomas Lau, «Stiefbrüder». Nation und Konfession in der Schweiz und in Europa (1656–1712), Köln 2008, S. 146–148, und von Rindlisbacher, Verteidigung, S. 230–235.

57 ZBZH, Ms. G 25, Proposition an die Landgräfin von Hessen-Kassel, Kassel 28.10./8.11.1664 [S. 95; 91 f.].

schaft als zentraler Faktor der diplomatischen Bemühungen deutlich hervor. Zürich stellte sein politisches Schicksal in einen engen Zusammenhang mit seiner religiösen Verfasstheit. Dabei fand die konfessionelle Argumentation beim lutherischen Herzog von Württemberg nicht nennenswert weniger Anwendung als bei den reformierten Gemeinwesen, was auf eine Akzentuierung der panprotestantischen Verbindungen in Hottingers Argumentation hindeutet.⁵⁸

Als Erklärung für die angespannte Lage in der Eidgenossenschaft fügte Hottinger an, dass die Stadt wegen ihres Kampfes für das Wohl des Evangeliums viel ausstehen müsse, da sie sich zusätzlich zu ihren eigenen Untertanen auch um die Reformierten in den ostschweizerischen Gemeinen Herrschaften kümmern müsse.⁵⁹ Diesem Gebiet komme eine wichtige Funktion zu: «So weren die Gemeinen Herrschafften der dritte theil der Eidtgnoschafft vnßere vormauhren, mann könnte nicht gestatten, daß dieselbige und hiemit bald ein arm, bald ein bein vns abgeschnitten werde.»⁶⁰ Man solle die häufigen Konflikte keinesfalls der Streitsucht oder dem Eigennutz Zürichs zuschreiben, sondern nur dem Wunsch, die Glaubensgenossen und die Religion zu verteidigen, wie dies einer frommen Obrigkeit zustehe.⁶¹ Denn Zürich sei das Herz der Eidgenossenschaft und den Katholiken ein stetiger Dorn im Auge, weshalb die Stadt besonders hilfsbedürftig sei, da sie sich so kontinuierlich für das Wohl des Evangeliums einsetze.⁶²

Wie kam nun diese Argumentation bei den angesprochenen Gemeinwesen an? Die religiöse Rechtfertigung des Hilfsgesuchs wurde zwar nicht in Frage gestellt und die konfessionellen Bande wurden durchaus bekräftigt, doch sollte sich ein anderer Aspekt als Knackpunkt erweisen: An den Höfen

⁵⁸ Vgl. dazu zum Beispiel StAZH, A 195.2, Hottinger an den Zürcher Rat, Stuttgart 17./27.8.1664, Nr. 268.

⁵⁹ Vgl. dazu die Antwort des Herzogs von Württemberg auf Hottingers Ansprache in ZBZH, Ms. G 25, Diarium, 14./24.8.1664 [S. 106], und die Denkschrift über den Wigoltinger Handel an die Niederlande vom 28.9./8.10.1664 (deutsche Übersetzung in Balthasar, Wigoldinger Handel, S. 477–480).

⁶⁰ ZBZH, Ms. G 25, Diarium, 31.10./10.11.1664 [S. 128].

⁶¹ Hottinger an die Generalstaaten vom 28.9./8.10.1664 (deutsche Übersetzung in Balthasar, Wigoldinger Handel, S. 467 f.).

⁶² ZBZH, Ms. G 25, Diarium, 14./24.8.1664 [S. 106].

und vor allem in den Niederlanden wurde kritisiert, dass Zürich als Stand allein und ohne seine reformierten Miteidgenossen in Erscheinung trat. Der holländische Ratspensionär Johan de Witt fragte in einer persönlichen Unterredung mit Hottinger kritisch nach:

Sey groß bedencken, daß übrige reformierte Ohrt solches für übel aufnehmen wurden. Item ob wir befüegt, anderswo hilff zu suchen, wegen vnßers pundts. Respons [von Hottinger, SR]: Were dießmahl zuthun umb ein recommendation guter aufsicht, und im fahl der noht zu einicher gelt anleichen, so seye nichts neuwes, daß auch vnßer miteidtgnossen wiedriger religion mit anderen ständen pündtnuß machen, alß mit Spanien und wir mit Venedig, solche verträg seyend erlaubet, insonderheit wann sie nur defensive. Fragte fehrner, warumb allein Zürich die absendung über sich genohmen. Respons: Weil die gegenwürtige und meiste andere gefahren wegen Gemeinen Herrschafften sie betreffe am allermeisten.⁶³

Als Hottinger beim ehemaligen niederländischen Gesandten in der Eidgenossenschaft, Rudolf van Ommeren, nachhakte, wo die Schwierigkeiten in den diplomatischen Verhandlungen lägen, wurde ihm mitgeteilt, dass die Niederlande eher geneigt seien, mit dem ganzen *Corpus Evangelicorum* anstatt nur mit einem Teil alleine sich auf etwas einzulassen.⁶⁴ Auch in Württemberg stiess Hottinger auf Widerstände und er vermerkte, dass die Geschäfte insgesamt einfacher verlaufen würden, wenn man den Antrag im Namen der gesamten reformierten Eidgenossenschaft gestellt hätte.⁶⁵ Diese Aussagen verweisen auf eine interessante Auffassung des Verhältnisses zwischen Zürich und der reformierten Eidgenossenschaft von Seiten der protestantischen Stände. Wieder war die Konfession der massgebliche Bezugsrahmen und wurde von den Ansprechpartnern als zentrales Strukturelement der politischen Kultur der Eidgenossenschaft verstanden. Implizit wurden im vorliegenden Fall weder Zürich noch die 13-örtige Eidgenossenschaft, sondern die reformierten Orte im Verband als handlungsfähiges politisches Subjekt wahrgenommen. Obwohl der damals bereits bekannte Terminus «Souve-

⁶³ Ebd. 6./16. 10. 1664 [S. 121].

⁶⁴ Ebd.

⁶⁵ ZBZH, Ms. G 25, Hottinger an den Zürcher Rat, Heidelberg 24. 8. 1664 [S. 35 f.].

ränität»⁶⁶ nicht fällt, wird doch ersichtlich, dass in den Verhandlungen die souveräne (und somit uneingeschränkte) Bündnisfähigkeit Zürichs in Frage gestellt wurde. Hottinger liess diese Anzweiflungen allerdings nicht gelten, sondern hielt energisch dagegen: «Zürich were ein freyer stand, könt seines gefallens zu seiner erhaltung mit wem sie wölten tractieren.»⁶⁷

Trotzdem schienen die Einwände Wirkung zu zeigen. Hottinger betonte jedenfalls, dass die Verteidigungsmassnahmen auf die Erhaltung der gesamten evangelischen Eidgenossenschaft abzielten und dass das Geschäft den reformierten Mitständen bald kommuniziert würde.⁶⁸ Tatsächlich wandte sich Zürich nach Hottingers Rückkehr an die drei übrigen reformierten Städte und berichtete ihnen von der Gesandtschaft, die zum Wohle der gesamten evangelischen Eidgenossenschaft geschehen sei. Der Zürcher Rat fragte deshalb nach, «ob nicht zum wenigsten, so man in diesem geschefft sich weiters einzulasßen bedenckens truge, die antwort in gmeinem vnserem nammen auszufertigen belieben möchte, damit also hochgemelte Stände daraus abzunehmen, daß eüch v[ertraute] l[iebe] Eidg[enossen] die so treffenlich gethane expressionen nicht zu wieder».⁶⁹ Der Alleingang schien Zürich nicht adäquat und ein gemeinsames Vorgehen als *Corpus Evangelicorum* wurde als erfolgsversprechender beurteilt.⁷⁰ Somit beugte sich Zürich bis zu einem gewissen Grad den Vorstellungen der Fürsten und Stände bezüglich der Souveränitätsfrage.

Die Argumentation mit der Religionsgemeinschaft nahm während Hottingers Gesandtschaft eine besondere Rolle ein und trug diskursiv zur Stütze von politischen Zielen bei. Die Religionsbande bildeten (aussen)politische Einflusskreise, die sich mehrheitlich unabhängig zu den vormodernen Bünd-

⁶⁶ Nur kurze Zeit später – 1667/68 – verwendeten die Eidgenossen gegenüber Frankreich den Begriff der «Souveränität», um auf ihre unbegrenzte Bündnisfähigkeit hinzuweisen; vgl. dazu Maissen, Republic, S. 206–208.

⁶⁷ Hottinger im Gespräch mit Doctor Vultejus, ZBZH, Ms. G 25, Diarium, 31.10./10.11.1664 [S. 127 f.].

⁶⁸ Ebd.

⁶⁹ StAZH, A 187.3, Zürich an die reformierten Städte (ohne Datum), Nr. 113.

⁷⁰ Allerdings scheinen die reformierten Miteidgenossen wenig Interesse an den zürcherischen Plänen zu zeigen, da diese später weder von der reformierten Eidgenossenschaft noch von Zürich wieder aufgenommen wurden.

nisgeflechten entwickelten, wobei anstatt einer vertraglichen Basis die geteilte Glaubensauffassung als Referenzpunkt für die Annäherung fungierte. Weder von den angesprochenen protestantischen Fürsten noch von den Niederlanden konnte Zürich Bündnisleistungen einfordern, sondern musste sich lediglich auf die innerhalb der Glaubensgemeinschaft geschuldete Solidarität berufen, was immerhin gewisse Erfolge bei der Kurpfalz und bei Hessen-Kassel zeitigte. Gleichzeitig vermissten einige der angesprochenen protestantischen Fürsten und Stände weitere eidgenössische Vertreter in den Verhandlungen und stellten somit die alleinige Handlungsfähigkeit Zürichs in Frage. Referenzpunkt war für sie jedoch nicht etwa die 13-örtige Eidgenossenschaft, sondern die *reformierte* Eidgenossenschaft, die sich nicht durch spezifische Vertragswerke, sondern nur durch die gewohnheitsrechtlich enge Absprache unter den evangelischen Orten konstituierte. Sowohl Zürich als auch die angesprochenen Gemeinwesen griffen auf die Konfession als Einteilungskriterium von (politischer) Gemeinschaft, aber auch von Abgrenzung zurück, was sich weniger in Urkunden und Verträgen als in der Argumentation manifestierte.

Fazit

Die vorliegende Fallstudie thematisiert das Wechselspiel zwischen Fremd- und Eigenwahrnehmung der politischen Kultur der Eidgenossenschaft im spezifischen Umfeld der diplomatischen Verhandlungen von Zürich mit protestantischen Fürsten und Ständen. Im Zentrum steht ein Zürcher Gesandter, der zur Erreichung der Ziele seines Auftraggebers den fremden Höfen eine eigenständige Sicht auf die politische Verfasstheit der Eidgenossenschaft sowie Zürichs vertrat und gleichzeitig die an ihn herangetragenen Fremdwahrnehmungen zu steuern versuchte. Gerade der Fokus auf einen eidgenössischen Gesandten macht unter anderem den Reiz dieser Fallstudie aus, da Fälle von einzel- oder mehrörtlichen Absendungen in der Schweizer Geschichte bislang schlechter untersucht sind als das diplomatische Wirken von fremden Gesandten in der Schweiz. Seinen Auftrag versuchte der Theologe Hottinger durch eine Betonung des Konfessionellen bestmöglich zu erfüllen, weshalb die Religion auch alle massgeblichen Aspekte seiner Diplomatie durchzog: Bereits der Auslöser des Konflikts trug konfessionspolitische

Züge, die angesprochenen Mächte gehörten ausnahmslos dem protestantischen Lager an, die verwendeten Netzwerke definierten sich über die gemeinsame Konfession und die diskursive Strategie Zürichs während der Gesandtschaft stützte sich in erheblichem Mass auf religiöse Argumente.

Allerdings hat die Konfession im vorliegenden Fall wenig mit Theologie zu tun, sondern ist als zentrale Komponente der politischen Kultur Zürichs im 17. Jahrhundert zu verstehen. Gerade in Phasen der Isolation, wie 1664 eine vorherrschte, wurden mit einem Rückgriff auf die Glaubensgemeinschaft gegenüber dem protestantischen Ausland Nähe und Solidarität betont. Solche konfessionellen Argumente konnten gerade dort den Weg zu einem engeren Austausch ebnen, wo noch keine klar definierten Beziehungen in Form von Bündnissen existierten, die eine Forderung nach Hilfsleistungen legitimiert hätten. Nicht zufällig sollten sich die Beziehungen zu einigen der Ansprechpartner – zu den Niederlanden und zu Brandenburg – ab den 1690er Jahren verengen und schliesslich zu Bündnissen führen. Während also die Konfession in der Schweizer Geschichte zumeist als trennendes Element wahrgenommen wird, konnten die religiösen Verbindungen gleichzeitig auch Nähe zum gleichkonfessionellen Ausland herstellen. Mit ihren protestantischen Netzwerken und ihrem Vokabular der Freundschaft und Solidarität nahmen die Geistlichen dabei als diplomatische Akteure sowie Broker eine Hauptrolle ein und ebneten den Weg für zukünftige Verbindungen.

Sarah Rindlisbacher, M.A., Universität Bern, Historisches Institut, Länggassstrasse 49, CH-3012 Bern, sarah.rindlisbacher@hist.unibe.ch

Ein Schweizer Gardehauptmann als französischer Unterhändler

Johann Peter Stuppas Werbeverhandlungen in der Eidgenossenschaft 1671

Katrin Keller

A Swiss Captain as a Negotiator for France: Johann Peter Stuppa's Military Campaign in the Old Swiss Confederacy 1671

During the last few decades of the 17th century Johann Peter Stuppa (1621–1701), originally from Chiavenna, rose to the highest military positions open to a Swiss Confederate in the French army. His outstanding career began in the summer of 1671 when Louis XIV sent him on a recruitment mission to the Swiss Confederacy, where he succeeded within just a few months in recruiting approximately 10,000 mercenary soldiers. Drawing on the correspondence between the French Minister of War and Stuppa, this essay examines how Stuppa successfully completed his mission as a broker of French patronage resources. Apart from the obvious reports concerning the business of recruitment, the letters Stuppa sent to France also included critical observations with regard to the disparate constitutions of the Swiss cantons.

Einleitung

Mit Befriedigung konnte König Ludwig XIV. Anfang Oktober 1671, wenige Monate vor seiner Kriegserklärung an die Vereinigten Niederlande, zur Kenntnis nehmen, dass aus der Eidgenossenschaft in Kürze rund 10 000 neu geworbene Söldner zu seiner Armee stossen würden.¹ Verantwortlich für die Rekrutierung dieses umfangreichen Truppenkontingents zeichnete der aus Chiavenna stammende Schweizer Gardehauptmann Johann Peter Stuppa (1621–1701). Seit seiner Jugend in französischen Diensten, stieg Stuppa nach dem erfolgreichen Abschluss der Werbemission in höchste militärische

¹ Schweizerisches Bundesarchiv (BAR), P0 1000/1463, Paris bibl. (I) Abschriften aus den Archives du Ministère de la Guerre, Vincennes (AMG) Bd. 260, Stuppa an Louvois, Saint-Germain-en-Laye 10.10.1671.

Chargen auf, wie es für Eidgenossen nur selten vorkam: Bereits im Folgejahr wurde er Oberst eines eigenen Regiments und Brigadier der französischen Armee, 1676 Maréchal de Camp, 1678 Lieutenant général und 1685 Oberst des Schweizer Garderegiments. 1674 übertrug ihm Ludwig XIV. zudem interimistisch die Funktion des Colonel général des Suisses et des Grisons, die der eigentliche Inhaber, Louis Auguste de Bourbon, Duc du Maine (1670–1736), aufgrund seiner Minderjährigkeit noch nicht ausüben konnte.² In dieser machtvollen Zentralposition fungierte Stuppa – inzwischen auch zum Chevalier de Saint-Louis ernannt³ – als direkter Berater des französischen Königs und des Kriegsministers und war für die Organisation der eidgenössischen Truppen innerhalb der französischen Armee verantwortlich. Der Duc du Maine übernahm die Funktion des Colonel général 1688 offiziell, faktisch blieb Stuppa jedoch bis zu seinem Tod in Paris 1701 tonangebend.⁴ Obwohl Stuppa in diesen Chargen für die Geschichte der eidgenössischen Truppen in französischen Diensten während der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts von herausragender Bedeutung war, sind sein Leben und Wirken kaum erforscht.⁵

2 Beat Fidel Zurlauben, *Histoire militaire des Suisses au service de la France* (HM), Paris 1751–1753 (Bd. II), S. 114, 142, 144; M. Pinard, *Chronologie historique-militaire*, contenant l'histoire de la création de toutes les charges, dignités et grades militaires supérieurs de toutes les personnes qui les ont possédés... des troupes de la maison du Roi. Les lieutenants généraux des armées du Roi jusqu'en 1715, Paris 1760–1778 (Bd. 4), S. 305–306.

3 Francis Barraza, Peter Stoppa, 1621–1701 : la vie d'un commandant de régiment suisse au service de la France, sous Louis XIV, Cully 1990, S. 72.

4 Gabriel Daniel, *Histoire de la milice françoise et des changemens qui s'y sont faits depuis l'établissement de la monarchie françoise dans les Gaules, jusqu'à la fin du règne de Louis-le-Grand*, Amsterdam 1721 (Bd. II), S. 227. Olivier Azzola et al.: *Inventaire des archives de la guerre: sous-série XG Suisses au service de la France, XVII^e–XIX^e siècles*, Château de Vincennes 2002, http://www.servicehistorique.sga.defense.gouv.fr/sites/default/files/SHDGR_INV_XG.pdf (19.12.2017), S. II, VIII–X.

5 Die zu Johann Peter Stuppa vorliegenden Darstellungen bewerten diesen ambivalent als militärische Berühmtheit und Held und, aufgrund seiner Verflechtungen mit dem französischen Hof, zugleich als Intriganten und Nestbeschmutzer – so etwa Hartmann Caviezel, General-Lieutenant Johann Peter Stoppa und seine Zeit, in: *Jahresbericht der historisch-antiquarischen Gesellschaft von Graubünden* Bd. XXII (1893), S. 1–59, oder

Die in dieser Fallstudie zu untersuchende Werbemission von 1671, mit der Stuppa seine Karriere richtig lancierte, stellt hinsichtlich der guten Quellenüberlieferung ein Ereignis mit Ausnahmecharakter dar. Die von Ludwig XIV. legitimierte Mission hat sich in einem dichten Briefwechsel zwischen Stuppa und seinem Vorgesetzten, dem französischen Kriegsminister François Michel Le Tellier, Marquis de Louvois (1641–1691), niedergeschlagen. Aus den stets um detaillierte und zeitnahe Informationsübermittlung bemühten Schreiben lassen sich der Auftrag und das Vorgehen erfassen und die mit Stuppa zusammenarbeitenden Personen ermitteln. Dabei wird das durch den Solddienst generierte militärische Netzwerk fassbar, das Stuppa einen direkten Zugang zu den politischen Eliten in den Orten eröffnete. Die eidgenössische Abhängigkeit von französischen Patronageressourcen, wie sie unter anderem Militärkommandos darstellten, versetzte den französischen Unterhändler in eine ausgezeichnete Verhandlungsposition. Bevor auf diese Werbeerhandlungen näher eingegangen wird, werden im Folgenden zunächst die wichtigsten Lebensstationen Johann Peter Stuppas knapp referiert und das zusehends als problematisch angesehene Werbeverhalten Frankreichs in der Eidgenossenschaft ab Mitte der 1660er Jahren thematisiert, vor dessen Hintergrund Stuppas Mission einzuordnen ist.

Edouard Rott, *Histoire de la représentation diplomatique de la France auprès des cantons suisses, de leurs alliés et de leurs confédérés*, Bern 1900–1935 (Bd. VII). Eine genealogisch motivierte Darstellung lässt zuverlässige Quellenrecherchen vermissen, s. Barraza, Stoppa. Eine Untersuchung der Rollen Stuppas am Hof Ludwigs XIV. und als Reformator in der französischen Armee sowie seine Bedeutung für die eidgenössisch-französischen Beziehungen fehlt bisher. Teilweise erklärbar ist die erst bescheidene Aufarbeitung der Figur Stuppas durch eine ungünstige Quellsituation.

Johann Peter Stuppa und die französischen Söldnerwerbungen in den 1660er Jahren⁶

Als Spross einer aus Chiavenna stammenden Familie⁷ trat der 1621 geborene Johann Peter Stuppa 16-jährig in eine Kompanie ein, die sein Onkel Johann Anton Stuppa in französischen Diensten kommandierte und die 1648 in das Schweizer Garderegiment integriert wurde. Ab 1657 war Johann Peter selbst Inhaber einer Gardekompanie⁸ und seit 1665 kommandierte er auch eine Freikompanie.⁹

Parallel zu dieser militärischen Laufbahn baute Stuppa seine Beziehungen zu den eidgenössischen Ratsgeschlechtern und am französischen Hof aus. 1659 erwarb er das Bürgerrecht von Basel, nachdem Angehörige der französischen Ambassade in Solothurn offenbar mehrfach in Basel darauf gedrungen hatten.¹⁰ Zu einem noch unbekannten Zeitpunkt konvertierte Johann Peter Stuppa ausserdem zum katholischen Glauben – mutmasslich in Zusammenhang mit seiner 1661 erfolgten Heirat mit der französischen Adelligen Anne-Charlotte de Gondi (1627–1694).¹¹ Die erfolgreichen Bemü-

⁶ Bezüglich der im Folgenden verwendeten Begrifflichkeit zum eidgenössischen Soldwesen in französischen Diensten s. Philippe Henry: Artikel «Fremde Dienste», in E-HLS, <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D8608.php> (19.12.2017); Alain-Jacques Czouz-Tornare: Artikel «Söldner», in E-HLS, <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D8607.php> (19.12.2017); Philippe Henry: Artikel «Schweizergarden», in: E-HLS, <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D8623.php> (19.12.2017).

⁷ Da Chiavenna seit 1512 zum Untertanengebiet der Drei Bünde gehörte (allerdings im Dreissigjährigen Krieg von Spanien besetzt war), waren die Stuppas Bündner Untertanen, s. Guido Scaramellini: Artikel «Chiavenna», in: E-HLS, <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D7043.php> (19.12.2017)]; Konrad Schulthess, Glaubensflüchtlinge aus Chiavenna und dem Veltlin in Zürcher Kirchenbüchern, 1620–1700, in: *Der Schweizer Familienforscher*, Bd. 36 (1969), S. 103, 113.

⁸ Zurlauben, HM (Bd. II), S. 114; Pinard, *Chronologie* (Bd. 4), S. 305.

⁹ Amtliche Sammlung der ältern eidgenössischen Abschiede (EA), Einsiedeln 1882 (Bd. 6.1/1), S. 679 (Art. c).

¹⁰ Staatsarchiv Basel-Stadt, AHA Älteres Hauptarchiv, Protokolle Kleiner Rat 42, S. 316r.

¹¹ Micheline Rapine, L'Hôtel-Dieu de Château-Thierry au Grand Siècle, *Mémoires de la Fédération des Sociétés d'Histoire et d'Archéologie de l'Aisne*, Bd. 30 (1985), S. 18, 20.

hungen um Aufnahme in die eidgenössischen Eliten und um Integration in die französische Hof- und Adelsgesellschaft sollten ihn zu einem idealen Vermittler zwischen den Interessen der Krone und jenen der Orte machen. Zunächst galt es aber, einen Weg aus der verfahrenen Situation zu finden, die sich seit Mitte der 1660er Jahre zwischen der Krone und den Orten aufgrund der dort zusehends als problematisch angesehenen Rekrutierung von Freikompanien ergeben hatte.

Sobald Ludwig XIV. 1661 persönlich die Regierungsgeschäfte übernommen hatte, hatte er mit der Umgestaltung des französischen Staates begonnen. Der neue Kriegsmister François Michel Le Tellier, Marquis de Louvois (1641–1691), reformierte die französische Armee stark und richtete sie darauf aus, die expansive Aussenpolitik Ludwigs XIV. umzusetzen.¹² Zu diesem Bestreben gehörte auch die Vergrösserung der Streitkräfte, weshalb der Kriegsminister den französischen Residenten in der Eidgenossenschaft, François Mouslier, im November 1665 mit der Anwerbung einiger Hundert billiger Söldner beauftragte: Der Soldansatz sollte bei fünf statt wie üblich bei sieben Ecus liegen.¹³ Bern, Freiburg, Basel, Luzern und der Abt von Sankt Gallen liessen einheimische Offiziere gewähren und in ihren Territorien sol-

Auf den Zusammenhang von Konversion und Eheschliessung deutet die Nachricht zum Religionswechsel hin, die im Januar 1662 den Weg an die eidgenössische Tagsatzung gefunden hatte, s. EA (Bd. 6.1/1), S. 553 (Art. d). Der Vater und der Grossvater Anne-Charlotte de Gondis übten am französischen Hof die Funktion des *Introducteur des Ambassadeurs* aus, s. Alain Hugon, *Au service du roi catholique: Honorables ambassadeurs et divins espions: représentation diplomatique et service secret dans les relations hispano-françaises de 1598 à 1635*, Madrid 2004, S. 295.

¹² Klaus Malettke, *Hegemonie, multipolares System, Gleichgewicht, internationale Beziehungen 1648/1659–1713/1714*, Paderborn 2012, S. 242–243. Zum französischen Armeewesen zur Zeit Ludwigs XIV. s. u. a. Bertrand Fonck, Nathalie Genet-Rouffiac (Hg.): *Combattre et gouverner: dynamiques de l'histoire militaire de l'époque moderne (XVIIe–XVIIIe siècles)*, Rennes 2015; Jean-Philippe Cénat: *Le roi stratège: Louis XIV et la direction de la guerre (1661–1715)*, Rennes 2010; Guy Rowlands: *The dynastic state and the Army under Louis XIV: royal service and private interest, 1661–1701*, Cambridge 2002.

¹³ Rott, *Histoire* (Bd. VII), S. 38, 41, 58; EA (Bd. 6.1/1), S. 670 (Art. g + h).



Abb. 1: Johann Peter Stuppa und seine Ehefrau Anne-Charlotte de Gondi, um 1685 gemalt von Nicolas de Largillière (1656–1746). Der Bildausschnitt entstammt einem grossformatigen Gemälde (250 x 350 cm), das auch die Nichte Anne-Charlotte de Gondis, Anne de la Bretonnière zeigt. De la Bretonnière war Priorin des Hôtel-Dieu in Château-Thierry, wo Stuppa und Gondi als bedeutende Mäzene fungierten. Die Identität des Mädchens links ist unbekannt.

© Ministère de la Culture – Médiathèque du Patrimoine, Dist. RMN-Grand Palais / Conservation des Antiquités et objets d'art.

che Truppen werben, die bereits Ende Dezember 1665 nach Frankreich abmarschierten.¹⁴

Mit seinem Vorgehen missachtete der Resident freilich die zuletzt 1663 erneuerten Allianzverträge mit den eidgenössischen Orten, die bestimmten, dass diese für neue Truppenaushebungen stets Werbeverträge mit klaren Rahmenbedingungen bewilligen mussten (sogenannte Kapitulationen), in

¹⁴ Rott, *Représentation* (Bd. VII), S. 58–60.

denen unter anderem Rekrutierungsgebiete, Soldansätze und Einsatzrestriktionen geregelt wurden. Die nicht nach diesen Konventionen geworbenen sogenannten Freikompanien stellten für die Orte nur schwer kontrollierbare Söldnereinheiten dar. Alarmiert durch die von Mouslier initiierten Vorgänge, trat im Januar 1666 eine Tagsatzung zusammen, welche die Erscheinung als irregulär erklärte. Die Deputierten der Orte beschlossen, dass fernere Anfragen für solche Truppen von allen Orten abzulehnen, Werbungen zu verbieten und fehlbare Offiziere zu sanktionieren seien sowie den bereits geworbenen Freikompanien der Durchzug zu verwehren sei.¹⁵ Der Beschluss zeitigte zunächst nicht die gewünschte Wirkung; an der nächsten gemeineidgenössischen Tagsatzung im Juli 1666 mussten die Sanktionen gegen Fehlbare erneut und verschärft ausgesprochen werden¹⁶ und bis 1668 blieben die Freikompanien und deren Eindämmung ein Dauerthema der Tagsatzung.¹⁷ Auch für Frankreich erwies sich das nicht geregelte Geschäft mit den billigen Söldnern letztlich als nicht wirklich zufriedenstellend: Im Sommer 1666 kamen die musternden französischen Militärkommissare zur Erkenntnis, dass die Freikompanien in schlechtem Zustand waren und es sich bei den Soldaten zu einem guten Teil um «mal faits, savoyards, bourguignons, voire français»¹⁸ handelte und nicht um die gewohnt guten Schweizer Söldner.

Zur Empörung der eidgenössischen Orte kamen die irregulären Freikompanien zusammen mit Kompanien des Garderegiments 1668 bei der französischen Besetzung der Freigrafschaft Burgund zum Einsatz und unmittelbar nach diesem Ereignis reduzierte Frankreich seinen Truppenbestand wieder. Kassiert wurden jedoch nicht die kritisierten Freikompanien, sondern elf Kompanien des Schweizer Garderegiments.¹⁹ Damit verloren mehrere eidgenössische Regierungsfamilien ihre prestigeträchtigen Offiziersstellen und mit diesen einen Teil ihres Einkommens und Chancen auf den Aus-

¹⁵ Ebd., S. 50; EA (Bd. 6.1/1), S. 669–671 (Art. e–g).

¹⁶ Dem Beschluss vom Januar 1666 Zuwiderhandelnde sollten «citirt, bestraft, des Landes verwiesen» werden, ferner sollten die «nicht ansässigen neuen Burger für Uebernahme des Commandos unfähig erachtet» werden, s. EA (Bd. 6.1/1), S. 683 (Art. e).

¹⁷ S. ebd., S. 701, 717, 730, 735, 737, 745, 754, 765; Rott, Représentation (Bd. VII), S. 58–71, 226–228.

¹⁸ Rott, Représentation (Bd. VII), S. 65.

¹⁹ Rott, Représentation (Bd. VII), S. 226.

gleich von Investitionskosten. Die Mehrheit der frei gewordenen Gardesoldaten liess sich zu vermindertem Sold (für sechs statt sieben Ecus) umgehend wieder für neue Freikompanien anwerben. Im Gegensatz dazu wurden die Kommandostellen der Freikompanien jedoch mehrheitlich nicht mit den entlassenen Gardeoffizieren wiederbesetzt, sondern mit Exponenten von Nicht-Regierungsfamilien oder aus Zugewandten Orten und Untertanengebieten – mit den späteren Worten Beat Fidel Zurlaubens (1720–1799): «presque tous des gens sans nom».²⁰ In der Kritik Zurlaubens und jener der Tagsatzung²¹ kommt die Befürchtung zum Ausdruck, dass diese Vorgänge zu unerwünschter Konkurrenz auf einem begehrten Stellenmarkt und um französische Patronageressourcen führen würden. Und an diesem Punkt kommt Gardehauptmann Johann Peter Stuppa ins Spiel: Als Bündner Untertan und Basler Neubürger verdankte er den französischen Diensten seinen Aufstieg; längst war er zu einem dieser von den eidgenössischen Eliten kritisierten Konkurrenten um Ressourcen geworden. Seine Zeitgenossen wähten ihn gar als Urheber der Idee, im grossen Stil Gardekompanien zu entlassen und sie als Freikompanien wieder anzuwerben. Dies sollte ihm den nachhaltig wirkenden Ruf des «Anstifters» von Veränderungen im französischen Armeewesen und viel Kritik in der Eidgenossenschaft einbringen.²²

20 Zurlauben, HM (Bd. VII), S. 130. Gemäss Zurlauben liessen sich von den elf entlassenen Gardekompanien nur knapp 400 Soldaten nicht wieder anwerben. S. auch EA (Bd. 6.1/1), S. 669–671 (Art. e–g).

21 Ebd., S. 670–671 (Art. f + g).

22 S. Jean-François Girard, *Histoire abrégée des officiers suisses, qui se sont distingués aux services étrangers dans des grades supérieurs: rangée par ordre alphabétique sur des mémoires & ouvrages authentiques, depuis le commencement du XVI^e siècle jusqu'à nos jours: avec des notes généalogiques sur chaque famille*, Fribourg 1782 (Bd. 3), S. 106. Zurlauben bezeichnet Erscheinungen wie Freikompanien, Soldreduktionen und die Wahl von Offizieren, die nicht «véritables Suisses» seien oder von «familles accréditées» abstammten, summarisch als «System» Stuppa, s. Beat Fidel Zurlauben, *Code militaire des Suisses, pour servir de suite à l'Histoire Militaire des Suisses, au service de la France* (CM), Paris 1758–1764 (Bd. I), S. 57. Ausserdem Paul Schweizer, *Correspondenz der französischen Gesandtschaft in der Schweiz 1664–1671*, Basel 1880, S. XXXIV; Rott, *Représentation* (Bd. VII), S. 66; Azzola, *Inventaire*, S. III–IV. Aufgrund der verschiedenen Verfehlungen Stuppas – Beförderung der Freikompanien an sich, Führen einer eigene Freikompanie, Teilnahme an der französischen Besetzung der Freigrafschaft – versuchte die Tagsatzung

Stuppas Werbemission in der Eidgenossenschaft

Nachdem die eidgenössischen Orte die Erscheinung der Freikompanien über mehrere Jahre bekämpft hatten, musste die französische Krone zur Kenntnis nehmen, dass es kaum gelingen würde, für diese Art Truppen Akzeptanz zu erreichen. Ludwigs Pläne zu einer kriegesischen Expansion hatten sich jedoch konkretisiert und für den bevorstehenden Angriff auf Holland sollte nun eine vom französischen Hof unterstützte, offizielle Söldnerwerbung in Gang kommen. Um diese zu realisieren, entsandte Ludwig XIV. im Sommer 1671 seinen Gardehauptmann Johann Peter Stuppa in die Eidgenossenschaft.

Ausgestattet mit königlichen Kreditivschreiben für mehrere eidgenössische Orte, traf Stuppa am 11. August 1671 in Basel ein.²³ Dem Kreditivschreiben für Bern, der ersten Verhandlungsstation, sind das Anliegen Frankreichs und die Befugnisse des Unterhändlers zu entnehmen:

dans le dessein que nous avons d'augmenter les troupes estrangeres que nous avons sur pied d'avoir encores un plus grand nombre de Suisses à nostre solde, nous avons chargé le s[ieu]r Stopa capp[itai]ne d'une comp[agni]e au rég[imen]t de nos gardes Suisses du soin d'en moyenner la levé, et luy ayant particulièrement recommandé de s'adresser à vous pour cette fin sur la confiance qui nous avons que vous en accorderez la permission dans v[ot]re canton, nous avons bien voullu l'accompagner de cette lettre pour vous prier comme nous faisons très instamment de donner une entière créance à ce qu'il vous dira de nostre part tant au sujet de cette levé que pour les autres choses concernant nostre service [...], vous promettant de tenir ferme et de garder et faire garder inviolablement tout ce dont led[it] S[ieu]r Stopa sera convenu avec vous a cette occasion [...].²⁴

Das Schreiben wies Stuppa als Verhandlungsbevollmächtigten und als Zuständigen sowohl für die angestrebte Werbung als auch für alle anderen Belange der fremden Dienste in Frankreich aus, ohne ihm jedoch einen

1667 und 1668 mehrfach, ihn nach Baden zu zitieren und zu bestrafen, s. u.a. EA (Bd. 6.1/1), S. 730 (Art. h), 752 (Art. d).

²³ BAR AMG Bd. 259, Stuppa an Louvois, Basel 11.8.1671; Rott, Représentation (Bd. VII), S. 386.

²⁴ Ludwig XIV. an Stadt und Kanton Bern, Saint-Germain-en-Laye 25.7.1671, Staatsarchiv Bern A V 70, Frankreichbuch (Bd. L.), 1671–1681, fol. 1

diplomatischen Status zu übertragen²⁵ und ohne weitere Konditionen zu spezifizieren. Eine Beteiligung der Ambassade in Solothurn an der Ausführung des Auftrags war nicht vorgesehen.²⁶

Die Anfrage richtete sich nicht an das *Corpus Helveticum* und die für das Soldwesen zuständige Tagsatzung, sondern an die Regierungen einzelner eidgenössischer Orte. Der Befehl Ludwigs XIV. lautete, rund 10 000 eidgenössische Söldner anzuwerben, die möglichst bald zum Einsatz kommen konnten.²⁷ Die neuen Truppen sollten in 43 Kompanien à 200 Mann organisiert sein, wobei für 32 Kompanien ein Sold von sechs Ecus bezahlt würde, für die restlichen elf Einheiten ausdrücklich nur ein geringerer Sold von fünf Ecus.²⁸ Stuppa war für den ganzen Ablauf der Mission zuständig, das heisst, von den Vertragsverhandlungen bis zum effektiven Truppentransport an die französische Grenze hatte er alles abzuwickeln.²⁹ Mit Verhandlungsgeschick und der Unterstützung der französischen Parteigänger in den Orten gelang es dem Gardehauptmann, bis Ende November 1671 die von Ludwig XIV. geforderten Kontingente anzuwerben und nach Frankreich abzuschicken. An den Rekrutierungen beteiligten sich die Orte Bern, Solothurn, Freiburg, Luzern, Zug, Basel und Appenzell Ausserrhoden sowie unter den Zugewandten der Abt von Sankt Gallen, Genf, das Wallis, die Drei Bünde und Mülhausen.³⁰

Kurz vor seiner offiziellen Entsendung in die Eidgenossenschaft schickte Stuppa mehrere Vertrauenspersonen nach Bern, Zürich, Freiburg und in die

²⁵ Edouard Rott legt für Stuppa die Funktionsbezeichnung «Envoyé extraordinaire auprès des cantons» fest (Rott, *Représentation* (Bd. VII), S. 381), den Beglaubigungsschreiben oder anderen Quellen ist jedoch keine offizielle Bezeichnung zu entnehmen.

²⁶ Der zu dieser Zeit noch amtierende französische Resident François Mouslier war gar nicht informiert, welche Befehle Stuppa hatte, s. Schweizer, *Correspondenz*, S. XLVIII.

²⁷ Girard, *Histoire* (Bd. 3), S. 107. Selbstverständlich wurde den Verhandlungspartnern der genaue Bestimmungszweck nicht offengelegt. Der Kriegsminister instruierte Stuppa mehrfach, Kompanien «pour servir en campagne» auszuheben und erfahrene Offiziere einzustellen, s. u.a. BAR AMG Bd. 259, Louvois an Stuppa, Fontainebleau 24.8.1671.

²⁸ BAR AMG Bd. 259, Louvois an Stuppa, Versailles 2.9.1671; Louvois an Stuppa, Versailles 14.9.1671; Louvois an Stuppa, Saint-Germain-en-Laye 10.10.1671.

²⁹ BAR AMG Bd. 259, Louvois an Stuppa, Fontainebleau 24.8.1671.

³⁰ Rott, *Représentation* (Bd. VII), S. 406.

Innerschweiz, um vor Ort die Erfolgsaussichten einer französischen Werbung sondieren zu lassen.³¹ Besonders die Haltung der Berner Ratsherren war entscheidend, bestand doch die Absicht, im bevölkerungsreichen und geografisch günstig liegenden Kanton ein ganzes Regiment neu auszuheben.³² Nach positiven Signalen aus Berner Regierungskreisen begab sich Stuppa am 15. August 1671 dorthin, übergab das königliche Beglaubigungsschreiben und verhandelte anschliessend mit einer Kommission von sechs Kleinräten über eine Kapitulation für zwölf Kompanien. Nach Beratungen der Bernischen Räte kam es am 24. August zu einem entsprechenden Vertragsabschluss.³³ Allerdings stellte die Regierung nach Unterzeichnung der Kapitulation diverse Forderungen, deren Erfüllung Bedingung für den Abmarsch der Truppen sein sollte.³⁴ Zwar hatte Stuppa in relativ kurzer Zeit eine gültige Kapitulation in den Händen, die nachträglichen Forderungen verursachten – zu seiner Verärgerung und zu der des Kriegsministers – jedoch zusätzliche Aufwände und Zeitverlust.³⁵

Rascheren Erfolg sollten hingegen die Verhandlungen mit den Räten von Freiburg, Solothurn und Basel zeitigen. Nach Abschluss der Kapitulation mit Bern zog Stuppa zunächst nach Freiburg weiter, wo er Anfang September das königliche Kreditiv einreichte. Die Bewilligung des Geschäfts durch den Freiburger Rat schien Stuppa eine Formsache zu sein, «par le soin que mons-

31 Ebd., S. 373 ; BAR AMG Bd. 259, Stuppa an Louvois, Basel 11.8.1671.

32 Es ging dabei auch um Durchzugsrechte für geworbene Truppen, darum war es «de la derniere consequence pour le service du Roy de ne pas manquer ce canton [...] outre que le canton de Berne est sans comparaison le plus puissant, est que leurs terres confinent à presque tous les autres cantons et au Roy», BAR AMG Bd. 259, Stuppa an Louvois, Freiburg 3.9.1671.

33 BAR AMG Bd. 259, Stuppa an Louvois, Bern 18.8.1671; Rott, Représentation (Bd. VII), S. 394.

34 Bern forderte von Frankreich die Protektion der Waadt, eine Mediation in seinem Streit mit dem Bischof von Basel um die katholischen Priester in Moutier-Grandval, die Garantie der jährlichen Salzlieferungen, Bezahlung der schuldigen Pensionen, s. BAR AMG Bd. 259, Stuppa an Louvois, Bern 27.8.1671; ausserdem verlangte Bern die Bewaffnung der neuen Söldner vor Grenzübertritt, s. Louvois an Stuppa, Versailles 2.9.1671.

35 BAR AMG Bd. 260, Stuppa an Louvois, Luzern 3.10.1671.

[ieu]r le collonel de Reynold³⁶ en a pris pendant que j'ay séjourné à Berne».³⁷ Stuppa hatte de Reynold vorgängig mit 3 000 Livres versorgt, die zur Gewinnung von Stimmen der spanischen Parteigänger im Rat eingesetzt werden sollten. Tatsächlich stand schon wenige Tage später fest, dass die Bemühungen erfolgreich waren und der Rat der Werbung von fünfeinhalb Kompanien zugestimmt hatte.³⁸ Im Falle Solothurns wurden die Verhandlungen durch den Umstand erleichtert, dass Ludwig XIV. vorgängig zugestimmt hatte, Stuppa auch mit der Austeilung fälliger Pensionen zu bevollmächtigen.³⁹ Am 14. September sprach der französische Unterhändler mit seinem Anliegen beim Solothurner Rat vor, der nach einigen Verhandlungstagen einstimmig in eine Kapitulation für vier Kompanien einwilligte.⁴⁰ Bei Abmarsch der Solothurner Truppen liess Louvois die versprochenen Pensionengelder nach Solothurn abgehen.⁴¹ Ebenfalls reibungslos verliefen die Bemühungen Stuppas in Basel, wo er am 21. Oktober eingetroffen war. «De la meilleure grâce du monde» bewilligte der Basler Rat wenige Tage später drei Kompanien; die Obrigkeit bat im Gegenzug um königliche Unterstützung in einer Streitsache mit dem Parlament von Metz, die später von Ludwig XIV. gewährt wurde.⁴²

Die Bilanz bei den weiteren Orten war gemischt, die erfolgreiche Aushebung der vom König gewünschten Kompanien war dadurch jedoch nicht gefährdet. Anfang Oktober befand sich Stuppa in Luzern, um mit Luzerner Ratsherren und weiteren Partikularpersonen, die aus den Inneren Orten zu ihm anreisten, Gespräche zu führen. Bezüglich der Chancen von französischen Truppenwerbungen machte er sich, vor allem was die Urkantone

36 Antoine de Reynold (1611–1684).

37 BAR AMG Bd. 259, Stuppa an Louvois, Freiburg 3.9.1671.

38 BAR AMG Bd. 260, Stuppa an Louvois, Solothurn 18.10.1671; Rott, *Représentation* (Bd. VII), S. 396.

39 BAR AMG Bd. 259, Louvois an Stuppa, Versailles 14.9.1671.

40 BAR AMG Bd. 259, Stuppa an Louvois, Solothurn 14.9.1671; Stuppa an Louvois, Bern 19.9.1671.

41 BAR AMG Bd. 260, Louvois an Stuppa, Saint-Germain-en-Laye 13.10.1671; Stuppa an Louvois, Solothurn 18.10.1671.

42 BAR AMG Bd. 260, Stuppa an Louvois, Basel 21.10.1671; Stuppa an Louvois, Basel 26.10.1671; Stuppa an Louvois, Basel 29.10.1671; Louvois an Stuppa, Versailles 15.11.1671; Rott, *Représentation* (Bd. VII), S. 402.

betraf, allerdings keine Illusionen: Zu dominant schienen die Interessenvertreter Spaniens und ausserdem stellten sie dreiste Pensionenforderungen, auf die einzugehen Stuppa weder befugt noch willens war.⁴³ Auf persönliche Verhandlungen mit der Obrigkeit von Zürich verzichtete Johann Peter Stuppa gänzlich, da ihm von dort signalisiert wurde, dass die Regierung Werbungen nur auf Basis früherer Kapitulationsbestimmungen (zu höherem Soldtarif) und nach Erfüllung von Forderungen (Handelsprivilegien, Schuldenbereinigung) bewilligen würde.⁴⁴ Die Beteiligung Zürichs an der Werbemission wäre Stuppa vor allem aufgrund der politischen Bedeutung des reformierten Vororts wichtig erschienen.⁴⁵ Die Beschaffung der geforderten Kontingente war aber auch ohne das Zutun des bevölkerungsstarken Zürichs problemlos möglich, gelangten doch so viele Anfragen an Stuppa, dass er dem Kriegsminister mitteilen musste, die vom König begehrte Truppenzahl sei zu gering, um die zahlreichen Interessenten zu befriedigen.⁴⁶ Die verbleibenden Kompanien vergab Stuppa wie folgt: Zwei an Luzern⁴⁷, eine an Genf,⁴⁸ eine an

⁴³ BAR AMG Bd. 260, Stuppa an Louvois, Luzern 3.10.1671.

⁴⁴ BAR AMG Bd. 259, Stuppa an Louvois, Bern 22.9.1671; Stuppa an Louvois, Basel 2.11.1671. Ohnehin wehrte sich Zürich entschieden gegen den Auftrag Stuppas und versuchte, andere Orte von Kapitulationsverhandlungen abzuhalten (was bei Schaffhausen auch gelang). Eine Sorge Stuppas war, dass Zürich die Einberufung einer reformierten oder gemeineidgenössischen Tagsatzung erreichen könnte, die zu geschlossenem Vorgehen gegen das Werbegeschäft aufrufen würde, s. BAR AMG Bd. 259, Stuppa an Louvois, Solothurn 14.9.1671; Stuppa an Louvois, Bern 19.9.1671.

⁴⁵ BAR AMG Bd. 259, Stuppa an Louvois, Bern 27.8.1671.

⁴⁶ BAR AMG Bd. 260, Stuppa an Louvois, Luzern 3.10.1671.

⁴⁷ BAR AMG Bd. 260, Stuppa an Louvois, Solothurn 14.10.1671. Ursprünglich waren drei Kompanien vorgesehen, die sich jedoch nicht realisieren liessen, weil Anhänger der spanischen Partei die Rekrutierungen behinderten, s. Stuppa an Louvois, Solothurn 18.10.1671; Stuppa an Louvois, Solothurn 6.11.1671.

⁴⁸ BAR AMG Bd. 260, Stuppa an Louvois, Solothurn 18.10.1671.

Mülhausen,⁴⁹ zwei an Zug,⁵⁰ vier gingen an Sankt Gallen, die Drei Bünde und Appenzell⁵¹ und fünf an das Wallis.⁵²

Die Werbemission war damit insgesamt ein voller Erfolg und bis Anfang Dezember 1671 waren sämtliche 43 neu geworbenen Kompanien nach Frankreich abmarschiert.⁵³ Neben dem Netzwerk von Stuppa, auf das noch näher eingegangen wird, war dafür insbesondere das funktionierende Zusammenspiel mit dem Kriegsminister entscheidend gewesen: Louvois versorgte seinen Unterhändler jeweils umgehend mit dem benötigten Bargeld oder mit Wechselbriefen und intervenierte bei Bedarf rasch beim König für Entscheide und offizielle Dokumente. Der Secrétaire d'État de la guerre verschaffte Stuppa so grösstmögliche Handlungsfreiheit.

Das militärische Netzwerk als Erfolgsfaktor

Anstatt die Ambassade in Solothurn als offiziellen diplomatischen Kanal für Vertragsverhandlungen zu aktivieren, zog es Ludwig XIV. vor, einen Offizier des Schweizer Garderegiments in die Eidgenossenschaft zu entsenden. Da über die Rolle Johann Peter Stuppas am französischen Hof und im französischen Heerwesen überhaupt wenig und für die Zeit vor 1671 kaum etwas bekannt ist, liegen die Gründe für dessen Einsatz weitgehend im Dunkeln. Aus dem Verlauf der Mission wird jedoch deutlich, dass Stuppa über ein breites, insbesondere über seine Tätigkeit als Solddienstoffizier entstandenes Netz von Kontakten in der Eidgenossenschaft verfügte, die ihn für die Rolle in der Tat prädestinierte. Die zwischen Stuppa und Kriegsminister Louvois eng geführte Korrespondenz lässt Rückschlüsse darauf zu, welche Personen er zu seiner Unterstützung mobilisierte.

⁴⁹ BAR AMG Bd. 260, Stuppa an Louvois, Basel 26. 10. 1671.

⁵⁰ BAR AMG Bd. 260, Stuppa an Louvois, Solothurn 18. 10. 1671.

⁵¹ BAR AMG Bd. 260, Stuppa an Louvois, Freiburg 16. 11. 1671.

⁵² BAR AMG Bd. 260, Stuppa an Louvois, Freiburg 28. 11. 1671. Noch nicht klar ist, ob auch an Uri, Schwyz und Unterwalden je eine Kompanie ging. EA (Bd. 6.1/1), S. 831, deutet darauf hin, und die drei Einheiten würden das Total von 43 geworbenen Kompanien komplettieren.

⁵³ BAR AMG Bd. 260, Louvois an Stuppa, Saint-Germain-en-Laye 16. 12. 1671.

Den für Stuppa zentralen Beziehungspool bildeten das Schweizer Garderegiment in Frankreich und die Hauptleute der Freikompanien. Die Hauptleute der Garden, wie auch einige der Freikompanien, waren Abkömmlinge der eidgenössischen Regierungsfamilien und verfügten über entsprechend enge Beziehungen in die massgeblichen Regierungskreise. Aus diesem militärischen Netzwerk rekrutierte der nun mit weitreichenden Kompetenzen und finanziellen Mitteln ausgestattete königliche Unterhändler im Juli 1671 mehrere Offiziere, die in ausgewählten eidgenössischen Orten die Chancen einer französischen Werbung evaluieren sollten. So schickte er Franz Ludwig von Muralt (1638–1684) nach Bern zum damaligen Venner Sigmund von Erlach (1614–1699), der daraufhin alles Nötige für Stuppas Verhandlungen einleitete.⁵⁴ Als Hauptverantwortliche für das Gelingen des Geschäfts wurden beide später für ihre Dienste honoriert: Von Muralt, damals noch Hauptmann einer Freikompanie, wurde mit einer Kompanie im zuwerbenden neuen Berner Regiment versehen und der Neffe Sigmund von Erlachs, Gardehauptmann Johann Jakob von Erlach (1628–1694), ebenfalls mit einer Kompanie und der Charge des Obersten des neuen Regiments. Die anderen zehn Kompanien verteilte Stuppa an Ratsherren (beziehungsweise deren Familienangehörige), die als Mitglieder der Kommission das Geschäft verhandelt und unterstützt hatten, und an Berner Offiziere mit gutem Leistungsausweis in französischen Diensten. Nur eine Kompanie ging prophylaktisch an das gegnerische Lager, das heisst, an einen nicht namentlich genannten «jeune homme»,⁵⁵ zu dem Stuppa ergänzte: «à dire la verité ce n'a esté que par considération afin que son père ne nous fist pas de mal ayant du crédit.»⁵⁶ Die

⁵⁴ BAR AMG Bd. 259, Stuppa an Louvois, Basel 11.8.1671; Stuppa an Louvois, Bern 18.8.1671; Zurlauben, HM (Bd. VII), S. 130.

⁵⁵ Möglicherweise handelt es sich um Sigmund Willading (1644–1717), der später eine Kompanie im Berner Regiment Erlach führte und dessen Bruder, der spätere Schultheiss Johann Friedrich Willading (1641–1718), dezidiert Frankreichgegner war. Diesen Hinweis verdanke ich Benjamin Ryser.

⁵⁶ BAR AMG Bd. 259, Stuppa an Louvois, Freiburg 10.9.1671. Namentlich nennt Stuppa diese Personen: Erlach, Muralt («un des plus braves homme que je cognoisse outre que c'est luy seul qui à mené l'affaire de Berne ou elle est et j'espère que ses services par la suite vous le feront mieux cognoistre»), Dachselhofer (Sohn des verstorbenen Schultheissen), der Sohn von Frisching («qui a beaucoup servy le Roy dans ceste levée»), der Sohn von Bucher

Kompanievergabe, über die Stuppa frei zu entscheiden befugt war, erfolgte im Sinne einer längerfristigen Sicherung der Interessen Frankreichs und der französischen Partei in Bern.

Ähnlich war das Vorgehen Stuppas bei den weiteren Orten. Nach Zürich hatte Johann Peter Stuppa vorgängig Hauptmann Hans Heinrich Oberkan (gestorben 1692) und nach Freiburg Gardehauptmann François de Reynold (1642–1722) entsandt.⁵⁷ War aufgrund der strengen Regierungshaltung in Zürich nichts zu holen, gelang das Geschäft in Freiburg dank de Reynolds Vater, dem Obersten und Freiburger Kleinrat Antoine de Reynold.⁵⁸ Dessen Wert für die französische Sache beschrieb Stuppa gegenüber Louvois so: «il n'est pas possible de vous représenter son zèle pour le service du Roy, lequel il a mis en fort bon estat quoy qu'il y ayt en ceste ville de meilleurs Espagnols qu'à Madrid et surtout le chef.»⁵⁹ Nachdem der Freiburger Rat die Kapitulation unterzeichnet hatte, verteilte Stuppa die fünfeinhalb neuen Kompanien an Verwandte von treuen französischen Parteigängern.⁶⁰ Ebenfalls vor Beginn seiner offiziellen Mission schickte Stuppa den ehemaligen Gardehauptmann Fidel von Thurn (1629–1719) und einen Hauptmann Reding in die Inneren Orte und zum Abt von Sankt Gallen, um mit Schmiergeldern Stimmung für die bevorstehenden Kapitulationsverhandlungen zu

(«qui a aussy beaucoup de crédit et a esté l'un des comiss[air]es et luy est très honneste homme qui a longtemps servy»), Diesbach («fils de l'un des com[missair]es qui a du crédit et qui a esté et est encore cap[itai]ne»), Graviseth («très brave gentilhomme qui à fort longtemps servy»), Fischer (war Gardehauptmann), der Bruder von Erlach («tres brave homme»), Wurstemberger («qui est fils aussy d'un des com[missair]es qui a beaucoup de crédit et d'enfans»).

⁵⁷ Zurlauben, HM (Bd. VII), S. 130.

⁵⁸ BAR AMG Bd. 259, Stuppa an Louvois, Freiburg 10.9.1671.

⁵⁹ BAR AMG Bd. 259, Stuppa an Louvois, Freiburg 3.9.1671.

⁶⁰ BAR AMG Bd. 259, Stuppa an Louvois, Freiburg 10.9.1671. Stuppa nennt namentlich: de Reynold (vermutlich der Oberst), Gleresse («très brave gentilhomme qui a desjà été cap[itai]ne»), Fagnchy [sic] («fort brave homme»), de Reynold (Neffe von Burgermeister Reyff, ein «très habile homme, très puissant dans ce canton attaché au service du Roy et qu'il faut absolument menager»), Kessler (Sohn des langjährigen Hauptmanns), Castella (Fähnrich im Garderegiment, dessen Vater «fort bien intentionné pour le service du Roy et qui a beaucoup de crédit»).

machen.⁶¹ Die beiden erwiesen sich zu Stuppas Enttäuschung jedoch als nicht zuverlässig und insbesondere von Thurn schien ein doppeltes Spiel als spanischer und kaiserlicher Parteigänger zu spielen.⁶² Des Weiteren betraute Stuppa einen gewissen Tschudi⁶³ mit einem Auftrag in Glarus und setzte ihn zur Informationsbeschaffung auf dem Korrespondenzweg mit den Drei Bünden, dem Abt von Sankt Gallen und Appenzell ein.⁶⁴

In Luzern musste Stuppa feststellen, dass es dort sehr schlecht um die französische Partei bestellt war und es nur vier Persönlichkeiten gab, die das Werbegeschäft unterstützten – allesamt Offiziere in französischen Diensten: Gardehauptmann Franz Pfyffer (1634–1689), Hauptmann Georg Keller (1622–1688), Schultheiss und Gardehauptmann Alphons von Sonnenberg (1603–1674) und Hauptmann Rudolf Mohr (1624–1701).⁶⁵ Pfyffer und Keller waren überzeugt gewesen, mit der Ankündigung von neuen Kompanien und der Auszahlung einer Pension spanische Parteigänger für sich gewinnen

⁶¹ Zurlauben, HM (Bd. VII), S. 131; BAR AMG Bd. 259, Stuppa an Louvois, Freiburg 10.9.1671.

⁶² BAR AMG Bd. 259, Stuppa an Louvois, Basel 11.8.1671; Stuppa an Louvois, Bern 18.8.1671; BAR AMG Bd. 260, Stuppa an Louvois, Solothurn 14.10.1671; Rott, Représentation (Bd. VII), S. 399.

⁶³ Vermutlich Johann Heinrich Tschudi (1619–1699), französischer Dolmetscher in Chur, s. Allgemeine geschichtsforschende Gesellschaft der Schweiz, Historisch-biographisches Lexikon der Schweiz, Neuenburg 1921–1934 (Bd. 7), S. 84.

⁶⁴ BAR AMG Bd. 260, Stuppa an Louvois, Luzern 2.11.1671; Stuppa an Louvois, Bern 10.11.1671; Stuppa an Louvois, Freiburg 16.11.1671.

⁶⁵ Die Bedeutung dieser vier für die Angelegenheiten Frankreichs machte Stuppa gegenüber Louvois deutlich: «Il n'est pas possible d'avoir plus de zèle pour le service du Roy que mr. Phiffer en tesmoigne et je respondrais bien pour luy qu'à l'advenir tous les cantons ne luy seront rien lorsqu'il s'agira du service de sa Ma.té[.] Je luy ay dit comme le Roy vouloit bien qu'il fust collonel et monsieur Keller lieutenant collonel qui aseurement aussy est fort zélé serviteur du Roy. Ce que j'ay veu icy qui ayt les mesmes sentimens est monsieur l'advoyer Sonnenberg qui ce feroit acher en pièce pour cela[.] Outre ceux là il y a monsieur Meur qui est un homme d'esprit et acredité qui tient le timon du party de France que je trouve icy bien languissant et seroit en encore bien plus mauvois estat si ce Meur ne ce tremoussoit comme il fait», s. BAR AMG Bd. 260, Stuppa an Louvois, Luzern 3.10.1671.

zu können,⁶⁶ tatsächlich liessen sich jedoch nur zwei neue Kompanien realisieren. Trotz mässigen Erfolgs blieb auch hier die Belohnung für die Unterstützer nicht aus: Pfyffer und Keller honorierte Stuppa je mit einem Truppenkommando.⁶⁷

Die erfreulichen und speditiven Geschäftsabwicklungen in Solothurn und Basel gingen ebenfalls auf die Aktivierung des militärischen Netzwerks zurück. In Solothurn leistete gemäss Stuppa der Hauptmann und Seckelmeister Peter Sury (1624–1679) einen ausserordentlichen Effort.⁶⁸ Zwei der vier von Solothurn bewilligten Kompanien hatte Stuppa bereits an zwei «principaux» versprochen – «gens de fort bonne famille qui ont desjà servy».⁶⁹ Für Basel werden in den Schreiben an den Kriegsminister zwar keine Geschäftsbeförderer namentlich erwähnt. Die drei Basler Kompanien teilte Stuppa aber Emanuel Faesch (1646–1693) und Felix Platter (1632–1705) zu, die er beide kannte und als gute Offiziere taxierte, sowie einem nicht namentlich genannten Dritten,⁷⁰ dem zwei gute Unteroffiziere zur Seite gestellt würden.⁷¹

Bei der Umsetzung seines Auftrags griff Johann Peter Stuppa also insgesamt primär auf vertrauenswürdige Personen aus seinem militärischen Netzwerk zurück, die entweder direkt Einfluss nehmen konnten oder ihr eigenes Netzwerk aktivierten. Gegenüber dem Kriegsminister blieb Stuppa bezüglich seiner Unterstützer stets transparent: In der Rolle des Brokers meldete Stuppa geleistete Dienste, Nützlichkeit und Frankreichtreue in Form von Wertschätzung und Empfehlungen an Louvois weiter,⁷² oder er honorierte die

⁶⁶ Die beiden hatten Stuppa in Bern persönlich aufgesucht und Kompanien zu den gleichen Konditionen wie Bern in Aussicht gestellt – sofern Frankreich eine Pension bezahlen würde, s. BAR AMG Bd. 259, Stuppa an Louvois, Bern 27.8.1671.

⁶⁷ BAR AMG Bd. 260, Stuppa an Louvois, Solothurn 6.11.1671.

⁶⁸ Stuppa honorierte dies in der Mitteilung an Louvois: «Il ne ce peut rien adjouster à la manière d'agir de monsieur Sury pour le service du Roy qui n'a rien espargné de son grand crédit qu'il a icy et de ses paines pour faire que ce canton face bien les choses», s. BAR AMG Bd. 259, Stuppa an Louvois, Solothurn 14.9.1671.

⁶⁹ BAR AMG Bd. 259, Stuppa an Louvois, Bern 19.9.1671.

⁷⁰ Daniel Burckhardt (?–1674), vgl. Zurlauben, HM (Bd. III), S. 144.

⁷¹ BAR AMG Bd. 260, Stuppa an Louvois, Basel 26.10.1671.

⁷² U.a. über Sury: «Sy le Roy avoyt un homme comme luy dans chaque canton l'on pouroit presque s'asseurer que tout y iroit tousjours bien pour son service, outre qu'il y a

Unterstützer direkt mit der Teilhabe an königlichen Patronageressourcen (Hauptmannstellen).⁷³ Die vermittelten Ressourcen waren sowohl eine Investition zur Stärkung der französischen Parteien in der Eidgenossenschaft als auch der Beziehung zwischen Patronagebroker Stuppa und seinen begünstigten Klienten.

Die eidgenössischen Orte als (schwierige) Verhandlungspartner

Die Tatsache, dass Johann Peter Stuppa in knapp vier Monaten 43 neue Kompanien anwerben und nach Frankreich abschieken konnte, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Unterhändler auf seiner Mission mit diversen Problemen konfrontiert war, die er gegenüber dem Kriegsminister auch laufend thematisierte. Zum einen empfand Stuppa die politische Verfasstheit der Eidgenossenschaft als hindernd, zum anderen kam es zu Störversuchen gegen seinen Auftrag.

Eine Rückmeldung, die sich durch die gesamte Korrespondenz zwischen Stuppa und Louvois hindurchzieht, ist diejenige zur Schwerfälligkeit der eidgenössischen Entscheidungsfindung: Ob in Bern, Freiburg oder Solothurn, die Verhandlung musste immer zwei Gremien, den Kleinen und den Grossen Rat, passieren, was in Stuppas Wahrnehmung stets (zu) viel Zeit kostete. Erst wenige Tage vor Ort, wies Stuppa bereits pauschal darauf hin: «Ces affaires dans les républiques ne sauroient aller que fort lentement à cause qu'il faut rendre conte de tout au conseil et lorsque le premier conseil a résolu une chose il faut en assembler encore un autre de plus de deux cents personnes.»⁷⁴ Einziger Lichtblick war Basel, wo die Beschlüsse in einem kleinen

du crédit beaucoup, c'est qu'il fait ces choses d'une hauteur que l'on n'a pas accoutumée d'en user aussy en ces pays icy.», s. BAR AMG Bd. 259, Stuppa an Louvois, Solothurn 17.9.1671. S. auch die Zitate weiter oben.

⁷³ Nebst den bereits Genannten u.a. auch Verwandte von Fidel von Thurn, s. BAR AMG Bd. 260, Louvois an Stuppa, Saint-Germain-en-Laye 14.10.1671; Stuppa an Louvois, Freiburg 16.11.1671.

⁷⁴ BAR AMG Bd. 259, Stuppa an Louvois, Bern 18.8.1671. Auch wenig später, Bern meinent: «Ce sont des longueurs en ce pays incroyables. Il fault pour resoudre la moin-

Gremium gefasst und danach den beiden Räten einfach zur Kenntnis gebracht wurden: «Il n'y a que Basle dans toute la Suisse qui traite les bourgeois de la belle manière. Il y a un conseil de 13 principaux qui résolvent toute chose et n'assemblent leur petit et grand conseil que pour leur dire ce qu'ils ont résolu.»⁷⁵

Die Städteorte und besonders Bern bezeichnete Stuppa, wie zitiert, in einem negativen Sinn als «républiques» und als «estats populaires»,⁷⁶ womit er sich ganz selbstverständlich der französischen Republikanismus-Kritik des 17. Jahrhunderts bediente.⁷⁷ Seine Beobachtungen lesen sich als grundsätzliche Kritik insbesondere an den Grossen Bürgerräten, da sich diese Gremien aus einem grossen Kreis von Personen mit divergierenden Interessen und Loyalitäten zusammensetzten und darum von aussen wenig kontrollierbar waren. Auf eine kritische Haltung hin deuten Formulierungen wie «la manie du deux cents à Berne»⁷⁸ oder die Hervorhebung der Gegensätzlichkeit der beiden bernischen Räte: «Le premier conseil qui est de 24, qui sont les principaux [...] les deux cents qui sont toute sorte de bourgeois et qui sont des esprits farouches»;⁷⁹ ebenso der Vergleich der Bürger mit zu zähmenden Tieren: «la bourgeoisie de cette ville qui sont des bestes farouches qu'il faut

dre petite difficulté en rendre conte au conseil. [...] il est impossible dans les estats populaires d'aller plus vite», s. Stuppa an Louvois, Bern 27.8.1671; immer noch zu Bern: «l'on ne sauroit s'imaginer de combien de sortes de contretemps il y a à esuyer parmy ces estats populaires», s. Stuppa an Louvois, Bern 22.9.1671; zu Freiburg: «après qu'on assemblera celui de deux cents sans lequel l'on ne fait rien en Suisse», s. Stuppa an Louvois, Freiburg 3.9.1671; zu Solothurn: «le chagrin que j'ay que les choses aillent si lentement en ce pays. Ils sont obligés d'observer des formalitez qu'on ne sauroit éviter», s. Stuppa an Louvois, Solothurn 16.9.1671; die Eidgenossenschaft meinent: «en ce pays, il est bien difficile d'aller vite avec tous ces petits et grands conseils», s. BAR AMG Bd. 260, Stuppa an Louvois, Basel 28.10.1671.

⁷⁵ BAR AMG Bd. 260, Stuppa an Louvois, Basel 28.10.1671.

⁷⁶ BAR AMG Bd. 259, Stuppa an Louvois, Bern 27.8.1671.

⁷⁷ S. Thomas Maissen, Die Geburt der Republic. Staatsverständnis und Repräsentation in der frühneuzeitlichen Eidgenossenschaft, Göttingen 2006, S. 84–93.

⁷⁸ BAR AMG Bd. 259, Stuppa an Louvois, Freiburg 3.9.1671.

⁷⁹ BAR AMG Bd. 259, Stuppa an Louvois, Bern 22.9.1671.

dra un peu de temps pour les aprivoiser».⁸⁰ Missbilligung, ja die Anzeige von Illegitimität kommt zum Ausdruck, wenn sich Stuppa über die ungehörige politische Partizipation der Berner Bürger beschwerte, die seinen Auftrag gefährdete:

quoyque j'eusse parole presque de tous les principaux que j'obtiendrois cette levée, je me suis veu cent fois à la veille que je ne ferois rien par mille sottises raisons qu'il est permis jusques aux savettiers [Schuhflecker, KK] de prosner dans tous les carefours et [...] ce qui me faisoit le plus de paine estoit quand j'entendois dire que ces peuples, presque d'une comune voix disoyent qu'il ne falloit rien faire sans une assemblée des cantons.⁸¹

Die Aussicht auf Verhandlungen mit den Landsgemeindeorten erschien Stuppa noch schlimmer: «Sy j'allois dans les petits cantons ce seroit bien pis ou chaque paysan veut venir apuier avec sa besche à la main.»⁸² Auf eine Reise in die Landsgemeindeorte wollte er darum gänzlich verzichten, im Vertrauen darauf, dass an Werbungen interessierte Personen ihn in Luzern aufsuchen würden. Am Beispiel von Schwyz ging Stuppa detaillierter auf die Landsgemeindeorte ein, wobei er die Teilhabe der Bauern an den politischen Entscheidungsprozessen, die Wirkungslosigkeit von demokratisch verteilten Pensionen und das umständliche Versammlungsprozedere thematisierte:

tous les paysans que l'on apelle les comunes sont apellés pour délibérer et [...] la voix du dernier paysan vaut autant que celle des chefs et [...] tout l'argent que l'on donne est distribué à un tant pour chaque teste. Ce qui fait que difficilement ils consentent à rien que pour de l'argent et ce que je trouve encore de fort fascheux avec eux s'est que pour faire quelque chose il faut des longueurs insupportables parce que il les faut faire advertir aux prônes pour la feste en suivant, mais pour réussir il faut aller de vilage en vilage pour leur faire comprendre quelque chose.⁸³

⁸⁰ BAR AMG Bd. 260, Stuppa an Louvois, Solothurn 18.10.1671.

⁸¹ BAR AMG Bd. 259, Stuppa an Louvois, Freiburg 3.9.1671.

⁸² BAR AMG Bd. 259, Stuppa an Louvois, Freiburg 10.9.1671.

⁸³ BAR AMG Bd. 260, Stuppa an Louvois, Solothurn 18.10.1671. An anderer Stelle explizierte Stuppa zum Versammlungsprozedere: «comme ils ne veulent pas perdre un jour de travail de la campagne, cela ne se peut faire que de dimanche prochain en 15 jours. Il faut le premier [dimanche] le faire dire dans les prônes de toutes les paroisses; le

Dass die Inneren Orte nur gegen Bezahlung zu Entscheidungen zu bewegen waren, ist eine weitere in der Korrespondenz wiederkehrende Beobachtung.⁸⁴ Auch in diesem Zusammenhang urteilte Stuppa pauschal. Truppen gab es nur gegen Geld: «les petits cantons protestent fort qu'ils ne donneront point de monde sans les pensions.»⁸⁵ Stuppa ärgerte sich über diese Haltung, da gerade die Orte mit dem geringsten Output an Kompanien die grössten Geldforderungen stellten. Pensionenzahlungen an die bekanntermassen Spanien zugeneigten Innerschweizer betrachtete er darum als reine Verschwendung. Er monierte, die Orte würden Frankreich für Geld zwar alles versprechen, sobald die Pensionen jedoch ausblieben, Frankreich mit dem Truppenrückruf und ihren Offizieren bei Ungehorsam mit Güterbeschlagnahmung drohen. Mit dem Hinweis «il est vray que leurs soldatz sont meilleurs et plus méritans que les autres» lieferte Stuppa jedoch eine Begründung, weshalb mit den Inneren Orten trotzdem eine Einigung gesucht werden sollte.⁸⁶

Neben Faktoren, die sich aus der Verfasstheit und politischen Kultur der Orte ergaben, erwähnte Stuppa schliesslich auch Personen und Personengruppen, die seine Mission gezielt zu behindern versuchten. Als gegen seinen Auftrag gerichteten Störversuch von aussen taxierte Stuppa die Präsenz des spanischen Botschafters in Luzern, der bei seinen Bündnispartnern die Austeilung von Pensionen und spanische Truppenwerbungen ankündigte und damit die Attraktivität der französischen Werbung zu mindern suchte. Auch Holland trat auf den Plan, indem es «par des lettres continuelles» die reformierten Orte von Neurekrutierungen für Frankreich abzuhalten suchte. Für etwas Aufruhr sorgte ausserdem das (haltlose) Gerücht, ein holländischer Gesandter mit Geld würde zwecks Verhandlungen durch die Schweiz reisen.⁸⁷

second il faut leur dire la matière pourquoy l'on a convoqué l'assemblée, et la disposer et le 3e l'on s'assemble pour delibérer», s. Stuppa an Louvois, Luzern 3. 10. 1671.

⁸⁴ BAR AMG Bd. 260, Stuppa an Louvois, Freiburg 16. 11. 1671.

⁸⁵ BAR AMG Bd. 259, Stuppa an Louvois, Bern 19. 9. 1671.

⁸⁶ BAR AMG Bd. 260, Stuppa an Louvois, Luzern 3. 10. 1671.

⁸⁷ BAR AMG Bd. 259, Stuppa an Louvois, Bern 27. 8. 1671; Stuppa an Louvois, Freiburg 10. 9. 1671.

Als störend für sein Geschäft registrierte Stuppa ausserdem die reformierten Geistlichen.⁸⁸ In Bern predigten die «ministres du plat pays»⁸⁹ von der Kanzel gegen die neuen französischen Kompanien und zugunsten der verfolgten Religionsgenossen in Frankreich – was aber dem grossen bernischen Andrang zur Werbung keinen Abbruch tat. Stuppa stellte fest, dass auch die Geistlichen Parteigänger auswärtiger Mächte und empfänglich für deren finanzielle Anreize waren: «un peu d'argent que les Hollandois donnent fait tout cela.»⁹⁰

Fazit

Insgesamt zielte das französische Vorgehen zwischen 1665 und 1671 darauf ab, den eidgenössischen Söldneretat für Kriegszwecke aufzustocken, ohne dafür den vollen Preis bezahlen zu müssen. Mit der Aushebung von rund 10 000 Mann zum vertraglich geregelten Soldtarif von fünf und sechs Ecus (statt wie bis anhin sieben Ecus) gelang dem Offizier Johann Peter Stuppa scheinbar ohne viel Mühe, was zuvor dem diplomatischen Vertreter Mouslier und mit Truppenreformen nicht hatte gelingen wollen: eine auf ein grosses Söldnerkontingent angewendete Tarifsenkung, die die Akzeptanz der eidgenössischen Orte (oder zumindest einer namhaften Zahl) fand. Damit stellte die Werbemission nicht nur hinsichtlich der Vergrösserung der eidgenössischen Anteile in der französischen Armee einen Erfolg dar, sondern trug auch zur Schonung des französischen Militärbudgets bei.⁹¹ Die französische Strategie spekulierte erfolgreich darauf, dass sich das über den Militärdienst vermittelte Netzwerk Stuppas in der Eidgenossenschaft aktivieren lassen würde und sich die entscheidenden eidgenössischen Partner vor Ort mit der

⁸⁸ Zur Rolle von reformierten Geistlichen in den Aussenbeziehungen siehe den Beitrag von Sarah Rindlisbacher in diesem Band.

⁸⁹ BAR AMG Bd. 259, Stuppa an Louvois, Bern 19.9.1671.

⁹⁰ BAR AMG Bd. 259, Stuppa an Louvois, Bern 22.9.1671.

⁹¹ Die Tarife der Stuppa-Kapitulation sollten von nun an gelten, die Verhandlungen hatten damit langfristige Auswirkungen auf den Verdienst eidgenössischer Söldner, s. EA (Bd. 6.2/1), S. 708 (Art. g).

Aussicht auf Teilhabe an französischen Patronageressourcen an Bord holen lassen würden.

Wie bei manchen Mittlerfiguren in der Frühen Neuzeit liess und lässt sich die Figur Johann Peter Stuppa bezüglich seiner Zugehörigkeit nicht klar festlegen – und vielleicht liegt gerade darin der Schlüssel zu seinem Erfolg. Von Zeitgenossen und von der Historiografie wurde er stets als «Grison»⁹² oder «Suisse»⁹³ wahrgenommen und etikettiert – beides nicht ganz unberechtigt und doch nicht ganz treffend, kam seine Familie doch aus einem Bündner Untertanengebiet und war er seit 1659 im Besitz des Basler Bürgerrechts. Zugleich verbrachte Stuppa jedoch den grössten Teil seines Lebens in Frankreich bzw. in französischen Diensten, heiratete eine französische Adlige, wurde vom König nobilitiert und nahm den in Frankreich vorherrschenden Glauben an. Auch in seinen Briefen während seiner Mission in der Eidgenossenschaft liess er zwar Insiderwissen einfließen, nahm in seiner Beschreibung der Verfasstheit der einzelnen Orte jedoch eine dezidiert französische Perspektive ein. Dass bei Stuppa äussere Zuschreibung und «gefühlte» (respektive als solche kommunizierte) Nationalität nicht unbedingt übereinstimmen, deutet sich in einer Briefstelle an, in der Stuppa für sich eine Form des Heimwehs thematisierte: «s'il y a peu de quantités de Suisses qui meurent d'envie de retourner à leur pays, s'il falloit que je restasse encore peu de temps en ce pays je mourrois d'envie de retourner en France.»⁹⁴

Katrin Keller, Lic. phil., Universität Bern, Historisches Institut, Länggassstrasse 49, CH-3012 Bern, katrinkeller@gmx.net

⁹² U. a. Zurlauben, HM (Bd. I), S. 142, 299, (Bd. VII), S. 130.

⁹³ In Zusammenhang mit Glarner Pensionenforderungen: «ils croyent que parce que je suis Suisse», s. BAR AMG Bd. 260, Stuppa an Louvois, Luzern 3. 10. 1671.

⁹⁴ BAR AMG Bd. 260, Stuppa an Louvois, Freiburg 28. 11. 1671.

«Ces misérables gouvernemens Républiquains»

Zum Blick französischer Gesandter auf die Regierungsformen der eidgenössischen Orte (erste Hälfte 18. Jahrhundert)

Andreas Affolter

«Ces misérables gouvernemens Républiquains». How the French Ambassadors Perceived the Governments of the Swiss Cantons (First Half of the 18th Century)

The article examines how the French ambassadors to the Swiss Confederacy perceived and described the political systems of the Swiss cantons in the early 18th century. It analyses how the diplomats categorized the various systems and how they assessed the respective forms of government regarding the quality of governance. The second part shows the implications these assessments had on the French ambassadors' negotiations with the Swiss republics. The analysis of negotiation practices reveals that the different political cultures of the Swiss cantons led to divergent communicative practices being adopted in dealing with them.

In der Alten Eidgenossenschaft trafen auswärtige Gesandte auf politische Systeme, die ihnen aufgrund der grossen Anzahl der an der Regierung beteiligten Personen oft sehr fremdartig erschienen. So meinte etwa ein französischer Botschafter kurz nach seiner Ankunft in seiner Residenz in Solothurn, die Eidgenossenschaft sei unter anderem aufgrund ihrer Regierungsform ganz anders als alle andern Länder.¹ Ein französischer Resident in Genf behauptete sogar: «On se gouverne tout autrement dans les Républiques Suisses que partout ailleurs.»²

1 Schweizerisches Bundesarchiv (BAR), Paris Archi, Bd. 177, 367.1 (MAE, CP Suisse, Bd. 297, fol. 54), Jean-Louis d'Usson, Marquis de Bonnac, an Ludwig XV., Solothurn, 12.11.1727: «Ce pays, Sire, est différent de tous les autres autant par sa situation que par la constitution de son gouvernement particulier et des loix et des alliances différentes.»

2 BAR, Genf, Bd. 28, 1.2.3 (MAE, CP Genève, Bd. 39, fol. 1), François Cadiot de La Closure an Charles-Jean-Baptiste de Fleuriau d'Armenonville, Comte de Morville, Genf, 6.1.1725: «On se gouverne tout autrement dans les Républiques Suisses que partout ailleurs.»

Unter all den Vertretungen fremder Mächte in der Eidgenossenschaft war die französische Ambassade in Solothurn die bedeutendste und dauerhafteste. Praktisch ununterbrochen schickten die französischen Könige vom frühen 16. Jahrhundert bis zum Ende des Ancien Régime Gesandte im Rang eines Botschafters in die Eidgenossenschaft – Ausdruck der grossen Bedeutung, die sie den Beziehungen zu den Orten zumassen. Während viele Aspekte der eidgenössisch-französischen Beziehungen gut erforscht sind, existieren allerdings kaum spezifische Studien zur Wahrnehmung der Ambassadoren auf die politischen Systeme der Kantone.³ Diese Lücke versucht der vorliegende Beitrag für die erste Hälfte des 18. Jahrhunderts zu schliessen. Er untersucht, wie die französischen Gesandten in der Eidgenossenschaft die scheinbar so fremdartigen Regierungsformen der Orte beschrieben, und fragt danach, inwiefern sich die politische Verfassung auf die Verhandlungspraxis der Gesandten auswirkte.

Um die Beschreibungen der Regierungsformen besser einordnen zu können, wird in einem ersten Schritt näher auf die Akteure eingegangen, von denen sie stammen: auf die französischen Ambassadoren. Status und Laufbahn der Gesandten, Verflechtungen vor Ort und Arten des Transfers von Wissen über die Eidgenossenschaft werden dabei kurz skizziert. In einem zweiten Schritt wird dargelegt, wie die französischen Gesandten die eidgenössischen Orte kategorisierten beziehungsweise welche Regierungsformen sie ihnen zuordneten. Drittens wird betrachtet, wie die Gesandten die unterschiedlichen Regierungsformen hinsichtlich der Qualität der Staatsführung und allgemeinen Wohlfahrt beurteilten. Das letzte Kapitel rückt schliesslich das Verhandeln mit republikanisch verfassten Gemeinwesen in den Fokus.

³ Eine Ausnahme bietet Christian Windler, *Diplomatie als Erfahrung fremder politischer Kulturen. Gesandte von Monarchen in den eidgenössischen Orten (16. und 17. Jahrhundert)*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 32/1 (2006), S. 5–44. Siehe zudem: Andreas Würigler, *Die Tagsatzung der Eidgenossen. Politik, Kommunikation und Symbolik einer repräsentativen Institution im europäischen Kontext (1470–1798)*, Epfendorf 2013 (*Frühneuzeit-Forschungen* 19), S. 477–484.

Die französischen Ambassadoren in der Eidgenossenschaft

Die Botschafter, durch die sich die französischen Könige in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts in der Eidgenossenschaft repräsentieren liessen, entsprachen durchaus den Anforderungen, die im Ancien Régime an Gesandte erster Klasse gestellt wurden.⁴ Sie entstammten dem höheren französischen Adel, verfügten über standesspezifisches Wissen sowie gute Beziehungen zu wichtigen Akteuren am Hof und hatten sich meist bereits im Königsdienst bewährt: Einige der Gesandten hatten dem König vor ihrer Ambassade in Solothurn als hohe Offiziere in der Armee oder als Mitglieder von Parlements und *Maîtres des Requêtes* gedient. Andere konnten bereits auf bemerkenswerte diplomatische Karrieren zurückblicken, die sie an verschiedene Höfe Europas geführt hatten.⁵

Für die Gesandten bedeutete jede Mission an einem neuen Einsatzort, sich mit neuen Akteuren und unbekannten politischen Systemen auseinanderzusetzen. Um den designierten Gesandten das notwendige Wissen über ihren neuen Wirkungsort zu vermitteln, hatten sich am französischen Hof

⁴ Siehe zu den Anforderungen an einen Botschafter im Ancien Régime: Hillard von Thiessen, *Diplomatie vom type ancien*. Überlegungen zu einem Idealtypus des frühneuzeitlichen Gesandtschaftswesens, in: ders., Christian Windler (Hg.), *Akteure der Aussenbeziehungen. Netzwerke und Interkulturalität im historischen Wandel*, Köln/Weimar/Wien 2010 (Externa 1), S. 471–503, hier S. 488–490.

⁵ Unter den französischen Ambassadoren in der Eidgenossenschaft konnten in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts auf eine militärische Karriere zurückblicken: Roger Brulart, Marquis de Sillery et de Puyieux, Charles François de Vintimille, Comte Du Luc, und Claude-Théophile de Bésiade, Marquis d'Avaray. Eine diplomatische Laufbahn vorzuweisen hatte Jean-Louis d'Usson, Marquis de Bonnac, der zuvor bereits am polnischen und spanischen Hof sowie in Konstantinopel gedient hatte. Jacques-Dominique de Barberie, Marquis de Courteille, und René-Louis de Voyer d'Argenson, Marquis de Paulmy, waren vor ihrem Amtsantritt in Solothurn *Maîtres des Requêtes*. Siehe die Kurzbiografien in Georges Livet (Hg.), *Suisse. Bd. 1, Les XIII cantons, avec une introduction générale et des notes*, Paris 1983 (*Recueil des instructions données aux ambassadeurs et ministres de France* 30).

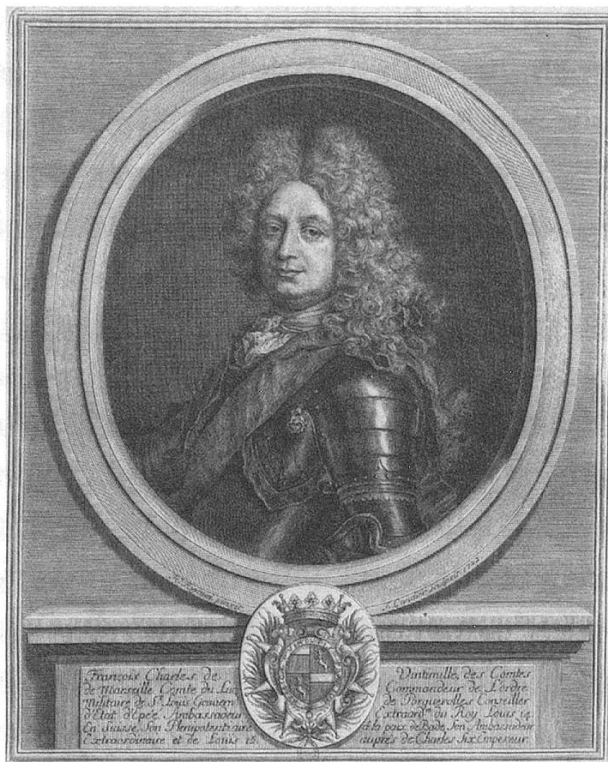


Abb. 1: Charles-François de Vintimille, Comte Du Luc (1653–1740). Französischer Ambassador in der Eidgenossenschaft von 1709 bis 1715, Erster französischer Bevollmächtigter beim Friedenskongress in Baden 1714, Kupferstich von Jacques Cundier nach einem Porträt von Hyacinthe Rigaud.

Bibliothèque nationale de France.

verschiedene Praktiken etabliert.⁶ So waren alle abtretenden Gesandten aufgefordert, eine Schlussrelation zu verfertigen, in der sie über alles berichten sollten, «qui peut donner une connoissance particulière des lieux où ils auront esté employés et des personnes avec lesquelles ils auront négocié».⁷ Diese Schlussrelationen wurden den angehenden Gesandten zur Verfügung gestellt und fanden ab Beginn des 18. Jahrhunderts auch Eingang in ihre Instruktionen. Um sich auf ihre Mission vorzubereiten, war es den neuen Ambassado-

⁶ Siehe für das Folgende: Andreas Affolter, *Verhandeln mit Republiken. Die französisch-eidgenössischen Beziehungen im frühen 18. Jahrhundert*, Köln/Weimar/Wien 2017 (Externa 11), S. 178–187.

⁷ *Mémoire pour servir d'instruction au Sieur Amelot* [1688], in: Livet, Suisse, S. 123.

ren des Weiteren auch erlaubt, Einsicht in die Akten ihrer Vorgänger zu nehmen. Noch wichtiger als dieser über schriftliche Medien vermittelte Wissenstransfer waren für die angehenden Gesandten aber mündliche Unterredungen. Von ihren Vorgängern in Solothurn, ihren Botschaftssekretären und weiteren Angestellten der Ambassade vor Ort wurden sie über die wichtigsten Gegebenheiten informiert.

Das Bild, das sich neue Gesandte vom politischen System der Eidgenossenschaft machten, war allerdings nicht nur ein durch französische Quellen und Akteure vermitteltes. Sobald der König einen neuen Ambassador für die Eidgenossenschaft ernannt hatte, wurde dieser nämlich von den sich am Hof befindenden Schweizer Solddienstoffizieren sofort in Beschlag genommen und mit Informationen über den zukünftigen Wirkungsort eingedeckt. Auch die Eidgenossen versuchten also, den designierten Gesandten noch vor Antritt ihrer Mission eine bestimmte Sicht auf die Schweizer Verhältnisse zu vermitteln.

Dies setzte sich fort, sobald die Gesandten in Solothurn angelangt waren: In praktisch jedem Ort unterhielten die Ambassadoren meist auf Ressourcentausch basierende Beziehungen zu einflussreichen Akteuren, die sie durch regelmässige Schreiben über das lokale Geschehen auf dem Laufenden hielten, dabei aber teilweise auch grundsätzlichere Fragen zum politischen System der Eidgenossenschaft erörterten. Aus allen Ecken der Eidgenossenschaft erhielten die Ambassadoren damit ständig neue Deutungsangebote zum Wesen der Orte und ihren Regierungen. Wie sie diese dann selbst beschrieben, wird im folgenden Kapitel dargestellt.

Kategorisierung der Orte

Die französischen Ambassadoren in der Eidgenossenschaft traten kaum in Erscheinung als Autoren bedeutsamer Werke über die politische Verfassung der Orte und deren Regierungen. Eine wirkmächtige Staatsbeschreibung der Eidgenossenschaft, wie sie 1714 etwa der englische Gesandte Abraham Stan-

yan mit seinem *Account of Switzerland* vorlegte,⁸ sucht man unter den Schriften der französischen Gesandten vergeblich. Weder in internen Denkschriften zuhänden des Hofes noch in publizierten Werken setzten sich die Ambassadoren eingehender mit den unterschiedlichen Regierungsformen der eidgenössischen Orte auseinander. Sich in derartigen Staatsbeschreibungen zu ergehen, stellte etwa nach Botschafter Jean-Louis d'Usson, Marquis de Bonnac, schlicht keine Notwendigkeit mehr dar, war doch im frühen 18. Jahrhundert das Wissen um die Eidgenossenschaft und ihre verschiedenen Regierungsformen in zahlreichen gedruckten Büchern, «qui se trouvent entre les mains de tout le monde», greifbar.⁹

Die Kategorisierungen der eidgenössischen Regierungsformen, die in den Denkschriften und Korrespondenzen der Ambassadoren vereinzelt auftauchen, orientieren sich denn auch meist an der klassischen Einordnung, die etwa bereits Josias Simler im 16. Jahrhundert vorgenommen hatte:¹⁰ Die Landsgemeindeorte werden als demokratisch, die Städteorte als aristokratisch bezeichnet.

Während die Ambassadoren allerdings die Landsgemeindeorte durchgehend als Orte mit «reiner» demokratischer Regierungsform bezeichneten, machten einige bei den Regierungen der Städteorte Unterschiede aus und nahmen differenziertere Kategorisierungen vor. So meinte etwa Ambassador Roger Brulart, Marquis de Puysieux, in seinem grossangelegten *Mémoire sur la Suisse* von 1708: «Le gouvernement de quelques-uns des cantons et de leurs alliés est aristo-démocratique, pour ainsi dire. Celui de quelques autres est purement démocratique. Il y en a aussi parmi eux qui se gouvernent

⁸ Abraham Stanyan, *An Account of Switzerland, Written in the Year 1714*, London 1714. Zu Stanyan siehe: Beatrice Bucher, *Abraham Stanyan 1705–1714. Die englische Diplomatie in der Schweiz zur Zeit des spanischen Erbfolgekrieges*, Zürich 1951.

⁹ BAR, Paris Archi, Bd. 189, 287.3 (MAE, CP Suisse, Bd. 324, fol. 157), Jean-Louis d'Usson, Marquis de Bonnac, *Mémoire pour rendre compte de mon ambassade en Suisse*, Mai 1736: «Je n'entreray point dans un détail de la Suisse ni de ses différents gouvernements, ils sont décrits avec assés d'exactitude dans des livres imprimés et qui se trouvent entre les mains de tout le monde.»

¹⁰ Thomas Maissen, *Die Geburt der Republic. Staatsverständnis und Repräsentation in der frühneuzeitlichen Eidgenossenschaft*, Göttingen 2006 (Historische Semantik 4), S. 64.

aristocratiquement.»¹¹ De Puyzieux schob also zwischen die rein demokratischen und rein aristokratischen Orte eine dritte Kategorie, die der aristodemokratischen Regierungen. In seinen folgenden Ausführungen ging er allerdings nicht weiter auf die unterschiedlichen Ausprägungen ein und griff auch den Begriff «aristodemokratisch» nicht mehr auf, so dass vorerst unklar bleibt, woran er die Unterscheidung festmachte. Erst in den Beschreibungen der einzelnen Orte wird deutlich, wie de Puyzieux das Kontinuum von reiner Demokratie zu reiner Aristokratie verstand. Grundsätzlich galt für den französischen Gesandten: Je grösser das Gremium, das einen effektiven Anteil am Regierungsgeschehen hat, desto demokratischer der Ort – eine Festlegung, die zu einigen ziemlich überraschenden Resultaten führte.

Während de Puyzieux erwartungsgemäss alle Landsgemeindeorte als «entièrement démocratique»¹² bezeichnet, galt ihm unter den Städteorten nämlich nur Solothurn als «entièrement aristocratique». Dies, weil die Regierungsgeschäfte hier gemäss dem Gesandten faktisch in den Händen von fünf bis sechs Personen lagen.¹³ Tatsächlich war Solothurn während der Ambassade de Puyzieux' zu Beginn des 18. Jahrhunderts wohl derjenige eidgenössische Ort, in dem die Machtkonzentration am stärksten ausgeprägt war: Der Grosse Rat hatte in der Stadtrepublik im Verlauf des 17. Jahrhunderts völlig an Bedeutung verloren und trat in den Jahrzehnten um 1700 gewöhnlich nur noch zweimal jährlich zusammen. Die Regierungsgewalt lag im Kleinen Rat, der zu dieser Zeit zu einem rein patrizischen Kollegium geworden war. Im Geheimen Rat, dem siebenköpfigen und von Schultheiss Johann Viktor I.

11 Roger Brulart de Puyzieux, *Mémoire sur la Suisse* (1708), in: Jean de Boislisle (Hg.), *Les Suisses et le marquis de Puyzieux, ambassadeur de Louis XIV (1698–1708)*. Documents inédits précédés d'une notice historique, Paris 1906, S. 21–63, hier S. 23.

12 «Le gouvernement du canton d'Uri est entièrement démocratique, comme celui de tous les autres cantons populaires ; c'est-à-dire que, dans ceux d'Uri, de Schwytz, d'Unterwald, de Zug, de Glaris et d'Appenzell, toutes les affaires principales se traitent et se décident par l'avis des communes.» Brulart de Puyzieux, *Mémoire sur la Suisse*, S. 50.

13 «Le gouvernement est entièrement aristocratique, et, pourvu qu'on soit assuré de cinq ou six des principaux de l'Etat, on est sûr des délibérations qui s'y prennent.» Ebd., S. 57.

von Besenval dominierten Gremium der Stadthäupter, liefen alle Fäden der Macht zusammen.¹⁴

Anders sah die Situation in Bern aus, wo es dem Grossen Rat in den 1680er Jahren gelungen war, nach einer Phase relativer Bedeutungslosigkeit wieder an Einfluss zu gewinnen: Etwa dreimal pro Woche trat der Grosse Rat in Bern zusammen und hatte bedeutende Mitspracherechte.¹⁵ Weil nun also in Bern, wie auch in Freiburg, praktisch alle Geschäfte im Grossen Rat entschieden wurden, bezeichnete de Puysieux die beiden Orte als «presque démocratique»¹⁶. Die in späteren Beschreibungen sonst oft als Aristokratie *par excellence* gehandelte Republik Bern¹⁷ geriet aus dieser Perspektive also fast in die Nähe der Landsgemeindeorte.

Die Bruchlinie zwischen aristodemokratischen und aristokratischen Orten verläuft bei de Puysieux also nicht zwischen Patriziats- und Zunftorten, wie etwa bei Stanyan. Stattdessen war für den französischen Ambassador ausschlaggebend, welche Bedeutung dem Grossen Rat zukam. Je nach dem Gewicht dieses Gremiums erschienen ihm die städtischen Aristokratien mehr oder weniger demokratisch.

Beurteilung der Regierungsformen

Wie erwähnt äusserten sich die französischen Gesandten des 18. Jahrhunderts kaum je in grundsätzlicher und analytischer Art und Weise über die Vor- und Nachteile der spezifischen Regierungsformen der eidgenössischen

¹⁴ Bruno Amiet, Hans Sigrist, Solothurnische Geschichte, Bd. 2. Stadt und Kanton Solothurn von der Reformation bis zum Höhepunkt des patrizischen Regimes, Solothurn 1976, S. 472–482.

¹⁵ Richard Feller, Geschichte Berns, Bd. 3. Glaubenskämpfe und Aufklärung. 1653 bis 1790, Bern/Frankfurt a.M. 1974, S. 114 f.

¹⁶ «Le gouvernement de MM. de Fribourg est presque démocratique, ressemblant entièrement à celui de Berne, et tout se décidant par le conseil qu'ils appellent les Deux-Cents, qui est composé de tous les tribunaux.» Brulart de Puyzieulx, Mémoire sur la Suisse, S. 57.

¹⁷ Siehe dazu Nadir Weber, Eine vollkommene Aristokratie? Debatten um die Regierungsform Berns im 18. Jahrhundert, in: Berner Zeitschrift für Geschichte 75/1 (2013), S. 3–38.

Orte. Generelle Verurteilungen der demokratischen oder aristokratischen Regierungsform finden sich kaum in den Schriften der Ambassadoren. Gelegentlich vermerkten sie zwar, dass in den Landsgemeindeorten der geringste Bewohner Anteil an der Regierung habe¹⁸ oder dass in den Versammlungen der demokratischen Orte Herr und Knecht die gleichen Vorrechte hätten.¹⁹ Dabei handelt es sich allerdings meist um nüchterne Feststellungen, die eher von Erstaunen als Empörung zeugen.

Zuweilen wurden der Demokratie neben all den scheinbar keiner weiteren Erläuterung bedürftigen Nachteilen sogar gewisse Vorzüge zugeschrieben. So heisst es in einem französischen *Mémoire* von 1735: «Cette sorte de gouvernement est sujette à nombre d'inconvénients, mais excellent pour amener chaque particulier à déffendre avec vigueur leur liberté quand elle est menacée.»²⁰ Die fast allgemeine Teilhabe an der Regierung führte gemäss dieser Sichtweise also zu einer erhöhten Bereitschaft, die Freiheit des mitregierten Gemeinwesens im Notfall zu verteidigen.

Auch bezüglich der Auswirkungen der Regierungsform auf die Qualität der Regierungstätigkeit ist von den Ambassadoren nicht allzu viel zu vernehmen. Die Form der Regierung erschien ihnen als eher nebensächlich, sahen sie doch vielmehr in der Konfession den entscheidenden Unterschied zwischen gut und schlecht regierten Orten. Die Konfession schob sich also noch vor die Regierungsform, wenn es darum ging, die Wohlverfasstheit eines Ortes zu erklären. So heisst es etwa bei Ambassador de Puysieux: «Les protestants de Suisse [...] ont plus d'économie et d'application à enrichir leurs Etats, [...] ils ont plus de règle et d'exactitude dans l'administration de leur gouvernement intérieur.»²¹ Ähnlich klingt es beim Botschafter Claude-Théophile de Bésiade, Marquis d'Avaray, der meinte, es gäbe zwischen den Refor-

18 BAR, Paris Archi, Bd. 377, 403.2 (MAE, CP Suisse, Bd. 298, fol. 116), de Bonnac an Ludwig XV., Solothurn, 3.12.1727: «Le gouvernement de chacune de ces souverainetés est entre les mains d'environ deux cens personnes et dans les Cantons qu'on appelle populaires le moindre habitant y a sa part.»; BAR, Paris Archi, Bd. 176, 109.4–110.1 (MAE, CP Suisse, Bd. 294, fol. 172), d'Avaray, Relation sur la Suisse [1726].

19 «Dans leurs assemblées quelquefois tumultueuses; le maître et le valet jouissent des mêmes prérogatives.» Zit. nach: Livet, Suisse, S. CXXVII.

20 Zit. nach: ebd., S. CXXVII.

21 Brulart de Puyzieulx, *Mémoire sur la Suisse*, S. 27.

mierten mehr Gleichförmigkeit in ihrer Regierung, mehr Folgerichtigkeit in ihrem Verhalten und grössere Ressourcen als bei den Katholiken.²²

Eine Ausnahme unter den Gesandten stellte in dieser Hinsicht Ambassador Pierre de Buisson, Chevalier de Beauteville, dar. Auch er sprach zwar im Zusammenhang mit den reformierten Orten von einem Verhalten, das von Einheit, Prinzipien und System gekennzeichnet sei. Das *corps catholique* hingegen zeichne sich durch Trägheit, Nachlässigkeit, wenig Weitsicht und wenig Konzertierung aus. Allerdings führte de Beauteville diese unterschiedlichen Qualitäten der Regierungen nicht auf die Konfession zurück, sondern auf die Regierungsform. Die Vorzüge der reformierten Orte begriff er explizit als «les ressources d'un gouvernement aristocratique sage». Die Mängel bei den katholischen Orten lastete er hingegen unter anderem der demokratischen Ausgestaltung ihrer Regierung an – ungeachtet der Tatsache, dass längst nicht alle katholischen Orte gleich verfasst waren.²³

Auch hinsichtlich der Unberechenbarkeit und Tumulthaftigkeit der demokratischen oder aristokratischen Entscheidungsgremien fanden die Ambassadoren keine nennenswerten Unterschiede. So galten ihnen die Landsgemeinden zwar erwartungsgemäss als tumultuöse Veranstaltungen, die oft unvorhergesehene Resultate mit sich brachten.²⁴ Auf die gleiche Weise beschrieben die Gesandten allerdings auch die Ratssitzungen der aristokratischen Orte.²⁵ Gerade der Rat der stark aristokratisch geprägten Republik Bern galt den französischen Gesandten als besonders anfällig für launenhafte

22 BAR, Paris Archi, Bd. 176, 110.4 (MAE, CP Suisse, Bd. 294, fol. 172); d'Avaray, Relation sur la Suisse [1726]: «Il y a entre les membres de ce Corps plus d'uniformité dans le Gouvernement, plus de suite dans leur conduite, et plus de ressources que parmi les Catholiques.»

23 «Autant il y a d'union, de principes, de système en un mot, toutes les ressources d'un gouvernement aristocratique sage dans le Parti protestant, autant le Corps catholique montre-t-il d'indolence, de négligence, de peu de prévoyance et de concert, ce qui provient de l'administration démocratique, [...]» Chevalier de Beauteville, 1767, zit. nach: Livet, Suisse, S. CXXVIII.

24 «Dans leurs assemblées quelquefois tumultueuses [...]» Zit. nach: ebd., S. CXXVII.

25 BAR, Paris Archi, Bd. 170, 327.1 (MAE, CP Suisse, Bd. 277, fol. 238), d'Avaray an Ludwig XV., Solothurn 14.6.1719.

Entscheide.²⁶ Letztlich verfüge jede eidgenössische Regierung, so Ambassador de Bonnac, über eine «constitution incertaine et presque tumultueux».²⁷

Unberechenbarkeit und Unbeständigkeit waren also die herausragenden Merkmale, die nach den französischen Gesandten auf alle eidgenössischen Polyarchien zutrafen, ob sie nun aristokratisch oder demokratisch regiert waren.²⁸

Verhandeln mit Republiken

Inwiefern wirkte sich die unterschiedliche Regierungsform der eidgenössischen Orte auf die Verhandlungsführung der französischen Gesandten aus? Grundsätzlich traten für die Ambassadoren die Gegensätze zwischen Demokratie und Aristokratie hinter dem Gegensatz von Monarchie und Polyarchie zurück. Die eidgenössischen Orte waren für die Ambassadoren primär Gemeinwesen, die von «vielen» regiert wurden. So meinte etwa Botschafter de Bonnac pauschalisierend: «Le Corps [helvétique] est composé de treize Souverainetés sans compter ses alliés, [...]. Le gouvernement de chacune de

²⁶ Mémoire pour servir d'instruction au S^r Marquis d'Avaray lieutenant général des armées du Roy, allant en Suisse en qualité d'ambassadeur de Sa Majesté [1716], in: Livet, Suisse, S. 221: «les délibérations souvent tumultueuses du Con[sei]l de Berne»; MAE, CP Suisse, Bd. 50, fol. 205r, Melchior Harod de Senevas, Marquis de Saint-Romain, an Simon Arnould, Marquis de Pomponne, Solothurn 19.4.1674: «Mais on ne peut pas s'asseurer de rien dans un Gouvernement aussi tumultueux et aussi emporté que l'est celui de Berne.»; BAR, Genf, Bd. 25, 20.2.1 (MAE, CP Genève, Bd. 34, fol. 70).

²⁷ BAR, Paris Archi, Bd. 345, 10.1.1 (MAE, MD Suisse, Bd. 16, fol. 177), de Bonnac, Mémoire sur la Suisse, 1733.

²⁸ Siehe etwa BAR, Paris Archi, Bd. 168, 53.4 (MAE, CP Suisse, Bd. 267, fol. 105), d'Avaray, Mémoire, Juni 1716: «Les changements journaliers que chaque Canton peut recevoir dans son gouvernement particulier par les différents chefs qui sont en place.»; BAR, Paris Archi, Bd. 189, 109.1 (MAE, CP Suisse, Bd. 323, fol. 218), de Bonnac, Mémoire sur quelques personnes considérables qui ont part au Gouvernement des Suisses, 9.2.1737: «Le Gouvernement de chaque Canton en particulier est sujet à tant de variation qu'on ne sçauroit écrire rien de fixe sur la manière dont on y fait réussir les affaires.»

ces souverainetés est entre les mains d'environ deux cens personnes.»²⁹ Seine Aussage bezieht sich explizit auf die Städte- und die Länderorte. Dem Ambassador erschien es also kaum von Bedeutung, dass sich in einigen aristokratisch regierten Orten der Grosse Rat nur aus hundert Personen zusammensetzte, an den Landsgemeinden hingegen mehr als tausend Personen partizipierten. Entscheidend war allein, dass es *viele* waren.

Verhandlungspartner für die Ambassadoren waren allerdings in demokratisch wie aristokratisch regierten Orten längst nicht alle, die Anteil an den Regierungsgeschäften hatten. Gemäss de Bonnac wurden nämlich alle eidgenössischen Polyarchien, seien es Aristokratien oder Demokratien, von jeweils nur fünf oder sechs bedeutenden Männern geleitet und geführt. Es reiche deshalb vollkommen aus, meinte er, nur mit diesen zu verhandeln.³⁰ Es seien diese Parteiführer, die «Chefs de parti», die durch ihre Intrigen alles leiteten, was sich in den Orten abspiele.³¹

Um in der Eidgenossenschaft erfolgreich zu verhandeln, galt es für die französischen Gesandten also, die fünf bis sechs wichtigsten Männer jedes Ortes zu identifizieren und sie, wenn möglich, für die französischen Interessen zu gewinnen. Dies geschah in erster Linie durch den Aufbau von Patron-Klient-Beziehungen, also «personale[n], dauerhafte[n], asymmetrische[n] und reziproke[n] Tauschbeziehungen».³² Tatsächlich lässt sich beobachten, dass die französischen Gesandten versuchten, mit den einflussreichsten Män-

²⁹ BAR, Paris Archi, Bd. 377, 403.2 (MAE, CP Suisse, Bd. 298, fol. 116), de Bonnac an Ludwig XV., Solothurn 3.12.1727.

³⁰ «Il est vray, Sire, que tous ces gouvernemens où tant de gens influent sont ordinairement conduites et dirigés par cinq ou six des principaux, et qu'il suffit de traiter avec ceux-cy.» BAR, Paris Archi, Bd. 377, 403.2 (MAE, CP Suisse, Bd. 298, fol. 116), de Bonnac an Ludwig XV., Solothurn 3.12.1727.

³¹ BAR, Paris Archi, Bd. 189, 109.1 (MAE, CP Suisse, Bd. 323, fol. 218), de Bonnac, Mémoire sur quelques personnes considérables qui ont part au Gouvernement des Suisses, 9.2.1737: «Ce sont les Chefs de parti qui conduisent par des intrigues particulières et à eux connües tout ce qui s'y fait, et ce sera de ceux là seulement dont on fera les caractères dans ce mémoire.»

³² Hillard von Thiessen, Diplomatie und Patronage. Die spanisch-römischen Beziehungen 1605–1621 in akteurszentrierter Perspektive, Epfendorf 2010 (Frühneuzeit-Forschungen 16), S. 234.

nern der eidgenössischen Orte derartige Tauschbeziehungen aufzubauen beziehungsweise weiterzupflegen. Die eidgenössischen Klienten versorgten die Ambassadoren dabei mit Informationen aus ihren Orten und setzten sich dort für die Interessen der französischen Krone ein. Im Gegenzug kamen sie in den Genuss königlicher Patronageressourcen, meist in der Form von Pensionen, Solddienststellen, Orden oder Adelstiteln. In den aristokratischen und demokratischen Orten funktionierten diese Ressourcentauschbeziehungen grundsätzlich nach dem gleichen Muster, weshalb es für die Ambassadoren kaum einen Unterschied machte, ob sie ihre Geschäfte mit dem Landmann eines Landsgemeindeortes oder mit dem Schultheissen einer Stadtrepublik verhandelten.³³

Auf die Art und Weise der Verhandlungen über personale Beziehungen wirkte sich die Regierungsform der eidgenössischen Orte also kaum aus. Eine grössere Bedeutung spielte nach den Erfahrungen der Ambassadoren hingegen auch auf diesem Gebiet die Konfession. So hatte sich besonders in den reformierten Städteorten seit der Reformation ein «Ideal des Nicht-Verflochtenseins» herausgebildet,³⁴ das die Pflege einer Gabentauschbeziehung zu fremden Gesandten für die Magistraten zu einer heiklen Angelegenheit machte. Dies lag zum einen daran, dass in diesen Orten die Entgegennahme fremder Gelder unter Androhung strengster Strafen verboten war. Zum andern stand die auf einer partikularen Ebene stattfindende Kommunikation von Magistraten zu fremden Gesandten unter Überwachung. Kontakte mit Botschaftsangehörigen wurden argwöhnisch beobachtet. Wer Beziehungen zu fremden Gesandten unterhielt, machte sich grundsätzlich angreifbar und riskierte, von seinen Gegnern als Pensionär fremder Fürsten oder Verräter von Staatsgeheimnissen diskreditiert zu werden.³⁵

³³ Siehe als Beispiel für das Netzwerk eines Ambassadors etwa Affolter, *Verhandeln mit Republiken*, Kap. 3.

³⁴ Siehe dazu: Birgit Emich, Nicole Reinhart, Hillard von Thiessen, Christian Wieland, *Stand und Perspektiven der Patronageforschung*. Zugleich eine Antwort auf Heiko Drosste, in: *Zeitschrift für historische Forschung* 32/2 (2005), S. 233–265, hier S. 263–265. Der Begriff stammt von Hillard von Thiessen.

³⁵ Siehe zur unterschiedlichen Akzeptanz personaler Bindungen zu fremden Gesandten in den eidgenössischen Orten Affolter, *Verhandeln mit Republiken*, S. 123–136.

Trotz der Schwierigkeiten, mit denen fremde Gesandte beim Aufbau personaler Bindungen in den reformierten Städteorten zu kämpfen hatten, gelang es ihnen auch dort, mit verschiedenen der wichtigsten Magistraten Gabentauschbeziehungen einzugehen.³⁶ Die unterschiedliche politische Kultur in den Orten führte allerdings zu unterschiedlichen kommunikativen Praktiken. So konnten partikulare Unterredungen zwischen reformierten Ratsherren und Angehörigen der Ambassade nur unter großen Sicherheitsvorkehrungen im Geheimen stattfinden. In der schriftlichen Kommunikation sahen sich reformierte Korrespondenten gezwungen, diverse Sicherungsmaßnahmen zu ergreifen, um ihre Briefwechsel mit der Ambassade geheim zu halten.³⁷

Die spezifischen Voraussetzungen des Verhandelns in der Eidgenossenschaft wurden von den Ambassadoren meist dann reflektiert und gegenüber ihren Auftraggebern betont, wenn die Verhandlungen mit den jeweiligen Orten nicht nach ihrem Willen verliefen. In solchen Fällen rückten die Ambassadoren allerdings weder die Konfession noch die Regierungsform ins Zentrum ihrer Ausführungen. Vielmehr war es allgemein die polyarchische Staatsform der eidgenössischen Orte, die bei solchen Gelegenheiten ins Feld geführt wurde, um bestimmte Schwierigkeiten in den Verhandlungen zu erklären. In derartigen Fällen gerieten die französischen Gesandten zuweilen auch in antirepublikanische Aufwallung. So liess etwa Ambassador d'Avaray nach einer nicht wunschgemäss verlaufenen Ratssitzung in Bern seiner Empörung freien Lauf. Man sehe nun, meldete er erbost an den Hof, «à quel

³⁶ Um die Pensionenverbote zu umgehen, ersetzten fremde Gesandte Geldgeschenke teilweise durch andere, erlaubte Patronageressourcen: Mit Salzkonzessionen, Pferden und Hunden, Titeln und Orden sowie Offiziersstellen im Solddienst versuchten sie, die Magistraten der reformierten Städteorte an sich zu binden. Zur Aufrechterhaltung langfristiger Beziehungen eigneten sich diese Ressourcen allerdings nur bedingt, oder sie verloren im Verlauf des 17. und 18. Jahrhunderts aufgrund neuer Gesetze an Bedeutung. Trotz ihres Verbots blieben Pensionen im 18. Jahrhundert deshalb auch in den reformierten Städteorten die bedeutendste Patronageressource zur Aufrechterhaltung personaler Beziehungen. Siehe ebd., S. 127.

³⁷ Siehe dazu ebd., S. 151–169.

excès d'extravagance ces misérables gouvernemens Républiquains sont capables de se porter».³⁸

Wenn französische Ambassadoren also die Andersartigkeit und das spezifisch republikanische der eidgenössischen Regierungen thematisierten, konnte dies auch einfach dazu dienen, das Scheitern der eigenen Verhandlungen zu entschuldigen.³⁹

Schlusswort

Seit dem frühen 16. Jahrhundert residierten französische Ambassadoren in der Eidgenossenschaft. Bis zum 18. Jahrhundert hatte sich ihr Bild von den eidgenössischen Orten und den Formen ihrer Regierungen verfestigt, nicht zuletzt aufgrund der etablierten Praktiken des Wissenstransfers, die verhinderten, dass neue Botschafter die Eidgenossenschaft mit unvoreingenommenem Blick wahrnahmen und beschrieben. Von einem blossen Wiedergeben empfangenen Wissens kann allerdings nicht gesprochen werden; in einem «Käfig ihres Pseudo-Vorwissens»⁴⁰ steckten die französischen Gesandten nicht. Vielmehr waren sie durchaus in der Lage, ihre Beschreibungen sich verändernden Begebenheiten anzupassen. So registrierte etwa de Puysieux die Machtverschiebungen zwischen Grossen und Kleinen Räten in den Orten sehr genau, was dazu führte, dass er das unter die Familienherrschaft der Besenval gelangte Solothurn als einzige eidgenössische Republik als vollstän-

³⁸ BAR, Paris Archi, Bd. 174, 513.1 (MAE, CP Suisse, Bd. 290, fol. 77), d'Avaray an Ludwig XV., Solothurn 14.3.1725: «Le mémoire [...] que je joins ici en original, fera connoître à V. M. à quel excès d'extravagance ces misérables gouvernemens Républiquains sont capables de se porter.»

³⁹ Vgl. Windler, *Diplomatie als Erfahrung*, S. 5.

⁴⁰ In einem solchen Käfig sieht Volker Reinhardt die Nuntien in der Eidgenossenschaft gefangen. Laut Reinhardt hatten die Nuntien kaum eine Chance, mit ihrem schweren Gepäck des Vorwissens, über die importierten Stereotypen hinauszudringen und sich ein Bild von der wahren Beschaffenheit des Landes zu machen. Siehe Volker Reinhardt, *Nuntien und Nationalcharakter. Prolegomena zu einer Geschichte nationaler Wahrnehmungstereotype am Beispiel der Schweiz*, in: Alexander Koller (Hg.), *Kurie und Politik. Stand und Perspektiven der Nuntiaturberichtsforschung*, Tübingen 1998, S. 285–299, Zitat S. 299.

dig aristokratisch darstellte. Wenn die Ambassadoren zudem sowohl Ratssitzungen wie auch Landsgemeinden als tumultuarische Veranstaltungen beschrieben, entsprang diese Darstellung nicht bloss einer antirepublikanischen Grundhaltung, sondern entsprach oft den Tatsachen beziehungsweise deckte sich mit den Darstellungen ihrer eidgenössischen Gewährsmänner vor Ort.⁴¹

Der Blick der französischen Gesandten auf die Regierungsformen der eidgenössischen Orte war somit zwar ohne Zweifel durch ihren Herkunftskontext und das ihnen vermittelte Vorwissen geprägt; eigene Beobachtungen und Erfahrungen flossen aber in ihr Bild der Eidgenossenschaft durchaus mit ein.

Andreas Affolter, Dr. phil., Thunstrasse 113, CH-3006 Bern, and.affolter@gmail.com

⁴¹ Für die Darstellung einer Landsgemeinde siehe z.B. BAR, Paris Archi, Bd. 178, 132.1–134.2, Josef Anton Reding an de Bonnac, Schwyz 19.5.1728; für eine Ratsversammlung in Bern: ebd., Bd. 174, 516.1–517.1, Hieronymus von Erlach an d'Avaray, [Bern] 14.3.1725.

Un prince prussien pour la Suisse ?

La réponse royaliste du diplomate neuchâtelois Jean-Pierre de Chambrier d'Oleyres face aux révolutions helvétiques (1798–1815)*

Nadja Ackermann

A Prussian Prince as Head of Switzerland? The Royalist Answer of a Diplomat from Prussian Neuchâtel to the Revolutionary Upheavals in Switzerland (1798–1815)

This essay sheds light on how Jean-Pierre de Chambrier d'Oleyres (1753–1822), a diplomatic actor from Neuchâtel, an allied territory of the Old Swiss Confederacy, then representing the Prussian king in Switzerland, followed the revolutionary developments in the Helvetic Republic and the Swiss Confederation. It shows how Chambrier d'Oleyres attempted to seize on the changes ushered in by the revolution to link the destinies of Switzerland and Prussia by establishing a sort of stadtholder in Switzerland. The essay then probes to what extent Chambrier d'Oleyres was able to put this plan into practice as he took part in the discussions over the constitutional reorganisation of Switzerland at the long Federal Diet of 1814–1815.

«Comment établiriez-vous un gouvernement central? [...] Quel est l'homme assez accrédité parmi vous par ses talents et ses services?»¹ En posant cette question en décembre 1802 lors de la Consulte convoquée à Paris, Napoléon Bonaparte était en bonne compagnie. Parmi les observateurs extérieurs régnait l'image d'une Suisse géostratégiquement centrale mais complètement décentralisée d'un point de vue constitutionnel. Les princes européens qui voulaient conclure un traité avec les membres du Corps helvétique pour recruter des mercenaires suisses – leur principal intérêt dans la région – devaient se préparer à des négociations extrêmement onéreuses en temps et

* Je remercie Jean-Claude Waquet pour ses commentaires et Maud Harivel pour les corrections linguistiques du texte.

¹ Napoléon Bonaparte, Allocution aux cinq députés de la Suisse le 11 décembre 1802, in: Correspondance de Napoléon I^{er}, publiée par ordre de l'empereur Napoléon III, vol. 8, Paris 1861, pp. 163–167.

en argent.² L'invasion de l'armée française en mars 1798, entraînant l'effondrement des structures fédératives, souligna douloureusement du côté suisse les faiblesses de celles-ci. Pourtant, la République helvétique, érigée sur les débris du Louable Corps des XIII cantons, s'avéra être une chimère éphémère. Conçu d'après le modèle français de 1795, l'Etat centralisé fut construit sur une base branlante dès la pose de la première pierre. En moins de deux ans, la République helvétique fut secouée par quatre coups d'Etat. Ces échecs devinrent le point de départ d'une nouvelle construction constitutionnelle. Mais les architectes n'arrivaient pas à se mettre d'accord : Etat centralisé ou union d'Etats décentralisée? Ce débat fut tranché en dehors de la Suisse par des acteurs étrangers qui ne se contentèrent pas de le suivre avec attention mais, au contraire, participèrent activement aux négociations.

A l'image du débat parmi les Suisses, les observateurs étrangers faisaient entendre maintes voix différentes. Leurs discussions aboutirent de temps à autre à de curieuses solutions. L'une d'entre elles fut proposée par Jean-Pierre de Chambrier d'Oleyres (1753–1822), ministre de Prusse en Suisse et descendant d'une famille de Neuchâtel. Chambrier d'Oleyres crut avoir trouvé un remède aux troubles révolutionnaires qui secouaient la République helvétique quand il écrivit à son maître Frédéric-Guillaume III: «Un Prince qui fût lié par le sang à Votre Majesté, [...] ce seroit sous [de] tels auspices que la Suisse pourroit retrouver son repos et son bien être par la conciliation des partis qui la déchirent, et obtenant de l'Europe une considération [...] que ses divisions intestines et des circonstances funestes lui ont fait perdre».³ Un prince prussien aurait-il pu sauver la République helvétique? Aussi étrange que cela puisse paraître à nos yeux, l'idée de sortir de l'impasse révolutionnaire par une voie monarchique semblait être l'unique solution pour certains observateurs. Puisque, au tournant du XVIII^e siècle, l'ordre monarchique était loin d'être démodé⁴, Chambrier d'Oleyres ne fut pas le seul à envisager une tête couronnée pour un Corps helvétique restauré.

² Andreas Affolter, *Verhandeln mit Republiken. Die französisch-eidgenössischen Beziehungen im frühen 18. Jahrhundert*, Köln 2017 (Externa 11).

³ Geheimes Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz (désormais: GStPK), I. HA, Rep. 11, Akten, Nr. 10128, fol. 71–72.

⁴ Dieter Langewiesche, *Monarchy – Global. Monarchical Self-Assertion in a Republican World*, in: *Journal of Modern European History* 15 (2017), S. 280–307.

Dans cet article, l'analyse de la mission diplomatique de Jean-Pierre de Chambrier d'Oleyres nous permet d'éclaircir dans un premier temps le point de vue d'un acteur diplomatique, au service d'un prince européen et provenant d'un canton allié de la Confédération, sur les événements en Suisse. Dans un deuxième temps, nous expliquons comment, dans le cadre d'un scénario révolutionnaire, Chambrier d'Oleyres essaya de lier le sort de la Suisse à celui de la Prusse par l'intermédiaire d'un prince prussien – un arrangement avant tout favorable à la principauté de Neuchâtel. Nous démontrons enfin, dans un troisième temps, dans quelle mesure Chambrier d'Oleyres profita de sa fonction d'envoyé prussien à la longue Diète en 1814 pour proposer ses idées lors des débats sur la nouvelle Constitution suisse.

Un regard neuchâtelois sur la Suisse

A première vue, il semble aller de soi qu'un envoyé diplomatique du roi de Prusse propose une solution monarchique. Mais un bref coup d'œil sur la biographie de l'envoyé en question nous invite à réviser notre première impression: il semble que son projet soit moins l'expression des convictions d'un serviteur de la monarchie que le résultat des réflexions d'un noble étroitement lié à sa patrie, c'est-à-dire la principauté de Neuchâtel.

Jean-Pierre de Chambrier d'Oleyres était né le 4 octobre 1753 à Neuchâtel.⁵ Il était l'unique fils survivant de l'officier Charles-Louis de Chambrier (1690–1770) et le petit-fils du puissant conseiller d'Etat et maire de Neuchâtel, Jean-Pierre Brun d'Oleyres (1681–1757). De son grand-père,

⁵ La carrière diplomatique de Jean-Pierre de Chambrier d'Oleyres fait l'objet d'un projet de recherche financé par le FNS et intitulé provisoirement «Sattelzeit der Diplomatie? Politische Semantiken und Verhandlungspraktiken in der Carrière diplomatique von Jean-Pierre de Chambrier d'Oleyres (1753–1822)». Sur la carrière diplomatique de Chambrier d'Oleyres, cf. Eddy Bauer, *Chambrier d'Oleyres et la politique helvétique de la Prusse en 1814 et 1815*, in: *Musée neuchâtelois* 40 (1953), pp. 3–18; Nadir Weber, *Zwei preussische Diplomaten aus Neuchâtel. Jean de Chambrier und Jean-Pierre de Chambrier d'Oleyres zwischen Fürstendienst, Familieninteressen und Vaterlandsdiskursen*, in: *xiii.ch. Jahrbuch der Schweizerischen Gesellschaft für die Erforschung des 18. Jahrhunderts* 3 (2012), pp. 142–157.



Abb. 1: Jean-Pierre de Chambrier d'Oleyres (1753–1822) comme gouverneur de Neuchâtel, peinture à huile vers 1816.

Bibliothèque publique et universitaire, Neuchâtel.

Chambrier d'Oleyres hérita non seulement le prénom, mais également le domaine d'Oleyres, situé dans le bailliage bernois d'Avenches dans le Pays de Vaud. De par son lieu de naissance, Chambrier d'Oleyres était sujet du roi

de Prusse, devenu prince de Neuchâtel depuis 1707. Il appartenait à une branche de la famille de Chambrier qui avait soutenu les ambitions politiques de la maison de Brandebourg en 1707 et qui, par la suite, devint un important point d'appui de la domination prussienne à Neuchâtel. Attestée à Neuchâtel depuis le XVI^e siècle, la famille de Chambrier était toujours représentée dans l'administration locale et notamment au Conseil d'Etat. Une carrière au sein de l'administration neuchâteloise était également en vue pour Jean-Pierre de Chambrier d'Oleyres.

Cependant, pendant son séjour à l'académie des nobles à Turin de 1775 à 1777, le jeune Chambrier d'Oleyres prit la décision de ne point poursuivre une carrière locale. En se tournant vers le service diplomatique des rois de Prusse, il aspirait à suivre les traces de son parent Jean de Chambrier (1686–1751), qui fut ministre prussien à la cour de Versailles pendant trente ans. A cette fin, Chambrier d'Oleyres se rendit à Berlin en été 1779. Au bout de quelques mois, il réussit effectivement à profiter de son statut de «neveu» de Jean de Chambrier pour se hisser au premier rang dès qu'un poste diplomatique devint vacant. En février 1780, Frédéric II le nomma envoyé extraordinaire et plénipotentiaire à la cour de Sardaigne. Pendant une vingtaine d'années, Chambrier d'Oleyres représenta la Prusse à Turin. Ce ne fut qu'en 1798, lorsque le roi de Sardaigne Charles-Emanuel IV (1751–1819) dut s'exiler, que Chambrier d'Oleyres retourna à Neuchâtel. Il y fut alors accompagné par son neveu Frédéric-Alexandre (1785–1856) qu'il venait d'adopter en 1797 – Chambrier d'Oleyres ne fut jamais marié et n'eut aucun enfant naturel – pour le préparer à sa succession. Bien que Chambrier d'Oleyres restât formellement accrédité auprès du roi de Sardaigne pendant six ans, il prêtait de plus en plus attention aux événements qui troublaient la Suisse voisine et par conséquent menaçaient la principauté de Neuchâtel.

En 1805, Chambrier d'Oleyres fut officiellement accrédité auprès de la Confédération suisse. Cela se fit à la demande du gouvernement suisse qui depuis longtemps considérait le Neuchâtelois comme la clef d'accès au puissant protecteur du nord de l'Europe. En effet, dès son entrée dans la carrière diplomatique en 1780, Chambrier d'Oleyres entretenait des relations avec des magistrats suisses et en particulier – à cause du fief bernois d'Oleyres – avec des magistrats de la République de Berne. En agissant ainsi, Chambrier d'Oleyres poursuivait une tradition familiale: en effet son grand-père maternel, Jean-Pierre de Brun d'Oleyres, avait été en étroite correspon-

dance avec d'influents magistrats de la ville de l'Aar. De ce fait, Frédéric Guillaume I^{er} (1688–1740) l'avait chargé en 1733 des négociations avec la République bernoise.⁶ L'exemple de Brun d'Oleyres illustre bien à quel point dans un territoire exposé et toujours inquiet pour sa sécurité, la frontière entre relations personnelles et relations politiques était floue. Du point de vue des élites neuchâteloises, le remède au problème sécuritaire résidait depuis toujours dans la reconnaissance de leur alliance confédérale avec la Suisse voisine.

Dès son séjour à Turin, Chambrier d'Oleyres n'avait laissé passer aucune occasion de mettre à profit ses relations privilégiées avec la cour de Berlin afin de promouvoir les intérêts de sa patrie en matière de sécurité ainsi que ceux de sa propre famille. Faisant d'une pierre deux coups, il procura, par exemple, à son cousin Jean-François de Chambrier (1740–1813) le poste de conseiller de légation prussien en Suisse: cette charge devait permettre à Jean-François, d'une part, de multiplier les liens de la famille en Suisse et d'autre part, de renforcer les relations entre la Prusse et la Suisse.⁷ De plus, Chambrier d'Oleyres tenta à plusieurs reprises de réaffirmer le statut helvétique de la principauté par la conclusion de traités – signés par la Prusse ou par les cantons mais surtout reconnus par les autres puissances – qui devraient faire état de l'appartenance de Neuchâtel à la Suisse.⁸

A travers ses tentatives, Chambrier d'Oleyres poursuivait les efforts des Neuchâtelois qui, depuis le début du XVIII^e siècle, essayaient intensivement de renforcer les liens avec la Suisse, indispensables en matière de sécurité

⁶ Nadir Weber, *Lokale Interessen und grosse Strategien. Das Fürstentum Neuchâtel und die politischen Beziehungen der Könige von Preussen (1707–1806)*, Köln 2015 (Externa 7), pp. 301–303.

⁷ Jean-François de Chambrier fut chargé d'inventorier les Archives d'Etat de Neuchâtel. S'intéressant à l'histoire du pays, il fut en correspondance avec un grand nombre de personnes en Suisse, cf. Alfred Schnegg, *Jean-François de Chambrier et le classement des anciennes archives neuchâteloises*, in: *Musée neuchâtelois* 14 (1977), pp. 63–78. Je remercie Christophe d'Epagnier de m'avoir indiqué cet article.

⁸ Ernst Oppliger, *Neuenburg, die Schweiz und Preussen 1798–1806*, in: W. Oechsli (et al.) (éds), *Schweizer Studien zur Geschichtswissenschaft*, Zürich 1914/15, pp. 469–591.

militaire et de développement économique du pays.⁹ Pour soutenir de telles démarches, la rédaction de mémoires formait un important moyen de communication politique du côté neuchâtelois: ainsi, dans le cadre du renouvellement de l'alliance entre la France et les cantons suisses en 1777, les *Recherches sur l'indigénat helvétique de la principauté de Neuchâtel et Valangin* du conseiller d'Etat Jérôme-Emmanuel Boyve (1713–1810) sortirent des presses. Boyve formula, entre autres, des arguments géographiques et politiques afin de démontrer l'appartenance de Neuchâtel à l'ancienne Confédération. Toutefois, le cœur de son argumentation s'appuie sur des raisonnements historiques tirés de la *Chronique des chanoines* – ouvrage considéré comme authentique alors, mais dont nous connaissons aujourd'hui le caractère purement fictif.

Pendant longtemps, les tentatives neuchâteloises ne furent pas couronnées de succès. Il fallut attendre la crainte d'une France révolutionnaire pour rallier les Suisses aux idées neuchâteloises. L'intérêt de la Suisse à la meilleure protection stratégique possible à l'ouest permit enfin aux Neuchâtelois d'atteindre leur objectif: en 1792, le Neuchâtelois et envoyé extraordinaire du roi de Prusse, Louis de Marval (1745–1803), réussit à faire inclure Neuchâtel dans le *Neutralitätsbezirk* suisse.¹⁰ Mais la joie fut de courte durée. L'effondrement du louable Corps helvétique et la fin de l'indépendance des cantons en 1798 rendit non seulement obsolète l'inclusion dans ladite neutralité mais de plus, elle mit fin aux anciennes combourgeoisies, si essentielles à la sécurité de la principauté.

L'ambiance était donc tendue quand, en décembre 1798, Chambrier d'Oleyres quitta Turin pour se rendre à sa résidence de campagne à Cormondrèche près de Neuchâtel. Pourtant, ses expériences diplomatiques ainsi que ses lectures lui avaient enseigné à observer le monde à travers l'optimisme du siècle des Lumières et à tirer le meilleur parti de chaque

9 Weber, *Lokale Interessen*; et *idem*, *Vom Nutzen einer prekären Lage. Das Fürstentum Neuchâtel, seine auswärtigen Protektoren und die preussische Distanzherrschaft*, in: T. Haug / *idem* / C. Windler (éds), *Protegierte und Protektoren. Asymmetrische politische Beziehungen zwischen Partnerschaft und Dominanz (16. bis frühes 20. Jahrhundert)*, Wien 2016, pp. 311–326. Weber démontre comment les Neuchâtelois surent profiter de leur double affiliation pour faire valoir leurs intérêts.

10 *Ibid.*

situation. Conformément à cette façon de penser, le Neuchâtelois vit rapidement en la révolution helvétique une chance à saisir. Il esquaissa un scénario qui, selon lui, offrirait une situation avantageuse aussi bien pour la Prusse, que pour Neuchâtel et la Suisse: il s'agissait de mettre un prince prussien à la tête du Corps helvétique qui, quant à lui, devait renaître de ses cendres.

Un prince prussien pour la Suisse

Pour son scénario, de Chambrier d'Oleyres s'inspira d'une pétition de quelques magistrats du jeune canton du Léman. Ces derniers, après que Frédéric-César de La Harpe (1754–1838) fut chassé par le coup d'Etat du 7 janvier 1800, envisagèrent d'unir le Léman à Neuchâtel afin de bénéficier de la protection de l'aigle prussien.¹¹ Lorsque Chambrier d'Oleyres eut vent de ce projet de pétition, il se vit conforté dans son idée: si, après la fin de la seconde guerre de coalition, on donnait une nouvelle Constitution à la République helvétique, celle-là aurait sûrement besoin d'un monarque puissant comme garant qui, pour sa part, pourrait être indemnisé par le droit de choisir un président pour la Suisse selon ses préférences.¹² Quelle puissance était la mieux adaptée à fournir ce garant si ce n'est la Prusse? Le comité exécutif de la République helvétique lui-même n'avait-il pas demandé l'aide de Frédéric-Guillaume III?¹³ Enfin, l'histoire n'avait-elle pas, elle aussi, déjà suggéré une garantie prussienne? Cependant, pour développer ce dernier argument et convaincre le roi, les dépêches officielles n'offraient pas assez de place. C'est pourquoi Chambrier d'Oleyres décida de se servir d'un autre média, déjà éprouvé dans la communication politique par ses compatriotes: le mémoire.¹⁴

11 Archives de l'Etat de Neuchâtel (AEN), Fonds de Chambrier, Journal de Chambrier d'Oleyres, Tome 29, 18.2.1800 (désormais: Journal Tome X, date).

12 Journal Tome 29, 18.2., 27.2., 29.3. et 17.6.1800; GStPK, I. HA, Rep. 11, Akten, Nr. 10128, Fol. 74–75.

13 Journal Tome 29, 29.3.1800.

14 Pour le mémoire en tant que média de communication politique, cf. Weber, Lokale Interessen, pp. 219–225.

En juin 1800, Chambrier d'Oleyres rédigea un *Mémoire sur Casimir, Margrave de Brandebourg-Baireuth*.¹⁵ Ce texte lui servit à justifier son scénario pour la Suisse, déjà esquissé dans ses dépêches officielles, en s'appuyant sur des arguments historiques. Faisant suite à un précédent travail historique, rédigé en réponse à une question de l'Académie des sciences de Berlin, il visait à faire connaître un acteur encore peu présent dans les écrits sur la glorieuse ascension de la maison de Brandebourg: le margrave Casimir de Brandebourg-Kulmbach (1481–1527). D'après Chambrier d'Oleyres, le margrave fut député par l'électeur de Brandebourg au congrès de Bâle en 1499 et joua avec succès le rôle de médiateur entre les parties en litige pendant la guerre de Souabe.¹⁶ De ce fait, Casimir de Brandebourg jouissait d'une telle faveur auprès des Suisses qu'ils semblaient «disposés à le mettre à la tête des troupes qui pourroient être destiné[e]s à garantir leur territoire & l'indépendance qu'il venoit de leur assurer»¹⁷.

En se référant au XV^e siècle, époque pendant laquelle les Suisses auraient déjà envisagé de placer un margrave de Brandebourg à la tête de leur défense, Chambrier d'Oleyres liait astucieusement l'histoire illustre de la Prusse au sort de la Suisse. L'objectif du mémoire sur Casimir était, au moyen d'une louange historique de la dynastie, de solliciter la médiation du roi de Prusse pour régler les conflits suisses à l'aube du XIX^e siècle. Tout comme trois cents ans auparavant, la maison des Hohenzollern devait garantir l'indépendance et l'intégrité suisses. En vue de la stabilité future, on devait, de plus – comme

15 Jean-Pierre de Chambrier d'Oleyres, *Mémoire sur Casimir, Margrave de Brandebourg-Baireuth*, in: *Mémoires de l'Académie Royale des Sciences et Belles-Lettres* 1801, pp. 14–22, version en ligne: <http://bibliothek.bbaw.de/bibliothek-digital/digitalequellen/schriften> (10.03.2017); *Journal* Tome 29, 17.6., 23.6.1800.

16 D'après l'*Allgemeine Deutsche Biographie*, Casimir fut nommé à cette fonction par Maximilien I^{er} du Saint-Empire, Theodor Hirsch, «Kasimir», in: *Allgemeine Deutsche Biographie* 4 (1876), pp. 43–53, version en ligne: <https://www.deutsche-biographie.de/gnd102374090.html#adbcontent> (10.03.2017). Chambrier d'Oleyres connaissait cette version, fautive selon lui, et voulait la corriger, *Journal* Tome 32, 14.1.1804. Il se rangeait donc derrière l'historien genevois Paul-Henri Mallet, qui avait déjà corrigé cette faute dans son *Histoire des Suisses ou Helvétiques: depuis les tems les plus reculés jusqu'à nos jours*, vol. 2, Genève 1803, p. 333.

17 Chambrier d'Oleyres, *op. cit.*, pp. 19–21.

le suggérèrent les dépêches de Chambrier d'Oleyres – réaliser ce qui n'avait pas été mis en place en 1499: un prince prussien devait être placé à la tête des forces militaires suisses et garantir la neutralité helvétique.

Même si Chambrier d'Oleyres ne l'emploie ni dans ses dépêches ni dans son mémoire, le terme de «stathoudérat prussien» proposé par l'historien Roulet exprime clairement l'idée fondamentale du Neuchâtelois.¹⁸ La fonction de stathoudérat, qui au vu des Provinces Unies a un caractère semi-monarchique,¹⁹ aurait été avantageuse selon Chambrier d'Oleyres pour toutes les parties concernées: la Suisse aurait finalement eu un chef fort pour sa défense territoriale et la Prusse aurait gagné en influence sur un pays géostratégiquement important au cœur de l'Europe. Mais avant tout – ce que Chambrier d'Oleyres ne dit pas explicitement – cette solution aurait été bénéfique pour Neuchâtel: la principauté aurait pu non seulement renouer des contacts cruciaux, en termes de sécurité, avec la Suisse, mais elle aurait pu finalement les fortifier et assurer ainsi la domination du roi de Prusse dans la périphérie de sa monarchie. C'est pourquoi, la réponse royaliste de Chambrier d'Oleyres représente moins une prise de position pour un gouvernement monarchique de la part d'un ministre prussien, qu'elle fut la manifestation des intérêts de sécurité de la part d'un aristocrate né dans une principauté pour laquelle l'existence d'une Suisse fédérale et tranquille semblait indispensable.

A Berlin, la suggestion de Chambrier d'Oleyres de placer un Prussien à la tête de la Suisse fut bien accueillie. Il fut invité à poursuivre ses réflexions en secret.²⁰ Le Neuchâtelois avait pris les devants avant de recevoir l'instruction de Berlin. En effet, dès son retour à Neuchâtel en 1798, il était entré en

¹⁸ Louis-Edouard Roulet, *De la Révolution à la Restauration*, in: *Neuchâtel et la Suisse*, ouvrage publié par le Conseil d'Etat de la République et Canton de Neuchâtel à l'occasion du cent cinquantième anniversaire de l'entrée de Neuchâtel dans la Confédération, Neuchâtel 1969, pp. 127–226, ici p. 175.

¹⁹ André Holenstein, Thomas Maissen, Maarten Prak, *Introduction: The Dutch and Swiss Republics Compared*, in: *idem*, *The Republican Alternative. The Netherlands and Switzerland Compared*, Amsterdam 2008, pp. 11–26.

²⁰ *Journal Tome 29*, 22.7. et 11.8.1800.

contact avec des magistrats suisses afin de les convaincre de son idée d'une médiation prussienne.²¹

La mise en œuvre du projet, officiellement poursuivi en silence, sembla de plus en plus urgente à Chambrier d'Oleyres à partir du moment où la rumeur courut que la maison de Habsbourg voulait désigner un grand-duc autrichien au poste de stathouder en Suisse. Le risque d'un tel scénario devint encore plus menaçant lorsqu'en avril 1802, la retraite des armées françaises plongea la République helvétique dans le chaos. Aussi, dans ses dépêches, Chambrier d'Oleyres ne cessait-il de répéter d'une manière pressante que Vienne envisageait de nommer le grand-duc Jean (1782–1859) en tant que chef d'une Confédération suisse modifiée d'après le modèle des Etats-Unis.²² Selon Chambrier d'Oleyres, il était grand temps d'empêcher un tel cas de figure en mettant en place un stathoudérat prussien en Suisse.²³ Afin d'étayer son point de vue, il rédigea de nouveau un mémoire sur Casimir de Brandebourg.²⁴ En décembre 1802, en à peine cinq jours, il écrivit la suite de son mémoire.²⁵

Dans son deuxième mémoire, Chambrier d'Oleyres montrait – en adhérant indirectement à la position de Bonaparte placée en tête de cet article – que les Suisses eux-mêmes ne seraient jamais capables de garantir la paix interne: «quand des projets ambitieux vinrent à séduire les chefs de

²¹ *Ibid.*, 14.9.1799.

²² Journal Tome 30, 21.2.1802. La rumeur d'un grand-duc autrichien courut également lors de la Consulta à Saint-Cloud: Journal Tome 31, 27.12., 31.12.1802 et 13.2.1803; GStPK, I. HA, Rep. 11, Akten, Nr. 10131, sans fol. De plus, on craignit qu'à l'instar de la République cisalpine, Napoléon pût se mettre à la tête de la Suisse, Journal Tome 30, 22.2.1802.

²³ Oppliger, *op. cit.*, p. 519: «politische Ansichten [de Chambrier d'Oleyres' wurzeln] in der anti-österreichischen friedrizianischen Politik, in den Europa umfassenden Plänen Friedrich Wilhelm II. und dessen Minister Hertzberg während der ersten Jahre nach der Gründung des Fürstenbundes».

²⁴ Journal Tome 31, 11.12.1802.

²⁵ Chambrier d'Oleyres, Jean-Pierre, Second Mémoire sur Casimir, Margrave de Brandebourg – Baireuth, in: Mémoires de l'Académie Royale des Sciences 1803, pp. 26–34, version en ligne: <http://bibliothek.bbaw.de/bibliothek-digital/digitalequellen/schriften> (10.03.2017); Journal Tome 31, 13.12. et 18.12.1802.

plusieurs cantons [...] quand enfin des divisions intestines et des querelles sanglantes furent allumées au sein de ces Cantons, par les passions de leurs chefs, alors on perdit de vue le système que le traité de Bâle avait établi.»²⁶ Néanmoins, Chambrier d'Oleyres restait optimiste dans sa correspondance. Même après la proclamation de l'Acte de médiation en 1803, il continua de défendre son point de vue: les Suisses se rendraient finalement compte que seul un chef issu d'une maison neutre serait capable de lui apporter la stabilité. C'est pourquoi il essaya, à travers son mémoire sur le margrave Casimir, d'attirer l'attention de quelques «personnes éclairées de la Suisse» sur l'idée d'un médiateur prussien.²⁷ Et une fois de plus, en janvier 1803, Chambrier d'Oleyres reçut de Berlin l'instruction de ne pas perdre de vue le scénario «Casimir»²⁸.

Cependant, au commencement de l'année 1803, l'idée d'installer un prince prussien à la place d'un stathoudérat suisse perdait en actualité. La proclamation de l'Acte de Médiation mit fin à la parenthèse qu'avait formée l'organisation centralisée de la Suisse. La Suisse retourna à l'union des Etats, à la tête de laquelle – plus directement formulé – se trouva un «stathoudérat français» en la personne du landammann. Théoriquement, la restauration d'une constitution fédérale aurait permis de renouer les anciens liens avec Neuchâtel. Toutefois, plusieurs points de litiges, à savoir la question des dîmes supprimées ou l'exportation de blé, détériorèrent le bon voisinage. La situation fâcheuse de la principauté, située entre la France et une Suisse soumise à la volonté de Napoléon, restait précaire.

Finalement, ce que craignaient depuis longtemps les Neuchâtelois loyaux aux rois de Prusse se produisit: au printemps 1806, par le traité de Paris, Frédéric-Guillaume III céda Neuchâtel à Napoléon. Cet événement représente un moment épineux dans la carrière de Chambrier d'Oleyres, car il fut chargé de remettre – sous le regard sévère d'un buste de Napoléon – le sceptre de la principauté aux mains du commissaire français. L'empereur des Français, dans le cadre de sa politique de gratification, alloua ensuite le nouveau fief impérial au maréchal Louis-Alexandre Berthier (1753–1815).

²⁶ Chambrier d'Oleyres, *op. cit.*, p. 27.

²⁷ Journal Tome 31, 20. 12. 1802.

²⁸ *Ibid.*, 1. 2. 1803.

Restant au service prussien, Chambrier d'Oleyres fut, même après la cession de Neuchâtel, loin de classer son projet d'un stathoudérat prussien. Chaque fois qu'une révision de la Constitution de la Suisse sembla envisageable, il ne manqua pas de rappeler son scénario «Casimir» à Berlin.²⁹ En effet, le changement de domination ne mit pas fin aux projets monarchiques pour la Suisse: dès l'été 1806, la rumeur courut que Neuchâtel serait unie à la Suisse et que Berthier deviendrait souverain du nouvel Etat.³⁰ Si ce plan – dont le résultat aurait été semblable à celui conçu par Chambrier d'Oleyres – ne vit finalement pas le jour, ce serait en raison de l'intérêt de Napoléon à garder un état tampon entre lui et l'Empire autrichien.³¹

En dépit du changement de domination, Chambrier d'Oleyres, toujours au service du roi de Prusse, ne transféra pas sa résidence de Cormondrèche à Berne. Pendant la période de paix, son domicile neuchâtelois ne lui causait aucun problème. Mais avec la déclaration de guerre entre la France et la Prusse en mars 1813, ces liaisons multiples devinrent problématiques. Chambrier d'Oleyres préféra suspendre ses fonctions de ministre public afin de ne pas attirer la méfiance de Napoléon sur la principauté par sa présence à Neuchâtel. Chambrier d'Oleyres ignorait encore qu'il devrait bientôt – à l'instar de son protagoniste historique Casimir – jouer lui-même le rôle de médiateur prussien lors des négociations pour la réorganisation constitutionnelle de la Suisse.

²⁹ Journal Tome 37, 17.7.1809. Le prince héritier de Prusse semblait s'intéresser à Casimir. Pourtant, il faisait semblant de ne pas comprendre l'allusion aux événements actuels, Journal Tome 39, 29.8. et 31.8.1810.

³⁰ Journal Tome 35, 31.7. et 27.8.1806. La rumeur d'installer le nouveau prince neuchâtelois en Suisse courut pendant toute la période de l'Acte de médiation, Journal Tome 36, 1.4.1808; Journal Tome 37, 22.3.1809; Journal Tome 39, 21.12.1809, 30.7. et 16.9.1810.

³¹ Journal Tome 37, 13.7.1809. De plus, il était peu probable que Berthier aspirât à être nommé prince de la Suisse, étant donné qu'il était déjà prince de Wagram, possédant le château de Chambord, et colonel général des Suisses depuis 1809.

La médiation prusso-neuchâteloise

Quand en 1813 la chute de Napoléon devint prévisible et les rapports de forces penchèrent en faveur de la coalition antinapoléonienne, le temps sembla venu pour Neuchâtel de jouer de nouveau la carte prussienne. En novembre 1813, alors que les troupes alliées marchaient vers la France, le gouvernement de la Confédération jugea indispensable de se déclarer neutre. Pourtant, le passage des troupes à travers la Suisse ne pouvait plus être évité. Aussi, propriété du prince français Berthier, la principauté de Neuchâtel risquait-elle l'occupation par les troupes alliées. Dans l'urgence, les conseillers d'Etat de Neuchâtel prièrent Chambrier d'Oleyres de s'engager en faveur de la neutralité de Neuchâtel car, à l'inverse des conseillers, il n'était pas lié à Berthier par serment et pouvait ainsi agir plus librement. La menace immédiate sur Neuchâtel et le fardeau probable des cantonnements conduisirent Chambrier d'Oleyres à renouer avec son rôle de ministre prussien et à solliciter un engagement du roi de Prusse en faveur de son ancienne principauté auprès de ses partenaires d'alliance.³²

Car pour Chambrier d'Oleyres, le constat était sans appel: la sécurité de Neuchâtel dépendait, comme en 1792, de sa participation à la neutralité suisse. Pourtant, une telle participation semblait impensable tant que Neuchâtel restait une principauté française.³³ Lorsqu'il apprit que les alliés acceptaient la neutralité de la Confédération mais estimaient, en même temps, qu'une meilleure gestion des frontières était indispensable pour la garantir, il vit le projet d'une alliance entre la Suisse et Neuchâtel se réaliser avec l'aide des alliés.³⁴ Chambrier d'Oleyres multiplia les démarches en faveur d'un retour de Neuchâtel sous domination prussienne. A cette fin, il mit moins en avant la violation du droit des gens commise par Napoléon que la perspective de revenir aux liens étroits qui avaient existé entre Neuchâtel et la Confédération: grâce à ce rétablissement, argumentait-il, la domination prussienne aurait pu être assurée comme elle l'avait été avant 1798, ce qui

³² Journal Tome 42, 17.11., 25.11. et 2.12.1813.

³³ AEN, Fonds de Chambrier, Correspondance de Jean-Pierre de Chambrier d'Oleyres, Chambrier d'Oleyres à Samuel de Chambrier, Berne le 30.12.1813.

³⁴ *Ibid.*, 25–27.11.1813. Chambrier d'Oleyres n'informa Berlin qu'après coup, *ibid.*, 29.11.1813.

aurait enlevé tout fondement aux raisons qui, en 1806, avaient été avancées pour justifier la cession à la France.³⁵ Cette argumentation fut bien accueillie à Berlin. En décembre 1813, Chambrier d'Oleyres fut informé de la volonté prussienne de reprendre possession de Neuchâtel. La seule condition résidait dans la reconnaissance de la neutralité de la Suisse par les alliés.³⁶ Par la dépêche de Berlin fut donc mit noir sur blanc un élément clé de l'histoire moderne de la principauté: la domination prussienne était étroitement liée à la garantie de la protection suisse et, par conséquent, dépendait de la stabilité intérieure de la Confédération.

Malheureusement, la déclaration d'intention de Berlin n'arriva qu'après l'entrée des troupes alliées. Espérant pouvoir épargner à Neuchâtel le traitement réservé aux pays français ennemis, le conseiller d'Etat et fils adoptif de Chambrier d'Oleyres, Frédéric-Alexandre, avait proposé au Conseil d'Etat, dès avant l'arrivée des Autrichiens, que son père prît possession de Neuchâtel au nom du roi de Prusse. Chambrier d'Oleyres était, selon lui, disposé à franchir le pas, même sans autorisation royale, s'il était soutenu par le Conseil d'Etat.³⁷ Mais le celui-ci rejeta ce plan et décida de tout miser sur la carte suisse. Chambrier d'Oleyres se rendit donc à Berne. Dans la ville de l'Aar, il apprit par les ministres alliés que Neuchâtel deviendrait un canton suisse si le roi de Prusse ne reprenait pas possession de son ancienne principauté.³⁸ C'était exactement le cas de figure que Chambrier d'Oleyres voulait éviter.³⁹ Pour rendre possible la domination prussienne, il chercha donc à reprendre et à intensifier d'anciennes alliances entre Neuchâtel et une Confédération suisse restaurée.⁴⁰ D'autant que ces alliances s'étaient révélées

³⁵ Journal Tome 42, 18.12.1813. De Chambrier d'Oleyres s'appuya sur Georg Friedrich von Martens, *Einleitung in das positive Europäische Völkerrecht auf Verträge und Herkommen gegründet*, Göttingen 1796.

³⁶ Journal Tome 42, 30.12.1813.

³⁷ Journal Tome 42, 22.12.1813.

³⁸ *Ibid.*, 23.12.1813.

³⁹ Nicolas-Frédéric de Mülinen, qui, dans un premier temps, était en faveur d'un cantonnement, dit de Neuchâtel n'avoir «aucune habitude Répub[lique] ayant toujours eu un Prince qui étoit la Clef de la Voute», Journal Tome 42, 23.12.1813.

⁴⁰ *Ibid.*, 8.1., 14.1. et 2.2.1814.

avantageuses à plusieurs reprises dans le passé pour la principauté en favorisant les intérêts locaux à l'échelle européenne.⁴¹

Ayant appris la nouvelle de l'entrée des monarques alliés à Bâle en janvier 1814, Chambrier d'Oleyres se rendit sur le champ dans la ville rhénane. Ce fut là qu'il reçut un rescrit du roi dans lequel il lui annonçait que la Prusse reprendrait possession de Neuchâtel – temporairement jusqu'à la conclusion de la paix.⁴² A l'hôtel *Les Trois Rois*, Chambrier d'Oleyres fut accueilli en audience par Frédéric-Guillaume III qui le désigna, en outre, gouverneur provisoire de Neuchâtel. Chambrier d'Oleyres retourna ensuite à Neuchâtel pour proclamer le retour de la principauté sous la domination prussienne. Cette proclamation lui permit en même temps de passer l'éponge sur une tache sombre de sa carrière diplomatique, advenue huit ans auparavant, quand il avait dû délier les Neuchâtelois de leur serment envers le roi et céder leur pays à Napoléon.⁴³

En mars 1814, Chambrier d'Oleyres eut l'occasion de faire avancer son projet d'une alliance étroite entre Neuchâtel et la Suisse: le roi de Prusse voulait l'accréditer auprès de la Diète helvétique afin qu'il pût contribuer à la conclusion du Pacte fédéral avec ses collègues impériaux. Mais étant depuis peu gouverneur de Neuchâtel, Chambrier d'Oleyres était davantage préoccupé par la sécurité de la principauté. Il craignait de mettre en danger les relations fragiles avec la Suisse en se rendant à une Diète marquée par les divisions intestines. Afin de ne pas véhiculer l'idée qu'il voulait se mêler des affaires considérées comme internes à la Suisse, il pria le roi de ne pas l'envoyer à Zurich.⁴⁴ Mais sa demande arriva trop tard: Frédéric-Guillaume III avait déjà scellé sa lettre de créance.⁴⁵

Chambrier d'Oleyres se rendit donc à la Diète fédérale. Arrivé à Zurich, il reçut une copie de l'instruction donnée à ses deux collègues. Quand Chambrier d'Oleyres s'aperçut qu'il y manquait l'article sur Neuchâtel, il craignit une omission délibérée. Il croyait que les alliés aspiraient à transfor-

⁴¹ En ce qui concerne les avantages résultant pour un petit territoire d'un prince éloigné, cf. Weber, *Lokale Interessen*.

⁴² *Journal Tome 42*, 12. 1. 1814.

⁴³ *Journal Tome 43*, 26. 1. 1814.

⁴⁴ *Ibid.*, 14. 3. 1814.

⁴⁵ *Ibid.*, 15. 3. 1814.

mer Neuchâtel en canton pour priver la Prusse de son influence potentielle sur la Confédération suisse. Mais il se trompait: l'article sur Neuchâtel dans l'instruction de ses deux collègues n'évoquait qu'une alliance: «Les Plénipotentiaires insisteront que la Principauté de N[euchâ]tel, sur laquelle S[a] M[ajesté] le Roi de Prusse a déjà fait valoir les droits, [est invitée] à envoyer des députés à la Diète afin de contracter une alliance avec la Confédération [...] au point d'établir les mêmes obligations de garantie que si Neuchâtel faisoit un canton [...]»⁴⁶

Une telle alliance convenait tout à fait à Chambrier d'Oleyres. En avril 1814, la Diète accepta la proposition des ministres alliés d'inviter des députés neuchâtelois.⁴⁷ Le 13 mai, Chambrier d'Oleyres assista, avec les députés neuchâtelois, à la discussion d'un «traitté d'accession au pacte fédéral p[ou]r l'état souv[é]rain de N[euchâ]tel sans prononcer le mot de Canton».⁴⁸ Lors de cette réunion au sein de la commission diplomatique de la Diète, Chambrier d'Oleyres assura – sans être explicitement autorisé par Berlin⁴⁹ – que Neuchâtel resterait pour toujours sous domination prussienne et, de plus, il garantit que seul le Conseil d'Etat était chargé de l'exécution de tous les engagements pris avec la Suisse. En exigeant expressément ces conditions, les magistrats suisses de la Confédération voulaient éviter d'être entraînés dans une guerre à cause de leurs relations avec la principauté prussienne.⁵⁰ A

⁴⁶ Journal Tome, 21.3.1814.

⁴⁷ Dans une note du 22 avril 1814, les ministres alliés déclarèrent qu'une Suisse indépendante et neutre était dans leur intérêt. De plus, pour renforcer les frontières suisses, Neuchâtel devait être incluse dans la Confédération. Cette note peut essentiellement être attribuée à Chambrier d'Oleyres, Journal Tome 43, 12.4. et 15.4.1814. Chambrier d'Oleyres suggéra au Conseil d'Etat avant les discussions à la Diète de former une commission pour préparer les instructions des députés neuchâtelois à la Diète, AEN, 1ACHA-198, Copie-lettres de la correspondance reçue et envoyée (1813–1814).

⁴⁸ Journal Tome 43, 13.5.1814.

⁴⁹ Pourtant, Chambrier d'Oleyres avait informé la cour à l'avance qu'il allait faire cette déclaration, Journal Tome 43, 30.4.1814. Le rescrit royal ne fut cependant émis qu'en juillet 1814, AEN, 5ACHA-238, Acte de renonciation de Berthier.

⁵⁰ La commission diplomatique de la Diète exigea explicitement que Neuchâtel restât prussien. Cela lui donna l'espoir de gagner un partenaire puissant. Par conséquent il faudrait, à mon avis, réviser le point de vue de l'historiographie neuchâteloise qui considérait le roi de Prusse comme l'obstacle majeur d'une alliance entre Neuchâtel et la Suisse, cf.

la suite des déclarations de Chambrier d'Oleyres, la Diète s'exprima en faveur d'une alliance avec Neuchâtel. Cependant, elle exigea que les discussions des modalités du contrat ne débutent qu'après la conclusion du Pacte fédéral.⁵¹

L'élaboration de ce nouveau Pacte fédéral dut beaucoup à la présence des trois ministres alliés. Deux points seulement ne faisaient pas débat à la Diète: le retour à l'ordre fédéral et la nécessité d'un organe central opérationnel. En revanche, les différentes revendications territoriales des anciens cantons retardaient la conclusion du pacte. Toutefois, après l'abdication de Napoléon en avril 1814, lorsque les esprits réactionnaires gagnèrent en influence, les ministres alliés hâtèrent la conclusion du pacte pour éviter l'influence des Bourbons, retournés sur le trône de France, sur les affaires suisses.⁵²

Pour contrecarrer le danger d'une ingérence française, le ministre russe Jean Antoine de Capo d'Istria (1775–1831) présenta un projet de Constitution.⁵³ D'après leurs instructions, les ministres alliés ne devaient intervenir dans les discussions qu'au cas où les Suisses ne parviendraient pas à se mettre d'accord. En cas de désaccord, ils devaient convoquer une consulte similaire à celle à Saint-Cloud en 1802. Mais cette démarche fut aussitôt rejetée, probablement à cause de ses relents napoléoniens.⁵⁴ En revanche, la présentation d'un projet de Constitution proprement dit n'était pas prévue par les instructions ministérielles. Aussi les trois ministres décidèrent-ils de présenter dans les lettres à leurs souverains le projet de Capo d'Istria comme le «résultat de la volonté générale de la nation [suisse] librement consultée».⁵⁵ Mais il fallut également que Capo d'Istria menaçât de partir sur le champ si

par exemple Roulet, *op. cit.*, p. 189. La problématisation du double caractère de principauté et de canton est, à mon sens, une rétroprojection anachronique du conflit du milieu du XIX^e siècle aux années 1814/15, qui fut de plus exacerbé lors d'un antagonisme caricaturé (involontairement) entre Georges de Rougemont et Chambrier d'Oleyres, cf. Roulet, *op. cit.*, p. 159 et 186.

51 Journal Tome 43, 18.5.1814.

52 *Ibid.*, 7.4.1814.

53 *Ibid.*, 20.4.1814.

54 *Ibid.*, 28.3.1814.

55 *Ibid.*, 20.4.1814.

le pacte n'était pas conclu,⁵⁶ pour que la Diète s'accordât finalement sur un projet constitutionnel à proposer aux cantons.

Lors du débat sur la nouvelle Constitution suisse au sein de la commission diplomatique, Chambrier d'Oleyres joua le rôle de médiateur. Grâce à ses origines neuchâteloises, il disposait des meilleures relations en Suisse et était bien plus familiarisé avec les particularités helvétiques que ses deux collègues. Les débats sur la révision des Constitutions cantonales illustrent parfaitement ce rôle. Alors que Capo d'Istria prévoyait un billet rédigé sur un ton autoritaire, Chambrier d'Oleyres voulait gagner la faveur des gouvernements de Berne, de Soleure et de Fribourg en leur envoyant une note amicale.⁵⁷ Tout comme Capo d'Istria, le ministre autrichien Franz Alban Schraut (1745–1825) se montra peu sensible quand, selon certaines sources, il dit «que ce Guillaume Tell, le héros de la petite Confédération Suisse, n'étoit qu'un vil assassin».⁵⁸

Le rôle de médiateur joué par Chambrier d'Oleyres correspondait d'une certaine manière au portrait dressé pour Casimir dans ses mémoires historiques. Par ailleurs, le rôle de Chambrier d'Oleyres ne déboucha pas non plus sur un stathoudérat prussien pour la Suisse. Pourtant, peu avant sa nomination à la Diète, Chambrier d'Oleyres essaya de relancer son ancien plan: en janvier 1814, le Bernois Nicolas-Frédéric de Mülinen (1760–1833) ressortit le projet constitutionnel que Nicolas-Frédéric de Steiger (1729–1799) avait dressé d'après le modèle des Etats-Unis en 1799.⁵⁹ Chambrier d'Oleyres craignait alors que les Habsbourgeois pussent également remettre à l'ordre du jour leur idée de placer un grand-duc autrichien à la tête de la Suisse. Mais cette fois, la réaction de Berlin fut différente: tenant compte de la détérioration du climat politique européen, le ministre prussien Karl August von Hardenberg (1750–1822) ordonna à Chambrier d'Oleyres d'abandon-

⁵⁶ *Ibid.*, 28.4.1814.

⁵⁷ *Ibid.*, 16.5. et 18.5.1814.

⁵⁸ *Ibid.*, 16.8.1814.

⁵⁹ Journal Tome 42, 2.1.1814; Journal Tome 43, 26.2.1814. Chambrier d'Oleyres essaya également de convaincre le tsar, *ibid.*, 10.3.1814. Auparavant courut la rumeur que La Harpe aspirait au poste de landammann perpétuel avec le soutien de la Russie, *ibid.*, 3.3.1814. Deux mois plus tard, la rumeur fut répandue que La Harpe serait gouverneur de Neuchâtel, *ibid.*, 4.5. et 12.5.1814.

ner ce scénario.⁶⁰ Jamais un prince prussien ne serait chef de la Confédération suisse.

Néanmoins, l'idée d'une constitution monarchique en Suisse entraîna une prolifération des rumeurs pendant que les grandes puissances, au congrès de Vienne, se partageaient le gâteau européen. En mai 1814 se répandit la nouvelle qu'un grand-duc d'Autriche était désigné à la tête de la Suisse.⁶¹ En juin de la même année, la rumeur courut à Berne que l'Angleterre voulait gagner en influence en Suisse et prévoyait Edward Augustus, Duke of Kent and Strathearn (1767–1820), comme souverain suisse.⁶² Et même en octobre 1814, on apprit de Vienne que le congrès envisageait un prince étranger pour la Confédération.⁶³ Puis, en janvier 1815, la rumeur circula que le tsar aurait jeté un œil sur le territoire helvétique pour y placer son beau-frère, le grand-duc de Bade, Karl Ludwig Friedrich (1786–1818).⁶⁴ Le retour de Napoléon de l'île d'Elbe, enfin, fit renaître le projet d'une domination française sur la Suisse: en mai 1815, le canton de Vaud aurait écrit à Paris pour faire restaurer l'Acte de médiation et placer le frère de Napoléon, Joseph Bonaparte (1768–1844), au poste de landammann héréditaire.⁶⁵ Ce ne furent que des rumeurs. «Point d'impôts de chaînes aux enfants de Guillaume Tell [...]»⁶⁶ avait déjà conclu Napoléon dans son discours dans lequel il constata que les Suisses étaient incapables de former un pouvoir central fort. Et il avait vu juste.

⁶⁰ Chambrier d'Oleyres croyait que la Prusse ne voulait pas prendre clairement position tant que la guerre ne serait pas décidée, *Journal* Tome 43, 29.3.1814.

⁶¹ *Ibid.*, 17.5.1814.

⁶² *Ibid.*, 27.6.1814.

⁶³ *Ibid.*, 5.10.1814.

⁶⁴ *Ibid.*, 11.1.1815.

⁶⁵ *Ibid.*, 12.5.1815.

⁶⁶ Bonaparte, *op. cit.*, p. 163.

Conclusion

Le bref parcours de la période qui suivit la proclamation de la République helvétique en 1798 illustre à quel point la stabilité intérieure de la Confédération suisse, si nécessaire pour sa neutralité, dépendait de l'équilibre des forces politiques en Europe.⁶⁷ Lorsque cet équilibre fut troublé plusieurs fois pendant l'invasion des armées révolutionnaires en 1798 et par l'acte final de Vienne en 1815, des scénarios monarchiques furent envisagés pour la Suisse. Ces idées peuvent nous surprendre, mais dans la perspective des acteurs voyant des monarchies renaître de leurs cendres partout en Europe, de telles solutions ne semblaient pas aussi absurdes.

Neuchâtelois au service diplomatique du roi de Prusse, Jean-Pierre de Chambrier d'Oleyres, lui aussi, observa très attentivement les événements en Suisse. Il en conclut qu'un stathoudérat prussien serait une solution bénéfique pour tous: pour la Suisse, pour la Prusse et surtout pour sa patrie, la principauté de Neuchâtel. A plusieurs reprises, il essaya de faire valoir son idée et fournit des arguments historiques en rédigeant deux mémoires sur Casimir, margrave de Brandebourg.

Cela indique à quel point les positions de négociation des acteurs diplomatiques présents étaient en grande partie définies par l'origine et les relations personnelles de ces derniers. Loin d'être le prolongement de la main de leur prince, des acteurs diplomatiques comme Chambrier d'Oleyres servaient parallèlement plusieurs intérêts: dans son cas ceux de sa famille, de Neuchâtel, de la Suisse et de la Prusse. De temps en temps, ces relations multiples pouvaient causer des conflits d'intérêt. Mais les intérêts du roi correspondaient bien souvent à ceux de ses envoyés aristocratiques, si bien que rares étaient les litiges, permettant à Chambrier d'Oleyres – grâce à ses multiples relations – d'être un médiateur prédestiné pour régler les affaires de la Suisse. Du fait de ses liens multiples, Chambrier d'Oleyres en venait à assumer plusieurs rôles – comme celui de représentant de famille, de

⁶⁷ Cf. dans ce sens notamment le commentaire sur l'état des recherches dans la note 5, dans André Holenstein, *Nach Napoleon. Die Grossmächte retten die Schweiz*, in: T. Kaestli, *Nach Napoleon. Die Restauration, der Wiener Kongress und die Zukunft der Schweiz 1813–1815*, Baden 2016, p. 39; Thomas Maissen, *Die schreckliche Franzosenzeit*, in: *idem*, *Schweizer Heldengeschichten und was dahinter steckt*, Baden 2015, pp. 124–131.

ministre prussien, de médiateur entre Neuchâtel et la Prusse ou d'intermédiaire entre les cantons et les alliés. Cela, en même temps, accroissait sa marge de manœuvre et influençait sa manière de procéder.

Le bouleversement de l'ordre politique offrait des chances d'une part, mais d'autre part, il exigeait des acteurs la capacité d'adapter constamment leurs projets. Cela explique la suite rapide de projets constitutionnels et le grand nombre de rumeurs qui circulèrent pendant la période analysée dans cet article. Néanmoins, des continuités peuvent être repérées en ces temps troublés: Chambrier d'Oleyres réussit, grâce à son rôle d'observateur, à adapter aux circonstances du moment la traditionnelle stratégie des Neuchâtelois – consistant en une alliance étroite avec la Confédération suisse sans s'y intégrer totalement afin de pouvoir maintenir les relations avec la Prusse. La conclusion de l'alliance entre Neuchâtel et la Confédération suisse en 1814 assura le renforcement de ces liens. Même si, en raison d'un équilibre des forces modifié, son projet d'un stathoudérat prussien ne se trouva pas mis sur la table des négociations à la Diète, cela n'importa finalement pas véritablement à Chambrier d'Oleyres: la situation de Neuchâtel semblait sécurisée et les mémoires sur Casimir lui avaient donné l'occasion de se présenter comme un serviteur zélé et patriotique du roi de Prusse.

A Vienne, l'organisation fédérative de la Confédération suisse fut garantie par les grandes puissances puisque la forme neutre et républicaine coïncidait avec leur intérêt de créer un ordre stable. Le Pacte fédéral de 1815 restait donc l'œuvre des chefs couronnés, de sorte qu'au fond, la Suisse, unique avec sa constitution républicaine dans une Europe des monarchies, reçut une touche royale même sans la réalisation du scénario «Casimir».

Nadja Ackermann, M.A., Universität Bern, Historisches Institut, Länggassstrasse 49, CH-3012 Bern, nadja.ackermann@hist.unibe.ch